

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



Modificer, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Fora_bolsonaro_bcn_29_may.jpg

WEG MIT BOLSONARO UND DANN?

die internationale

Klima

COP26: Eine Verherrlichung des Neoliberalismus, Daniel Tanuro..... 3

Biodiversität

Zwei Kehrseiten einer Medaille, Ökologiekommission der NPA..... 13

Ökonomie

Gemeingüter, Verschuldung und Pharmapatente, Eric Toussaint..... 17

Die Probleme der Just-in-Time-Lieferungen, Kim Moody..... 21

inprekorr

Russland

Eine neue sozialistische Bewegung in Russland, Interview mit Michail Lobanow..... 23

China

Neuer Imperialismus in China, Pierre Rousset..... 27

Brasilien

Präsidentchaftswahl in Brasilien, ein Dossier mit 3 Beiträgen..... 33

Covid-19-Pandemie

Natur, Staat und Leben, Christian Zeller..... 56

Frankreich

Zemmour – das Produkt einer Rechtsentwicklung, Stathis Kouvelakis..... 61

Register

Register 2021..... 65

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

<https://www.intersoz.org>
<https://www.inprekorr.de>

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln

Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

COP26: EINE VERHERRLICHUNG DES NEOLIBERALISMUS

COP26 eröffnet den kapitalistischen Brandstiftern den globalen Markt zum Zündeln. Den Schaden hat die Bevölkerung.

■ Daniel Tanuro

Die Konferenz von Glasgow (COP26) hätte folgende Prioritäten haben müssen:

1. die Zusage der „entwickelten“ Länder zu konkretisieren, ab 2020 mindestens 100 Milliarden Dollar pro Jahr zum Grünen Klimafonds beizutragen, um dem Globalen Süden bei der Bewältigung der Klimafolgen zu helfen;¹
2. diese Länder zu zwingen, die finanziellen Mittel aufzubringen, um die enormen „Verluste und Schäden“, die durch die Erwärmung verursacht werden, zu decken, insbesondere in den „am wenigsten entwickelten Ländern“ und den kleinen Inselstaaten;
3. „die Klimaziele der Regierungen zu verschärfen“, um das von der COP21 (Paris 2015) beschlossene Ziel zu erreichen: „den Temperaturanstieg im Vergleich zur vorindustriellen Zeit weit unter 2 °C zu halten und gleichzeitig die Anstrengungen fortzusetzen, um 1,5 °C nicht zu überschreiten“.

Die Ergebnisse sind eindeutig: Auf dem Papier präzisiert Glasgow das widersprüchliche Ziel von Paris, indem es dieses verschärft (1,5 °C ist jetzt das Ziel), und verweist auf die Verantwortung fossiler Brennstoffe; aber in der Praxis hat sich die Konferenz nichts einfallen lassen, um die Katastrophe zu stoppen. „Ein Schritt in die richtige Richtung“, sagten einige. Das Gegenteil ist der Fall: Ganz benebelt von der neoliberalen Wiederbelebung nach

Covid und ihren geostrategischen Rivalitäten haben die Herren der Welt entschieden:

1. die Zusage von 100 Milliarden für den Grünen Klimafonds zu verschieben; den Ausgleich von „Verlusten und Schäden“ abzulehnen;
2. den fossilen Brennstoffen fast vollständig freien Raum zu lassen;
3. die Klimastabilisierung als Markt für „CO₂-Kompensationen“ und Technologien zu betrachten;
4. diesen Markt mit einem globalen Mechanismus für den Austausch von „Verschmutzungsrechten“ auszustatten;
5. last but not least, die Verwaltung dieses Marktes der Finanzwelt anzuvertrauen, also den Reichen ... deren Investitionen und Lebensweise die wesentliche Ursache der globalen Erwärmung sind.

Der Sonderbericht 1,5 °C: eine Bombe mit Auswirkungen auf die Internationale Energieagentur

Der IPCC-Sonderbericht zu 1,5 °C (2019) hat die unabdingbare Notwendigkeit aufgezeigt, unter 1,5 °C zu bleiben.² Die Gefahren der Erwärmung waren unterschätzt worden. Bei mehr als 1,5 °C drohen Kaskaden positiver Rückkopplungen, die die Erde in einen „Backofenplaneten“ verwandeln würden.³ Dies hätte verheerende Folgen

(unter anderem einen Anstieg des Meeresspiegels um 13 Meter oder mehr). Nun ist aber die durchschnittliche Oberflächentemperatur im Vergleich zur vorindustriellen Zeit bereits um 1,1 bis 1,2 °C gestiegen. Beim gegenwärtigen Tempo wird die 1,5°C-Grenze gegen 2030 überschritten ... Fazit: Die globalen „Netto-Emissionen“ von CO₂ müssen bis 2030 um mindestens 50 % und bis 2050 um 100 % sinken und in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts negativ werden.

Dieser Bericht schlug ein wie eine Bombe. Die führenden Kreise der Kapitalistenklasse können nicht mehr den Kopf in den Sand stecken. Auch die mit geringem Verstand müssen zugeben, dass die Erwärmung so weit gehen kann, dass sie ihr System gefährdet. Vor diesem Hintergrund konnte sogar eine von Neoliberalen wie Boris Johnson getragene kapitalistische Politik, die behauptet, „sich auf die beste Wissenschaft zu stützen“, die Widersprüchlichkeit des Pariser Abkommens nicht glaubwürdig aufrechterhalten ... Der Vorschlag des britischen COP26-Präsidiums, die 1,5°C-Grenze zum alleinigen Ziel zu machen, wurde von der Konferenz angenommen.

Der Weltklimarat (IPCC) ist ganz deutlich: Die Verbrennung fossiler Energieträger spielt eine Schlüsselrolle bei der globalen Erwärmung. Deshalb war die Schockwelle des 1,5°C-Berichts auch bei der Internationalen Energieagentur (IAE) zu spüren. 2021 veröffentlichte sie einen Bericht, der klar sagt, dass für die „CO₂-Neutralität“ im Jahr 2050 sehr kurzfristig drastische Maßnahmen erforderlich sind: ab 2021 ein Verbot der Weiterentwicklung neuer Öl- und Gasfelder, der Eröffnung neuer Kohlebergwerke, des Ausbaus bestehender Kohlebergwerke und der Genehmigung des Baus neuer Kohlekraftwerke; Verzicht auf Kohlenutzung ab 2030 in „entwickelten“ Volkswirtschaften und Stilllegung aller Kohle- und Brennstoffkraftwerke ab 2040 weltweit ...⁴

Auch dieser Bericht schlug wie eine Bombe ein. Die Agentur hatte immer die Vision eines sehr allmählichen „Übergangs“ entwickelt. Hier plädierte sie plötzlich für eine radikale Wende in Richtung eines „grünen Kapitalismus“, der um erneuerbare Energien organisiert ist. So wie er die Widersprüchlichkeit von Paris nicht aufrechterhalten konnte, konnte der Glasgower Gipfel auch die Verantwortung der fossilen Energien nicht länger bestreiten. Auf Druck des Energiesektors und der Hauptnutzer hatten alle COPs seit 1992 das Thema gemieden! Dieses Schweigen war nicht mehr länger aufrechtzuerhalten. Die britische Präsidentschaft hat den Delegierten einen Erklärungsentwurf vorgelegt, in dem alle Seiten aufgefordert werden,

„den Kohleausstieg und das Ende der Subventionen für fossile Energien zu beschleunigen“. Wir zeigen später, wie dieser Text neutralisiert wurde, aber die Erwähnung der fossilen Energien blieb in der endgültigen Fassung erhalten.

Den Rückstand aufholen: Jahr für Jahr eine steigende Herausforderung

Im Pariser Abkommen klappt eine große Lücke zwischen dem Ziel („den Temperaturanstieg deutlich unter ... zu halten“) und den nationalen Klimaplänen oder „national festgelegten Beiträgen“ (NDC). Auf Basis dieser NDC prognostizierte das IPCC einen Temperaturanstieg von etwa 3,5 °C im Jahr 2100. Um die Lücke (zwischen dem erklärten Ziel und den dafür beschlossenen Mitteln) zu schließen, hatte die COP21 das Prinzip einer Überprüfung alle fünf Jahre angenommen, um „die nationalen Zielsetzungen (NDC) zu verschärfen“.

Im September 2020 wurde die zu schließende Lücke zur Reduktion aller Gase auf 23 bis 27 Gt CO₂-Äquivalente geschätzt.⁵ Sie muss vor 2030 geschlossen werden, um unter 1,5 °C zu bleiben. Deshalb müssen wir die weltweiten Emissionen halbieren. Da der Gipfel 2020 abgesagt wurde (Pandemie), beschließen die Regierungen, mit Blick auf Glasgow eine neue Anstrengung zu unternehmen, die „Zielsetzungen zu verschärfen“. Ergebnis: eine zusätzliche Reduzierung um 3,3–4,7 Gt. Das sind kaum 15 bis 17 % des Erforderlichen ... Auf dieser Grundlage prognostiziert das Wissenschaftsnetzwerk „Climate Action Tracker“ eine Erwärmung von +2,4 °C (Bandbreite: von +1,9 bis +3 °C).⁶

Johan Rockström, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), überbrachte der COP die zehn Kernbotschaften des aktuellen Stands der Wissenschaft. Die erste ist, dass allein die globalen CO₂-Emissionen bis 2030 jedes Jahr um 2 Gigatonnen pro Jahr (5 %) sinken müssen, um eine Chance von eins zu zwei zu haben, und um 4 Gt/y (10 %), um eine Zwei-Drittel-Chance zu haben, um unter 1,5 °C zu bleiben. Eine ähnliche Reduktion ist für Methan und Lachgas erforderlich.⁷ Dies ist natürlich bei einer fünfjährigen Überprüfungsrate der NDC nicht zu erwarten. Glasgow beschließt daher, auf jährlichen Rhythmus umzustellen. Aus der Ferne betrachtet scheint dies wenigstens eine geringe Erfolgsaussicht zu bieten. Aus der Nähe betrachtet ist es aber eine Illusion.

Erstens: Die Klimagerechtigkeit muss berücksichtigt werden. Die Reduzierungen um 5 % oder 10 % sind globale Ziele, die angepasst werden müssen, um den „differen-

zierten Verantwortlichkeiten“ der Länder Rechnung zu tragen. Rockström präsentierte die neueste Einschätzung in diesem Bereich: Das reichste Prozent der Weltbevölkerung muss seine Emissionen durch dreißig teilen, die ärmsten 50 % können sie mit drei multiplizieren. Dort sehen wir sehr deutlich, dass das Klima eine Klassenfrage ist, ein großes Thema im Konflikt zwischen der besitzenden Minderheit und der besitzlosen Mehrheit.

Zweitens: Eine Reduktion von 2 oder 4 Gt/y mag mathematisch linear sein, in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht ist sie jedoch keineswegs linear. Je mehr man erklärt, die Emissionen reduzieren zu wollen (oder es zu versuchen) und je kürzer der Zeitrahmen ist, desto mehr kollidiert die Emissionsreduzierung mit den kapitalistischen Erfordernissen des Wachstums und des Profits. Das ist sehr konkret: Im Energiesektor bremsen die Kapitalisten Investitionen im fossilen Bereich, um das Ausmaß an „stranded assets“ (verlorene Aktiva) zu begrenzen. Da fossile Energien mehr als 80 % des Bedarfs decken, wird auf die Spitze der Energieproduktion wahrscheinlich eine Spitze der Nachfrage folgen. In der Zwischenzeit steigen die Preise.⁸ Das ist gut für Unternehmen mit fossilen Energien, aber es heizt die Inflation an, vereitelt die Wiederbelebung nach der Covid-Pandemie und belastet die einfache Bevölkerung schwer. Diese kann kämpfen oder den Rechtspopulisten ihre Stimme geben. Beide Optionen beeinträchtigen die Stabilität. Um die Preise zu senken und Engpässe zu vermeiden, wäre eine Wiederankurbelung der fossilen Produktion erforderlich. China hat dies bei der Kohle getan, und Biden hat Saudi-Arabien und Russland (ohne Erfolg) gebeten, es beim Öl zu tun. Aber die Wiederankurbelung der Produktion fossiler Energien bedeutet einen Wiederanstieg der Emissionen ... Es ist die Quadratur des Kreises.

Unlösbarer Widerspruch führt zu Chaos

China und die USA haben auf der COP eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Sie wird nichts nützen, um aus dieser Sackgasse herauszukommen. Sie soll vor allem Eindruck schinden. Die beiden Großmächte haben ein Interesse daran, gemeinsam als Garanten für die Stabilität der Welt und ihres Klimas aufzutreten. Vielleicht versuchen sie, bei einem Teilaspekt der Klimapolitik (den Methanemissionen?) zusammenzuarbeiten. Aber die zugrunde liegenden Spannungen sind sehr stark und tendieren dazu, die Konflikte zu vertiefen. In den USA hängt die demokratische Mehrheit an einem seidenen Faden: an Manchin, einem treuen Freund der Kohle.⁹ Die Republikaner haben die

Gouverneurswahl in Virginia gewonnen, hoffen, die Zwischenwahlen zu gewinnen, und führen eine Kampagne gegen steigende Kraftstoffpreise. Ihr Sieg würde vieles ändern! In China hängt die Stabilität der Bürokratie vom Fortschritt des durchschnittlichen Lebensstandards einerseits und von der nationalistischen Begeisterung andererseits ab. Die Wiederbelebung der Kohleförderung verhindert nicht den Anstieg der Ölpreise. Es gibt viele Gründe dafür, dass Peking sich weiter auf sich selbst zurückzieht, wobei es seine Pläne zur Rückgewinnung Taiwans beschleunigt. All dies bewirkt eine instabile Lage.

Wie immer wir das Problem wenden, stoßen wir auf die Unmöglichkeit der kapitalistischen Energiewende: Man kann nicht gleichzeitig eine zu 80 % fossile Wachstumswirtschaft wiederbeleben, fossile durch erneuerbare Energien ersetzen und die Emissionen kurzfristig drastisch reduzieren. Das ist physikalisch unmöglich. Entweder wird die Produktion reduziert, um die Wende erfolgreich zu gestalten, oder man opfert die Wende dem Wachstum des BIP. Denn: „Ein Kapitalismus ohne Wachstum ist ein Widerspruch in sich.“ (Schumpeter) Fazit: Der Widerspruch ist unlösbar, außer durch eine revolutionäre Systemveränderung. Solange diese historische Möglichkeit nicht zu einer konkreten Möglichkeit wird, wird sich dieser Widerspruch zunehmend belastend auf die Versuche der Emissionsreduktion auswirken.

Jeder Kapitalist versucht, die Anstrengungen auf seine Konkurrenten und auf die Arbeiter*innen abzuwälzen. Jede Kapitalistenklasse nutzt ihren Staat, um diese Bemühungen auf rivalisierende Staaten und die einfache Bevölkerung abzuladen. Und die am stärksten umweltverschmutzenden Staaten sind die imperialistischen Staaten, die die ärmsten beherrschen. Folglich wird sich die Öko-/Klimakrise mit ernsthaften wirtschaftlichen, sozialen und politischen (auch militärischen) Erschütterungen verbinden, und zwar um folgende Achsen: 1) Vertiefung der sozialen Spannungen, die zu einer verschärften Legitimitätskrise der Herrschenden, zu politischer Instabilität und zu einer verstärkten Tendenz in Richtung Autoritarismus führt; 2) neokoloniale Politik der zunehmenden Brutalität gegenüber den Völkern des Südens, vor allem gegen Migrant*innen und insbesondere Frauen; 3) verschärfte Rivalität zwischen Kapitalisten und zwischen kapitalistischen Staaten; und insbesondere 4) wachsende geostrategische Spannungen zwischen den USA und China. Zu glauben, dass ein solcher Kontext für eine jährliche Verschärfung der Klimaabkommen förderlich wäre, um der Herausforderung gerecht zu werden, heißt an den Weihnachtsmann zu glauben.

Staatliche Regulierung könnte Zeit sparen, aber ...

Dieser Punkt ist wichtig: Es gibt keine strukturelle Lösung ohne eine weltweite Verringerung von Produktion, Konsum und Verkehr unter Achtung der sozialen Gerechtigkeit. Es gilt unbedingt, „weniger zu produzieren, weniger zu transportieren, weniger zu konsumieren und mehr zu teilen“ sowie Wohlstand und notwendige Arbeitszeit zu teilen.¹⁰ Eine kapitalistische Regulierungspolitik mit einer stärkeren Rolle des Staates ist daher keine Alternative zur Krise. Gleichzeitig könnte sie die Schwierigkeiten mindern. Aber hier gibt es einen zweiten Widerspruch: Das Kapital will diese Politik nicht.

Ein Beispiel für eine wirksame Regulierung lieferte das Montrealer Protokoll zum Schutz der Ozonschicht. 1987 unterzeichnet und zwei Jahre später in Kraft getreten, organisierte es das Ende der Produktion und Verwendung von FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoffen), verabschiedete einen Zeitplan und schuf einen (von den reichen Ländern bereitgestellten) globalen Fonds zur Unterstützung des Südens.¹¹ Zwanzig Jahre später waren die Emissionen um rund 80 % gesunken, und die Weltorganisation für Meteorologie stellte fest, dass der Wiederaufbau der Ozonschicht in der Stratosphäre klar erkennbar begonnen hat.¹²

Dieser Präzedenzfall könnte Vorbild für eine entsprechende Politik im Klimabereich sein. Zumal es sozusagen einen Präzedenzfall im Präzedenzfall gibt: 1996 in Kigali hatten die Vertragsparteien des Ozonprotokolls beschlossen, auch H-FKW (teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe) zu eliminieren. Nach Montreal hatten diese H-FKW die FCKW ersetzt. Sie zerstören die Ozonschicht nicht, haben aber wie FCKW einen mehr als tausendmal höheren Strahlungsantrieb¹³ als CO₂. Die erhöhten H-FKW-Emissionen drohten, den Klimavorteil, der eine indirekte Auswirkung des Ozonschichtprotokolls war, zunichtezumachen. Mit der Entscheidung, die Nutzung von H-FKW zu beenden, machten die Regierungen die Erholung der Ozonschicht mit dem Kampf gegen den Klimawandel vereinbar. Die Auswirkungen auf die globale Erwärmung sind nicht riesig: Bis 2050 wird Kigali die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu den Prognosen um 90 Gt CO₂eq reduziert haben, was den Emissionen von zwei Jahren entspricht. Aber zwei Jahre sind wichtig, wenn sich jedes Jahr die Wahrscheinlichkeit erhöht, von einer Katastrophe in einen Kataklysmus zu kippen.¹⁴

Mit der gleichen Methode könnte man die Methanemissionen schnell reduzieren. Der Treibhauseffekt dieses Gases ist viel stärker als der von CO₂¹⁵ und wir emittieren immer mehr davon. Die Reduzierung der Emissionen aus

Ökosystemen, Landwirtschaft (insbesondere Reisfeldern) und Viehzucht lässt sich nicht mit einem Federstrich lösen. Aber das Verhindern von Leckagen aus Gasnetz, Ölquellen und Kohlebergwerken ist relativ einfach, erfordert keine strukturellen Änderungen an den Produktionsanlagen und könnte die Erwärmung um 0,5 °C im Vergleich zu den Projektionen reduzieren. Ein technologischer Durchbruch ist nicht erforderlich; es müssten lediglich die Unternehmen zu den notwendigen Investitionen gezwungen werden. Doch genau hier drückt der Schuh: Man darf Kapitalisten nicht zwingen, man kann sie nur durch Marktmechanismen ermuntern. Diese neoliberale Lehrmeinung ist im Pariser Abkommen verankert. Wir werden sehen, dass Glasgow mehr denn je ausschließt, davon abzuweichen.

Methan und Abholzung: auf der Suche nach der verschwendeten Zeit?

In der Presse wurde viel über ein „Methan-Abkommen“ gesprochen. Auf der COP versprachen mehr als 100 Länder, ihre Emissionen bis 2030 um 30 % zu reduzieren. Wäre dies der Fall, würde die Erwärmung im Jahr 2050 im Vergleich zu den Projektionen um 0,2 °C geringer ausfallen (weniger als die Hälfte des Potenzials ...). Aber das ist nur eine Absichtserklärung. Es gibt keine Quoten pro Land, keine Finanzierungsfonds für die Länder des Südens, keine Sanktionen bei Nichteinhaltung ... Die USA, die EU und Kanada scheinen bereit zu sein, zu handeln, das ist wahr, und wir verstehen den Grund: Abgesehen von den Trumps beginnen die kapitalistischen Führungskräfte in Panik zu geraten. Die Begrenzung von Methan ist ein ziemlich einfaches Mittel. Aber bis dahin fließt noch viel Wasser den Rhein hinunter: China und Russland haben den Glasgower Text nicht unterzeichnet. Wir verstehen auch, warum: Sie sind zwei große Emittenten. Ihre Abwesenheit wird offensichtlich als Vorwand für Kapitalisten in anderen Ländern dienen, um Widerstand zu leisten. Infolgedessen ist es zweifelhaft, dass ihnen irgendetwas aufgezwungen wird. Stattdessen wird man mit Anreizen und Steuern operieren, in der Hoffnung, dass die Investitionskosten unter den Preis des eingesparten Gases sinken werden. Die einfache Bevölkerung wird die Rechnung bezahlen.

Bei der Entwaldung gibt es das gleiche Dilemma. Dies wäre eine weitere Möglichkeit, einen Teil der seit Rio (1992) verschwendeten Zeit zurückzugewinnen, ohne die Struktur des Produktionsapparats zu beeinträchtigen. In Glasgow verpflichteten sich 131 Länder, 12 Milliarden

US-Dollar in ein Global Forest Finance Pledge (Globale Finanzierung des Schutzes der Wälder, GFFP) zu investieren. Ziel: Bis 2030 „den Waldverlust stoppen und umkehren“.¹⁶ Diese Zusage sieht aus wie zwei Wassertropfen gegenüber dem einen Tropfen, der 2014 in New York vereinbart wurde: Ende der Entwaldung im Jahr 2030, 50 % Reduktion im Jahr 2020. In den Jahren 2015–2017 stiegen die Entwaldungsraten um 41 %! Einige freuen sich, weil das GFFP von Brasilien und Russland unterzeichnet wurde und so mehr als 90 % der Wälder der Erde betroffen sind. Aber das ist keine Garantie für Wirksamkeit. Vor allem auch nicht für Gerechtigkeit für die indigenen Völker (deren Rechte und Verdienste im GFFP nachdrücklich anerkannt werden – aber nur in Worten).

In Bezug auf die Wirksamkeit ist zu beachten, dass der Ausdruck „Waldverlust stoppen und umkehren“ (to halt and reverse forest loss) nicht so eindeutig ist, wie er klingt. Für einige ist das Abholzen eines Waldes kein „Waldverlust“, wenn das Grundstück später nicht für andere Wirtschaftszweige genutzt wird. Seltsame Dialektik: Man kann einen Wald ohne „Waldverlust“ abholzen, wenn er in industrieller Monokultur „CO₂-Gutschriften“, Pellets, Holzkohle oder Palmöl produzieren soll. Das ist Indonesiens Interpretation. Hier befindet sich eines der drei großen Tropenwaldgebiete. Dieses wird nach und nach abgeholzt, um Palmen zu pflanzen. Es gab ein Moratorium, aber zwei Monate vor der COP weigerte sich Jakarta, es zu verlängern. Die indonesische Vertreterin in Glasgow unterschrieb „Waldverlust stoppen“ und sagte dann folgendes: „Indonesien zu zwingen, bis 2030 einen Stopp der Entwaldung zu erreichen, ist eindeutig unangemessen und unfair“, denn „die Entwicklung darf nicht im Namen von CO₂-Emissionen oder Entwaldung gestoppt werden“. Waldverlust stoppen, ja – Entwaldung stoppen, nein ... Wenn es um indigene Völker geht, spricht der Fall Brasilien für sich: Müssen wir wirklich erklären, warum die Unterzeichnung des GFFP durch den Faschisten Bolsonaro, der dem Amazonas-Regenwald und den dort lebenden Völkern den Krieg erklärte, absolut unglaublich ist?¹⁷

Hinter leeren Versprechungen steht die souveräne Macht des Gottes namens Markt.

Der Himmel der COP war gespickt mit Vereinbarungen dieser Art: zum Ausstieg aus der Kohle, zu Elektroautos, zum Stopp von ausländischen Investitionen in fossile Energieträger oder zum Stopp von Investitionen in fossile Energieträger auf nationalem Territorium. Einige Länder haben sogar stolz ihre Absicht angekündigt, ihre Verteidi-

gung grüner zu machen, um „ihren ökologischen Fußabdruck, insbesondere im Energiebereich, zu verringern“.¹⁸ Manchmal ist es schade, dass Lächerlichkeit nicht tötet – anders als Armeen.

All diese „Vereinbarungen“ sind leere Versprechungen. Ohne verbindlichen Charakter, ohne konkrete Maßnahmen, ohne Zusagen Land für Land, ohne Sanktionen bei Nichteinhaltung. Wozu dienen sie? Ein Teil der Antwort ist, dass Regierungen das Rampenlicht der COP nutzen, um sich selbst ein grünes Image zu geben und ihre öffentliche Meinung zu erfreuen, ohne die Interessen der Kapitalisten zu beeinträchtigen ...¹⁹ Aber das weist auf eine tiefere Erklärung hin: Leere Versprechungen entsprechen der neoliberalen Ideologie, die letztlich nur einen Entscheidungsträger kennt: den Markt, also den Profit, also eine Minderheit von Aktionären.

Kohle und andere fossile Energien: eine ganz klare Botschaft

Die Schwierigkeiten der Verabschiedung des Glasgower Abkommens über Kohle und andere fossile Energien sind sehr aufschlussreich. Erste Version (inspiriert vom IEA-Bericht!): Die COP „fordert die Parteien auf, den Kohleausstieg und das Ende der Subventionen für fossile Brennstoffe zu beschleunigen“. Völlig unerträglicher Gestank staatlicher Zwänge ... Zweite Version: Die COP „ruft die Parteien auf, die Entwicklung, den Einsatz und die Verbreitung von Technologien sowie die Annahme von Strategien für den Übergang zu CO₂-armen Energiesystemen zu beschleunigen, unter anderem durch Erhöhung des Anteils der sauberen Stromerzeugung und Beschleunigung des Ausstiegs aus der Stromerzeugung aus ungeminderter Kohle²⁰ sowie den Ausstieg aus ineffizienten Subventionen für fossile Brennstoffe“ (eigene Übersetzung). Die Luft wird atembar, aber es wird immer noch von einem „Ausstieg“ aus der Kohle und einem „Ausstieg“ aus den Subventionen für fossile Energien gesprochen. Dritte Version: Nach einer Intervention der indischen Delegation während der Ratifizierungssitzung des Textes wird „durch Beschleunigung des Ausstiegs“ ersetzt durch „durch Beschleunigung der Bemühungen um eine Reduzierung“.

Die Rolle der Modi-Regierung muss verurteilt werden. Aber es ist offensichtlich, dass Indien nicht nur für die gesamte Kohlewelt, sondern auch für die gesamte fossile Welt gehandelt hat,²¹ und mit der Unterstützung aller kapitalistischen Haudegen der globalen Marktwirtschaft. Sie waren auf der COP sehr zahlreich vertreten, um sicherzustellen, dass sich die Konferenz, wie ein bedeutender

finnischer Unternehmer sagte, „auf grünes Wachstum statt auf Regulierung, Begrenzung und Besteuerung konzentriert“.²²

Technisch gesehen ist der Artikel über fossile Energien nicht sehr präzise. „Emissionsminderung“ ist ein vager Begriff. Laut OECD „bezieht sich die Minderung auf eine angewandte Technologie oder eine getroffene Maßnahme zur Verringerung der Verschmutzung und/oder ihrer Auswirkungen auf die Umwelt“. Laut G7 bezieht sich „Stromerzeugung aus ungeminderter Kohle auf die Verwendung von Kohle, die nicht durch Technologien zur Reduzierung der CO₂-Emissionen, wie z. B. CO₂-Abscheidung mit CO₂-Verwendung und CO₂-Speicherung, gemindert (sic!) ist“.²³ Diese Definitionen können Kapitalisten größere Möglichkeiten eröffnen, da die geologische Speicherung von CO₂ (CCS) sehr teuer ist. Einerseits Abscheidung und -Verwendung (CCU), bei der CO₂ aus fossilen Kraftwerken in anderen Industrien zur Herstellung von Gütern verwendet wird. Wo das Gas dann irgendwann entweicht ... manchmal sehr schnell (z. B. bei Sprudelgetränken). Andererseits wenn die Regierungen die Aufnahme von CO₂ durch Wälder als Emissionsreduktion betrachten (wir werden später sehen, dass die USA und die EU genau diese Verknüpfung machen!), dann könnte die Reduzierung einfach darin bestehen, ... Bäume zu pflanzen.

Politisch ist die Botschaft jedoch klar. Im Wesentlichen sagen die Energiemagnaten den Regierungen und den Menschen:

1. Hören Sie auf, vom Ausstieg aus fossilen Energien zu träumen; was zählt, ist die Entwicklung „grüner“ Technologien.
2. Beteiligen Sie sich nicht daran, uns zu hindern, unsere Kohlebergwerke auszubeuten und neue zu eröffnen; wir sind bereits sehr gut darin, Systeme zur Reduzierung der CO₂-Emissionen anzunehmen.
3. Beteiligen Sie sich nicht daran, uns einen Mindestanteil der zu „reduzierenden“ Emissionen oder eine bestimmte Reduktionsmethode vorzuschreiben.
4. Wenn Sie fossile Subventionen wirklich abbauen wollen, streichen Sie „ineffiziente“ Subventionen, die nicht zur Erzeugung von Mehrwert beitragen.²⁴

Dies ist die Botschaft, die „unsere“ Regierungen in Glasgow ratifiziert haben, ohne dass sie zu ihrem endgültigen Inhalt konsultiert wurden. Das ist ein echter Gewaltstreik der Fossilkräfte.

Wettlauf zur „CO₂-Neutralität 2050“

Die souveräne Macht des Marktes – also des Profits, also

der Aktionäre – drückt sich nicht nur in den „Vereinbarungen“ aus, sondern auch im Ansturm der Regierungen auf das Ziel der „CO₂-Neutralität im Jahr 2050“ („Netto-Null-Emission“). Europäische Union, USA, Südafrika, Brasilien, Russland, Japan, Saudi-Arabien ...: Alle gingen mit ihrer jeweiligen „Strategie“ dorthin. Je näher Glasgow rückte, desto mehr Versprechungen von „Netto-Null-Emission im Jahr 2050“ tauchten auf ... und immer mehr dieser Zusagen ersetzen im Grunde kurzfristige Emissionsreduktionen durch hypothetische langfristige Kohlenstoffabsorptionen. Während sie laut schrien, dass sie „CO₂-Neutralität“ für 2050 anstreben,²⁵ gaben einige Regierungen unveränderte Klimaziele (NDC) oder sogar niedrigere als 2015 an!²⁶ Alles ist gut, um vom Thema abzulenken.

Die Vereinigung Climate Action Tracker (CAT) hat hier Klarheit geschaffen, indem sie näher auf die tatsächlich durchgeführten Klimapolitiken, die Anpassungen der NDC, die Zusagen auf der COP und die Strategien zur „CO₂-Neutralität 2050“ eingeht.²⁷ Am Anfang dieses Artikels schreiben wir: Basierend auf der durchgeführten Politik wird der durchschnittliche Temperaturanstieg bis 2100 2,7 °C betragen (Bandbreite: von +2 bis +3,6 °C). Die Bilanz verbessert sich nicht durch das Hinzufügen von „Netto-Null“-Vereinbarungen und -Strategien, im Gegenteil. Insgesamt „hat kein Land genügend kurzfristige Maßnahmen ergriffen, um sich auf den Weg zu Netto-Null zu begeben“.

Diese allgemeine Schlussfolgerung stellt sich wie folgt dar:

- mit den Zielen für 2030, unter Annahme ihrer Verwirklichung, beträgt die Projektion +2,4 °C (Bandbreite: von +1,9 bis +3 °C);
- mit den Zielen für 2030 und den während der COP gemachten Zusagen, unter Annahme ihrer Verwirklichung, beträgt die Projektion +2,1 °C (Bandbreite: +1,7 bis +2,6 °C);
- mit der zusätzlichen Zusage der „CO₂-Neutralität“ im Jahr 2050 („optimistisches Szenario“ laut Bericht) beträgt die Prognose +1,8 °C (Bandbreite von +1,5 bis +2,4 °C). „Dieses Szenario ist mit dem Pariser Abkommen nicht vereinbar“, weil es „eine Erwärmung um +2,4 °C nicht ausschließt“.

Climate Action Tracker hat sich mit Strategien zur „Neutralität im Jahr 2050“ genauer beschäftigt.²⁸ Die Forscher*innen wählten zehn Parameter und verwendeten einen Farbcode (von gut bis schlecht: grün, orange, rot). Fazit: die Strategien Chiles, Costa Ricas, der Europäischen

Union und des Vereinigten Königreichs sind „akzeptabel“; die von Deutschland, Kanada, USA und Südkorea sind „durchschnittlich“; diejenigen von Japan, China, Australien und Neuseeland sind „mäßig“; alle anderen sind „ungenügend“ (insbesondere Brasilien, Südafrika, Russland, Saudi-Arabien ...). Es ist klar, dass die Mehrheit der Regierungen auf den „Netto-Null-CO₂“-Zug aufgesprungen ist, um sich grün zu malen und in Glasgow unbemerkt zu bleiben.

Die Bewertung der Strategien der Industrieländer und Chinas soll näher betrachtet werden. Bei zwei Parametern schreibt die EU rote Zahlen: keine Klarheit bei der Verpflichtung zu Gerechtigkeit und keine Unterscheidung zwischen Absorptionen und Reduzierung von Emissionen. Deutschland liegt zweimal im Orange und dreimal im Rot: sein „Netto-Null“ bezieht nicht die Emissionen des internationalen Luft- und Seeverkehrs ein und schließt „CO₂-Kompensationen“ außerhalb der Landesgrenzen nicht aus. Dieselben Punkte sind für die USA rot, wobei dort auch noch Absorption und Reduktion verschmelzen und es ihrem Bekenntnis zur Gerechtigkeit an Klarheit mangelt (niemand kann aus seiner Haut!). Was China betrifft, so ist es bei 6 Parametern im Roten und bei 3 anderen im Orange.

Diese Analyse bestätigt voll und ganz die Kritik von Ökosozialist*innen und anderen Aktiven: Soweit sie nicht ganz fehlen oder völlig hohl sind, sind „Netto-Null-CO₂ im Jahr 2050“-Strategien unvollständig und bestenfalls deutlich verzerrt. All dieses Blabla über „Netto-Null-CO₂“ hat nur dazu beigetragen, die meisten der 19 bis 23 Gt CO₂eq, deren Beseitigung in den nächsten acht Jahren über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit entscheiden wird, die 1,5 °C-Grenze zusätzlicher Erwärmung nicht (zu sehr) zu überschreiten, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Es ist eindeutig ein Betrug und die Ursache dieses Betrugs ist kristallklar: Es geht darum, jeden Zwang, jede Regulierung, jede Planung zu vermeiden.

Entscheide nichts – schaffe einen Markt, der entscheidet

Im 5. Sachstandsbericht des IPCC heißt es ausdrücklich: „Die Klimamodelle gehen von voll funktionsfähigen Märkten und wettbewerbsorientiertem Marktverhalten aus.“²⁹ Diese Annahme wiederum setzt die Schaffung eines mit Marktinstrumenten ausgestatteten Marktes voraus. Im Paris-Abkommen war im Artikel 6 das Prinzip eines „Neuen Marktmechanismus“ aufgenommen worden, um die Mechanismen des Kyoto-Protokolls abzulösen. Eine

ganze Reihe interkapitalistischer Konflikte verhinderte die Verwirklichung dieses Prinzips auf der COP25 (Madrid), die an dieser Frage scheiterte. Aber Halleluja, Glasgow hat eine Vereinbarung erreicht. Alle Seiten (Staaten, Regionen, Unternehmen) können Umweltverschmutzungsrechte austauschen. Diese können überall auf der Welt durch „saubere“ Investitionen, Baumpflanzungen, Erhaltung bestehender Wälder, CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) oder -Verwendung (CCU) erzeugt werden.

Zu den zu lösenden Konflikten: Wie kann verhindert werden, dass Emissionsrechte doppelt gezählt werden (vom Verkäufer und vom Käufer)? Werden die im Rahmen von Kyoto generierten Rechte in das neue System umwandbar sein (die Mehrheit dieser Rechte entspricht nicht wirklichen Emissionsreduktionen)? Wird der Handel mit Rechten besteuert, um den Ländern des globalen Südens zu helfen, die „Verluste und Schäden“, die sie durch die globale Erwärmung erleiden, zu bewältigen?³⁰ Es fehlt der Platz, um all dies im Detail zu untersuchen. Ganz allgemein „schaffen die Mechanismen von Artikel 6 so viele wirksame Taschenspielertricks, dass sie jede noch vorhandene Möglichkeit beseitigen könnten, die Welt auf den 1,5 °C-Pfad zu bringen.“³¹ Die Beschlüsse der COP reichen möglicherweise nicht aus, um Doppelzählungen zu vermeiden. Der Kompromiss zu den alten Rechten – die 2013 und danach erzeugten können gewandelt werden – ist ein Sieg für die Heißluft Händler („Heiße Luft“, gefälschte Reduktionen). Vor allem im Brasilien von Bolsonaro gibt es viel davon.

In einem nächsten Schritt wird die Liste der sauberen Beteiligungen erstellt, mit denen Rechte generiert werden. Die Liste der Europäischen Union („Taxonomie“ im COP-Jargon) wird bis Ende des Jahres 2021 festgelegt. Es geht dabei um viel: Die „Taxonomie“ wird den Weg für grüne Finanzen ebnen. Offene Frage: Wird Atomkraft dabei sein? Sie als „nachhaltige Energie“ zu definieren, wäre absoluter Unsinn. Das einzig Nachhaltige an dieser Technologie ist der Abfall, mit dem niemand etwas anzufangen weiß. Er wird die Umwelt für Zehntausende von Jahren oder länger verschmutzen. Aber ... der Markt ist fantastisch. China beispielsweise plant den Bau von 150 Reaktoren. Aus kapitalistischer Sicht, die alles auf den Kopf stellt (wie Marx sagte), wäre es der absolute Unsinn, sich diesen Jackpot entgehen zu lassen, eine Quelle für „nachhaltige“ Profite. Angeführt von Frankreich setzen sich zehn Länder für die Aufnahme der Atomenergie in die Taxonomie ein. Fünf andere sind dagegen, darunter Deutschland. Wer wird gewinnen? Spannung bis zum Schluss ...³²

Klimafinanzierung: Arme, versucht für Investoren attraktiv zu sein!

Der Höhepunkt dieser kriminellen Logik ist erreicht, wenn wir uns dem Thema „Klimafinanzierung“ nähern. Sie hat zwei Komponenten: öffentliche und private Gelder. Erstere gliedern sich wiederum in zwei Unterabschnitte: Grüner Klimafonds und Entschädigungen für „Verluste und Schäden“. Auf der COP war das Ganze Thema eines Plenartages: Welcome to the Finance Day (Willkommen zum Finanztage)!

In Bezug auf den Grünen Klimafonds sagte der Schatzkanzler (britischer Finanzminister) im Grunde Folgendes: OK, der Norden hat seine Zusagen gebrochen. Das tut uns leid. Aber wir sind bei 80 Milliarden, wir werden ab 2023 die Hundert erreichen, dann werden wir das Ziel übertreffen und das wird den Mangel der Vorjahre ausgleichen. Dieser Gentleman hat nicht gesagt, dass im Grünen Klimafonds nur 20 Milliarden Spenden sind. Der Rest sind Kredite. Das Abkommen verspricht eine Verdoppelung der Finanzierung für die Anpassung an die Erwärmung ab 2025, jedoch ohne Garantien. Ein Ausschuss der Vereinten Nationen wird nächstes Jahr über die Fortschritte in Richtung 100 Milliarden Dollar/Jahr berichten ... Festzuhalten ist vor allem, dass dem Süden eine neue Verschuldungsspirale droht.

Noch viel brisanter ist die Frage nach „Verlusten und Schäden“. Nehmen wir als Beispiel Somalia. Es hat zu 0,00026 % zum historischen Klimawandel beigetragen, leidet aber unter wiederholten Dürren, die eindeutig auf die globale Erwärmung zurückzuführen sind. Im Jahr 2020 litten 2,9 Millionen Menschen unter schwerer Ernährungsunsicherheit. Die internationale Hilfe ist völlig unzureichend. Kenia, Äthiopien, Sudan und Uganda erleben dieselbe Tragödie.³³ Wer zahlt? Und wer wird für die kommenden Katastrophen zahlen? Die NGO „Christian Aid“ schätzt, dass der Klimawandel bei unveränderter Politik dazu führen wird, dass das BIP der ärmsten Länder bis 2050 um 19,6 % und bis 2100 um 63,9 % im Jahresdurchschnitt sinken wird. Bei einer Begrenzung auf 1,5 °C wären diese Zahlen immer noch 13,1 % bzw. 33,1 %.³⁴ Die Verlust- und Schadensrechnung wird schnell auf mehrere Billionen steigen. Das Prinzip der Finanzierung durch reiche Länder ist in der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen verankert, aber imperialistische Regierungen weigern sich, es zu respektieren.

Die wundersame Lösung soll aus privater Finanzierung kommen. Mark Carney, ehemals Goldman Sachs,

ehemaliger Direktor der Bank of England und ehemals Vorsitzender des Finanzstabilitätsrats der G20, wurde von den Vereinten Nationen zum „Sondergesandten“ für die Klimafinanzierung ernannt. Kurz vor der COP hat er in der Glasgow Finance Alliance for Net Zero (GFANZ) mehrere Vertreter der „Green Finance“ zusammengeführt. Die GFANZ wird von 19 Vorstandsvorsitzenden großer Finanzunternehmen geleitet, darunter Brian Moynihan von der Bank of America, Larry Fink von BlackRock, Jane Fraser von Citigroup, Noel Quinn von HSBC, Ana Botín von Santander und Amanda Blanc von Aviva. Ihr Zweck besteht darin, „ein von Fachleuten geleitetes Forum für Finanzunternehmen zur Zusammenarbeit bei substanziellen und übergreifenden Fragen zu bieten, das die Ausrichtung der Finanzierungsaktivitäten auf Netto-Null beschleunigt und die Bemühungen aller Unternehmen, Organisationen und Länder unterstützt, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen“.³⁵

Auf der COP war GFANZ der große Star des „Finance Day“. Das Konsortium ist 130 000 Milliarden Dollar schwer. Überschwänglich versuchte der Schatzkanzler, alle zu bluffen, indem er diese „historische Mauer des Kapitals“ verherrlichte, die bereit sei, zur Rettung des Planeten und seines Klimas herbeizueilen. Übersetzung: bereit zur Finanzierung, „sauberer“ Investitionen, sauberer Kohle, grünen Wasserstoffs, Baumpflanzungen, Erhalt bestehender Wälder, CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) oder -Verwendung (CCU). Alle Formen von Greenwashing sind willkommen, solange es sich auszahlt. Denn die Bedingungen sind ganz klar: „Dafür brauchen Anleger genauso viel Klarheit wie bei traditionellen finanziellen Gewinn- und Verlustkennzahlen.“³⁶ Arme, versucht für Investoren attraktiv zu sein ...

Die NGO „Reclaim Finance“ hat diesen Geldgebern ihre grüne Maske abgerissen. Kurz: Die Referenz der GFANZ (die „Race to Zero“-Kriterien der UNO) erwähnt keine fossilen Energien; Allianzmitglieder sind nicht verpflichtet, ihre indirekten Emissionen (sogenannte „Scope 3“-Emissionen, die ca. 88 % der Emissionen aus dem Sektor fossiler Brennstoffe ausmachen) zu reduzieren; keine Verpflichtung zu absoluten Reduktionen, relative Reduktionen (Verringerung der CO₂-Intensität) reichen aus; keiner der Partner von GFANZ verbietet oder beschränkt die Nutzung von Verrechnungsmöglichkeiten; Mitte Oktober 2021 legten 34 der 58 Mitglieder der Asset Owner Alliance (einer der Bestandteile von GFANZ) keinerlei Beschränkungen für Investitionen in fossile Energien fest ...³⁷

Einige Monate vor der COP21 eröffnete François Hollande den Unternehmensklimagipfel in Paris mit den Worten: „Die Unternehmen sind von wesentlicher Bedeutung, weil sie es sind, die durch die eingegangenen Verpflichtungen die notwendigen Änderungen umsetzen: Energieeffizienz, Ausbau erneuerbarer Energien, die Möglichkeit, mit einer Mobilität zu reisen, die keine Energie [sic!] verbraucht, Energiespeicherung, Bauweise von Wohnungen, Organisation von Städten, aber auch die Beteiligung an der Transformation und Anpassung von Entwicklungsländern.“³⁸

Wir können hier nur die Interpretation dieser Erklärung in „Zu spät, um pessimistisch zu sein“ kopieren: „Geliebte Kapitalisten, wir Politiker bieten euch den Planeten, die Städte und die Wälder, die Böden und die Ozeane, wir bieten euch sogar den Markt für die Anpassung der Länder des Südens an die Katastrophe, die Ihr ihnen bereitet. Alles für Euch, greift zu: Das ist die Botschaft“.³⁹

Aus Sicht des Kapitals wäre es falsch zu sagen, dass die COP26 nur „blablabla“ war. Sie war vielmehr eine monströse Verherrlichung des Neoliberalismus. Dieser Gipfel hat einen bedeutenden Schritt auf dem Weg zur vollständigen Kommodifizierung der Erde, ihrer Ökosysteme und ihrer Bewohner gemacht. Für den Profit der Finanzwelt und auf Kosten der Menschen.

Wir können schlussfolgern:

Die politisch Verantwortlichen erkennen dies alles (oder fast alles): die Dringlichkeit ist maximal, das Risiko ist unermesslich, es gibt keinen Moment zu verlieren. Und doch wird von COP zu COP trotz Aufklärung durch „die beste Wissenschaft“ die Zeit verschwendet, die noch bleibt, um reagieren zu können, und der Marsch in den Abgrund wird beschleunigt. Diese abartige, halluzinierende und erschreckende Realität entspringt weder der Dummheit des einen oder anderen Verantwortlichen noch der Verschwörung okkulten Mächte: Sie stammt aus den grundlegenden Gesetzen des Kapitalismus, und diese Gesetze verderben auch die „beste Wissenschaft“. Basierend auf der Konkurrenz um Profit zwingt diese Produktionsweise Millionen von Kapitalisten unter Androhung des wirtschaftlichen Todes, jeden Moment Millionen von Investitionsentscheidungen zu treffen, die darauf abzielen, die Produktivität der Arbeit durch Maschinen zu steigern. Der Rückgang der Profitrate, der daraus tendenziell resultiert, wird durch eine Steigerung der Masse der produzierten Güter, eine Zunahme der Ausbeutung der Arbeitskraft und eine Zunahme der Ausbeutung

anderer natürlicher Ressourcen ausgeglichen. Dieses System funktioniert wie ein unkontrollierter Automat. Wie eine Wolke den Regen, trägt es nicht nur den Krieg in sich, wie Jaurès sagte, sondern auch ein unbegrenztes Entwicklungspotential, ein unbegrenztes Anwachsen von Ungleichheiten und eine unbegrenzte Verschlimmerung der ökologischen Zerstörung.

Es muss energisch wiederholt werden: Es besteht ein unüberwindlicher Gegensatz zwischen der Fortsetzung dieses Systems und dem Schutz des Planeten als einer für das Leben und die Menschheit günstigen Umwelt. Daher muss man, wie Lenin vor dem Ausbruch des Krieges 1914, beginnen, unabhängig von den Machtverhältnissen eine klare Diagnose zu wagen: Die Situation ist „objektiv revolutionär“. Mit der COP von Glasgow beginnt ein kurzer Zeitraum immer dringenderer Warnungen: Entweder wird die Konvergenz der sozialen Mobilisierungen es ermöglichen, die enorme Kluft zwischen dieser objektiven Situation und dem Bewusstseinsniveau der Ausgebeuteten und Unterdrückten (dem „subjektiven Faktor“) zu überbrücken, oder der Automat wird uns immer tiefer in eine Barbarei beispiellosen Ausmaßes treiben.

17.11.2021

Daniel Tanuro ist Agrarwissenschaftler, Ökosozialist und Mitglied von Gauche Anticapitaliste / SAP Antikapitalisten, der belgischen Sektion der Vierten Internationale.

Übersetzung aus dem Französischen: Björn Mertens

- 1 Zusage auf der Cancun-COP (2010)
- 2 <https://www.ipcc.ch/sr15/>
- 3 <https://www.pnas.org/content/115/33/8252>
- 4 IEA, „Net Zero in 2050. A Roadmap for the Energy Sector“, <https://www.iea.org/reports/net-zero-by-2050>
- 5 Gigatonnen an Treibhausgasen, umgerechnet, als wären all diese Gase CO₂
- 6 „Glasgow’s 2030 credibility gap“, <https://climateactiontracker.org/publications/glasgows-2030-credibility-gap-net-zeros-lip-service-to-climate-action/>
- 7 <https://www.youtube.com/watch?v=iW4fPXzX1S0>
- 8 „COP26: oil price soars even as the world turns against fossil fuel“, *Financial Times*, 4.11.2021
- 9 Joe Manchin, konservativer Senator der Demokraten in West Virginia, hat (neben einem Verbot des Fracking und einer Anhebung des Mindestlohns) lange Zeit Bidens Infrastrukturprogramme im Senat blockiert, weil sie Klimaschutzmaßnahmen enthalten. – Anm. d. Üb.
- 10 Daniel Tanuro, *Trop tard pour être pessimistes. Ecosocialisme ou effondrement*, Textuel, Paris, 2020. Siehe auch: „Zu spät,

um pessimistisch zu sein”, Interview mit Daniel Tanuro, *die internationale* 2/2021, <https://www.inprekorr.de/592-spaet.htm>

11 <https://ozone.unep.org/treaties/montreal-protocol-substances-deplete-ozone-layer/text>

12 <https://public.wmo.int/en/media/news/scientific-assessment-confirms-start-of-recovery-of-ozone-layer>

13 Der Strahlungsantrieb eines Gases ist seine Fähigkeit, die von der Erde emittierten Infrarotstrahlen zu absorbieren und so zum Treibhauseffekt beizutragen, der den Planeten für das Leben geeignet macht.

14 Daniel Tanuro, „Das Klimaabkommen von Kigali: vom HFKW-Baum zum CO₂-Wald“, *Politique la Revue*, <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article39236>

15 Kurzfristig ist der Strahlungsantrieb von Methan 80-mal größer als der von CO₂. Methan wird jedoch schnell aus der Atmosphäre entfernt (durch chemische Reaktion mit Sauerstoff). Es wird geschätzt, dass sein Strahlungsantrieb über hundert Jahre gerechnet das 30-fache von CO₂ beträgt.

16 <https://ukcop26.org/the-global-forest-finance-pledge/>

17 „Will the COP26 global deforestation pledge really save forests?“, Kieran Mulvaney, *National Geographic*, 5.11.2021.

18 <https://www.dhnet.be/actu/monde/vingt-deux-pays-dont-la-belgique-s-engagent-a-cooperer-pour-adapter-leurs-armees-au-changement-climatique-618e96749978e25ff06207d9?>

19 Beispiel: Frankreich ist stolz darauf, der Koalition „Beyond Gas and Petrol“ (BOGA) beizutreten. Mit elf anderen Ländern (darunter sehr wenige Produzenten) verspricht es, auf seinem Territorium kein Öl oder Gas mehr zu fördern. Der Koalition zwischen Großbritannien und anderen, die versprechen, außerhalb ihrer Grenzen keine öffentlichen Gelder mehr in Anlagen für ungeminderte fossile Energienutzung zu stecken, bleibt es jedoch fern. Das Fehlen Frankreichs in der zweiten Koalition und das Fehlen Großbritanniens in der ersten Koalition werden vor dem Hintergrund der Verbindungen zwischen Paris und Total einerseits und den fossilen Interessen Londons in der Nordsee andererseits verdeutlicht.

20 also den CO₂-Ausstoß aufzufangen und zu lagern CCS oder anderweitig zu verwerten (CCU). Anm. d. Übers.

21 Siehe die Studie von Global Witness über Hunderte fossiler Handlanger auf der COP <https://www.globalwitness.org/en/press-releases/hundreds-fossil-fuel-lobbyists-flooding-cop26-climate-talks/>. Siehe auch „In Glasgow, COP26 Negotiators Do Little to Cut Emissions, but Allow Oil and Gas Executives to Rest Easy“, *Climate News*, 12.11.2021: „Vertreter von Royal Dutch Shell und Chevron nahmen unter dem Banner nationaler Delegationen oder Industriegruppen teil. Saudi-Arabien und andere Petro-Staaten haben Delegierte ihrer Ölgesellschaften mitgebracht. Der kanadischen Delegation gehörte ein Vertreter von Suncor, einem der führenden Ölsandproduzenten des Landes, an.“

22 *Financial Times*, 11.11.2021

23 <https://www.e3g.org/news/explained-what-does-unabated-coal-mean/>

24 Die in Belgien bestehende staatliche Förderung von Heizöl ist zum Beispiel ziemlich „ineffizient“ ...

25 2060 für China, 2070 für Indien.

26 Climate Action Tracker, op. cit.

27 Climate Action Tracker, „Glasgow’s 2030 credibility gap: net zero’s lip service to climate action. Wave of net zero emission goals not matched by action on the ground“, <https://climateactiontracker.org/publications/glasgows-2030-credibility-gap-net-zeros-lip-service-to-climate-action/>

28 Climate Action Tracker, „Net zero target evaluations“, <https://climateactiontracker.org/global/cat-net-zero-target-evaluations/>

29 AR5, GT3, Chap. 6, p. 422

30 *Financial Times*, 11.11.2021.

31 Presseerklärung von CLARA (Climate Land Ambition and Rights Alliance), <https://globalforestcoalition.org/climate-land-ambition-and-rights-alliance-statement-on-closing-of-cop-26/>

32 https://www.francetvinfo.fr/monde/environnement/cop26/cop26-cinq-pays-europeens-dennoncent-le-classement-par-l-ue-du-nucleaire-comme-investissement-vert_4841371.html

33 <https://www.oxfam.org/fr/changement-climatique-cinq-catastrophes-naturelles-qui-demandent-une-action-durgence>

34 <https://mediacentre.christianaid.org.uk/climate-change-could-cause-64-gdp-hit-to-worlds-vulnerable-countries/>

35 <https://www.globalcapital.com/article/299y63wwjw04h50dqps0/sri/gfanz-becomes-new-oversight-body-for-climate-finance>

36 <https://inews.co.uk/news/politics/cop26-rishi-sunak-unveils-130-trillion-commitment-to-help-developing-nations-fight-climate-change-1281644>

37 https://reclaimfinance.org/site/wp-content/uploads/2021/11/FINAL_GFANZ_Report_02_11_21.pdf

38 <https://www.elysee.fr/declarations/article/discours-lors-de-l-ouverture-du-sommet-des-entreprises-pour-le-climat-unesco/>.

39 Daniel Tanuro, *Trop tard* ..., op. cit.

ZWEI KEHRSEITEN EINER MEDAILLE

Anders als die Berichte des Weltklimarats IPCC vom 23. Juni 2021 und nachfolgend vom 9. August, die wegen der Dringlichkeit der dort enthaltenen Warnungen breite Beachtung fanden, werden die Berichte des Weltbiodiversitätsrates IPBES leider kaum wahrgenommen.

■ Ökologiekommision der NPA

So haben die Medien den ersten gemeinsamen Bericht dieser beiden Institutionen, der im Dezember 2020 gemeinsam erstellt und am 10. Juni 2021 veröffentlicht worden ist, nur beiläufig erwähnt. Dies ist umso bedauerlicher, als darin zum ersten Mal offiziell die Zusammenhänge zwischen der Klimakrise und dem drastischen Rückgang der Biodiversität offengelegt worden sind, auch wenn zahlreiche Fachleute davor schon seit Jahren gewarnt haben. Endlich wird anerkannt, dass nicht nur die Klimakrise die Biodiversität beeinträchtigt, sondern umgekehrt diese auch erhebliche Auswirkungen auf die Bekämpfung der Klimakrise hat.

Nebenbei bemerkt haben nicht nur die Medien wenig darüber berichtet, sondern auch das französische Umweltministerium scheint die Bedeutung dieses gemeinsamen Berichts nicht verstanden zu haben. Daher ist nur eine (streng vertrauliche) englische Version verfügbar und auf der Website des Ministeriums wird man sie vergeblich suchen. Weitere Informationen dazu finden sich auf der IPBES-Website: „Biodiversity and climate change“¹.

Auch wenn sich am Anfang des Berichts der Warnhinweis befindet, dass das Dokument nicht offiziell von den beiden Gremien validiert worden sei, stellt dies seine

wissenschaftliche Gültigkeit nicht in Frage. Er wurde von 60 Forscher*innen verfasst, die je zur Hälfte vom IPCC (Klimatolog*innen) und vom IPBES (Fachleute für Biodiversität) stammen. Dass er nicht „validiert“ ist, liegt daran, dass die UN-Mitgliedstaaten, die die beiden Gremien kontrollieren, ihn nicht unterzeichnet haben.

Positiv daran ist, dass an zahlreichen Stellen der wechselseitige Zusammenhang zwischen Klimakrise und Krise der Biodiversität hervorgehoben wird: Die Klimakrise beschleunigt das Artensterben und das Artensterben beschleunigt wiederum die Klimakrise und beeinträchtigt die Fähigkeit der Menschheit, diese zu kontrollieren.

Dabei kann es auch zu widersprüchlichen Maßnahmen kommen: Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise mögen zunächst positiv erscheinen, verändern aber die Artenvielfalt und wären daher langfristig negativ. Ein Beispiel hierfür ist die künstliche Aufforstung – eine Sackgasse sowohl in ihrer Wirkung als CO₂-Senke als auch wegen ihrer negativen Auswirkungen auf die Biodiversität. Umgekehrt gilt dies jedoch nicht: Maßnahmen, die die Artenvielfalt verbessern können, sind immer positiv für das Klima. Die Komplexität der Interaktionen und mangelnde Kenntnisse können zu übermäßigem Optimismus oder Pessimismus führen. Insofern verweist der

Bericht darauf, dass Vorhersagen über den Klimawandel mit sehr großen Unsicherheiten behaftet sind.

Die Zielerklärungen für den Biodiversitätsschutz für 2020 – die sog. „Aichi-Ziele“ – sind nicht umgesetzt worden und die Förderung von Naturschutzgebieten ist zwar notwendig, reicht aber nicht aus. Die Maßnahmen, die allein auf die Natur und den Erhalt der Biodiversität abzielen, sind für sich nicht ausreichend und müssen mit Maßnahmen kombiniert werden, die den CO₂-Ausstoß begrenzen.

Der Bericht betont die möglichen negativen Auswirkungen bei der Herstellung von erneuerbarer Energie durch Windkraft oder Solarsysteme auf die Biodiversität, die Ineffizienz von Kompensationsmaßnahmen für den CO₂-Ausstoß, die Dringlichkeit, die Entwaldung, Überdüngung und Überfischung zu stoppen und die Nachfrage nach Fleisch- und Milchprodukten zu reduzieren.

Was er jedoch sorgfältig vermeidet, ist, den Widerspruch aufzuzeigen zwischen den Zielen in Hinblick auf Klima und Artenvielfalt und der Beibehaltung des ungleichen Gesellschaftssystems. Die Frage der Atomkraft (und ihrer Gefahren für die Artenvielfalt) wird dabei völlig außer Acht gelassen, obwohl sie uns von vielen Staaten als „die“ Antwort auf die Klimakrise präsentiert wird. Zudem ist das Dokument voll von Geschwurbel und Wiederholungen, denen es an wissenschaftlicher Solidität mangelt, was zweifellos dazu führt, dass viele sich das Papier gar nicht erst durchlesen, zumal die Regierungen darauf bedacht sind, dass es nicht übersetzt und allgemein verständlich wird. Aber wahrscheinlich haben die Wissenschaftler*innen damit versucht, die staatliche Zensur zu vermeiden!

Die konkreten Aussagen

Unter den verschiedenen Ursachen für den Rückgang der Artenvielfalt (Landnutzungsänderung, intensive Ausbeutung der Ressourcen, Umweltverschmutzung, invasive Arten) steht die globale Erwärmung an erster Stelle.

Der Bericht stellt weiterhin fest, dass „sich die Lebensbedingungen selbst bei 1,5 °C so stark verändern werden, dass einige Organismen nicht mehr in der Lage sind, sich anzupassen“. Einige Ökosysteme sind stärker bedroht als andere, wie z. B. Korallenriffe, und einige Arten sind stärker gefährdet als andere, etwa diejenigen, die in der Nähe der Pole leben, wo die Auswirkungen der globalen Erwärmung drei- bis fünfmal stärker sind als auf dem Rest des Planeten.

Klimawandel führt zu Waldsterben, vermehrtem Schädlingsbefall, Zunahme von Bränden (wie in diesem Sommer an den Megabränden mitten in Europa eindrucksvoll zu sehen war) und dem Auftauen des Permafrosts, das zu einer vermehrten Zersetzung organischer Stoffe führt und die Existenz von Ökosystemen der Tundra und Moore bedroht. Zudem zur Erwärmung der Meere, was eine Verringerung des gelösten Sauerstoffs zur Folge und erhebliche Auswirkungen auf viele Meeresarten hat. Eine globale Erwärmung von 2 °C zeigt sich am Verlust von Korallenriffen durch Versauerung. In 200 Jahren haben wir mehr für das Verschwinden dieses Ökosystems getan als in den 300 Millionen Jahren davor. Und diese Riffe sind das Äquivalent auf Meeresebene zu den tropischen Wäldern.

Bei all dem wird es mehr Verlierer als Gewinner geben. Die Arten wandern nicht oder nur sehr wenig, sondern es sind die Populationen, die durch natürliche Selektion ihr Verbreitungsgebiet verändern. Und es ist sehr schwierig und langwierig, neue Territorien einzunehmen.

Natürlich gibt es Arten, die (vorübergehend!) gewinnen. Einige dehnen ihr Verbreitungsgebiet nach Norden aus, kompensieren aber nicht immer damit den Verlust von Gebieten weiter südlich. Andere überwintern weiter nördlich (wie der Weißstorch oder die Rauchschnalbe in Frankreich) oder wandern weniger weit. Einige ändern ihre Wanderroute, um der Wüstenbildung weiter südlich auszuweichen. Ein Beispiel dafür ist eine kleine europäische Vogelart, die Mönchsgrasmücke, deren Population es (in 30 Jahren!) geschafft hat, afrikanische Winterquartiere durch Gebiete in Westeuropa zu ersetzen.

Die meisten jedoch verlieren dabei. Die im Norden beheimateten Arten sind rückläufig. In den Bergen versuchen Arten wie der Apollofalter in größere Höhen auszuweichen. Eine österreichische Studie zeigt das Verschwinden von Hochgebirgspflanzen (Relikten aus der Eiszeit). In den Alpen lässt sich ein Vogel, das Alpenschneehuhn, 100 m höher beobachten als noch vor 10 Jahren. Auch zeitliche Verschiebungen bereiten Probleme, wie z. B. beim Trauerschnäpper, einem nördlichen Sperlingsvogel, der seit Tausenden von Jahren zur selben Zeit zurückkehrt, aber seine Brut nicht mehr aufziehen kann, weil die Beutetiere (Insekten) aufgrund der Erwärmung ihren Schwarmhöhepunkt um mehrere Wochen vorverlegt haben. Die Seevogelkolonien werden immer unfruchtbarer, da die Beute nach Norden gewandert ist.

Die nördliche Tundra verschwindet und mit ihr die zahlreichen Arten, die sich an sie angepasst hatten, wie

der Polarfuchs, der im ungewohnten Wettstreit mit dem Rotfuchs unterliegt, der in sein Gebiet eindringt. Manche Arten fallen neuen Parasiten zum Opfer, wie z. B. Amphibien und Bienen, an die sie sich nicht rechtzeitig anpassen können.

Die Koevolution zwischen den Arten ist gestört: Mit dem Anstieg des CO₂ wachsen die Pflanzen schneller, aber der für die Proteinsynthese erforderliche Stickstoffgehalt nimmt ab. Eine Folge davon ist, dass weniger Raupen wachsen, was wiederum zu einem Rückgang der Vögel führt.

Der Klimawandel beschleunigt den Verlust der Artenvielfalt, da er zu rasch fortschreitet und die Arten nicht die Zeit haben, sich an so rasche Veränderungen anzupassen.

Auf die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Biodiversität wird zwar schon seit Jahren hingewiesen, aber wir erkennen erst allmählich, dass der Rückgang der Artenvielfalt wiederum negative Auswirkungen auf das Klima hat.

Diese Erkenntnis hat die Autor*innen des gemeinsamen Berichts von IPBES und IPCC dazu veranlasst, hervorzuheben, wie wichtig es ist, die Zerstörung der CO₂-speichernden Ökosysteme zu stoppen, insbesondere „der Wälder, Feuchtgebiete, Torfmoore, Weiden, Savannen, Mangroven und tiefen Gewässer“. Sie schätzen, dass die Verringerung der Entwaldung die weltweiten anthropogenen CO₂-Emissionen um 10 % reduzieren könnte. Sie weisen auch darauf hin, wie wichtig die Wiederherstellung der geschädigten Ökosysteme ist, als „eine der billigsten und am einfachsten umzusetzenden Lösungen“. Damit könnten „wieder Lebensräume für Tiere und Pflanzen geschaffen, die Überschwemmungen eingedämmt, die Bodenerosion begrenzt und die Bestäubung ermöglicht werden“.

Die Autor*innen stellen fest, dass eine tiefgreifende Reform der Landwirtschaft durch eine Umstellung auf ökologische Land- und Forstwirtschaft mit einer Diversifizierung der Pflanzen- und Baumarten dringend erforderlich ist, um sowohl den Klimawandel als auch die Erosion der Artenvielfalt zu bekämpfen. Sie wenden sich gegen die Anpflanzung exotischer Baumarten, die als Rettung für das Klima präsentiert werden, obwohl sie empfindlicher auf den Klimawandel und die Schädlinge reagieren und sich äußerst negativ auf die Artenvielfalt auswirken.

Sie kritisieren die Bioenergie als Sackgasse, die bei gleichbleibendem Energieverbrauch die Biodiversität opfert und Flächen zu Lasten des Nahrungsmittelbedarfs der Bevölkerung umwidmet.

Was folgt daraus?

Der Erhalt der Artenvielfalt ist eines der besten Mittel, damit wir besser auf die globale Klimaerwärmung reagieren können. Denn dabei muss bedacht werden, dass die natürliche Umwelt 50 bis 60 % der von der Menschheit erzeugten Treibhausgase absorbiert. Das beste System zur CO₂-Speicherung ist die Biodiversität und nicht die technologischen Wahnvorstellungen einer künstlichen CO₂-Abscheidung, die von Zauberlehrlingen angepriesen werden, die vor allem von den damit verbundenen Profiten träumen.

Es ist ein Teufelskreis: „Die globale Erwärmung führt zum Verlust der Artenvielfalt, was wiederum die globale Erwärmung verschärft.“ Dies schränkt die Möglichkeiten des Menschen ein, sich gegen deren Auswirkungen zu wehren (siehe das Verschwinden der Mangroven und die Funktion der Korallen beim natürlichen Schutz der Küsten vor Stürmen).

Wir müssen auch den Verlust der Waldflächen berücksichtigen: Es sind nur noch 54 % des prähistorischen Niveaus seit der Jungsteinzeit erhalten.

Notabene hat der Verlust der Artenvielfalt erhebliche Auswirkungen auf die Anpassungsfähigkeit der menschlichen Bevölkerung. Das Instrumentarium, das der Menschheit zur Verfügung steht, um zu reagieren, wird immer kleiner. Jüngste wissenschaftliche Arbeiten weisen auf einen Zusammenhang zwischen dem Verlust der Artenvielfalt und der Beeinträchtigung ökologischer Maßnahmen (Biomasseproduktion, Kompostierungs-/Recyclingkapazität) hin. Für die Menschen wichtig sind die Auswirkungen auf die Ernteerträge, die Holzproduktion, die Resistenz gegen Krankheitserreger in der Landwirtschaft, die biologische Schädlingsbekämpfung durch natürliche Feinde und die natürliche Bestäubung. Bekanntlich beruhen 50 % der Weltwirtschaft auf funktionierenden Ökosystemen. Es sind sogar 100 %, wenn man die Chemie der Atmosphäre, den Kohlenstoff- und Wasserkreislauf, den Nährstoffkreislauf und die Bodenbildung hinzurechnet.

Aber der Verlust der Biodiversität führt auch zum Verlust der Anpassungsfähigkeit und möglichen Optionen. Eine ausgestorbene Spezies, die dank der Interaktion mit anderen existierte, könnte der Schlüssel zum Überleben der menschlichen Spezies angesichts der gravierenden Veränderungen in der Biosphäre (ob vom Menschen verursacht oder nicht) sein. Neuere Arbeiten zeigen, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Anzahl der Pflanzenarten, der Produktivität und der Nachhaltigkeit des Ökosystems und seiner Fähigkeit zur Erholung besteht.

Die Krise der Artenvielfalt und die Klimakrise liefern den Rahmen für unser Leben. Zugleich ist es aber auch eine Gelegenheit, die Menschheit für ein anderes Gesellschaftssystem einzunehmen. Früher war der Gedanke an eine andere Gesellschaft mit der Hoffnung auf ein besseres Leben für die Mehrheit der Menschen verbunden. Heute ist eine andere Gesellschaft die einzige Möglichkeit für uns alle, um überleben zu können.

Aber ist es vielleicht schon zu spät und wir sollten uns besser in Demut üben? Unser Glück ist, dass wir eigentlich recht wenig wissen! Wir sind immer wieder überrascht, wie sich Arten weiterentwickeln und Ökosysteme erholen können. Die Artenvielfalt von morgen wird anders aussehen, aber wenn wir schnell handeln, kann sie sich wieder erholen. Was das Klima betrifft, so ist es komplexer, weil es hier Verzögerungseffekte gibt (die besser dokumentiert sind als bei den sehr komplexen Ökosystemen). Aber wir wissen nicht alles über die erheblichen Wechselwirkungen zwischen der Artenvielfalt und den physikalisch-chemischen Systemen, die das Klima bestimmen. Sicher hingegen ist, dass die Eindämmung der Krise der Biodiversität ein patenter Hebel zur Eindämmung der Klimakrise wäre. Wir können die Klimakrise nicht allein aufhalten. Wir brauchen Verbündete – eben die anderen Arten, die genauso gefährdet sind wie wir und die bereits reagieren, um mit der Klimakrise fertig zu werden.

Kein Forscherteam ist heute dazu in der Lage, einen Point of no Return für die Menschheit zu prognostizieren. Wir haben also keine 10 oder 12 Jahre Zeit, um zu handeln, wie wir allzu oft in der Presse lesen. Wir haben keine Sekunde zu verlieren, um in unserem Alltag zu reagieren, in unserem Verhalten und indem wir die politisch und wirtschaftlich Mächtigen stürzen. Je früher wir handeln, desto besser stehen unsere Chancen, die Krise der Artenvielfalt und die Klimakrise zu stoppen.

Der Klimawandel und der Verlust der Artenvielfalt müssen gemeinsam bekämpft werden. Beide nehmen zu und ihre Auswirkungen sind kumulativ. Da sie einige Ursachen gemein haben, hängt unsere Fähigkeit zur Eindämmung und Anpassung von beiden ab.

Wer die Klimakrise aufhalten will, muss die Artenvielfalt erhalten. Maßnahmen zur deren Erhaltung bedeuten zugleich, die Klimakrise einzudämmen oder zumindest besser zu bewältigen.

Vielleicht sollten wir daran erinnern, dass der erste IPBES-Bericht von 2019 besagt, dass der Wandel nur möglich ist „wenn die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und technologischen Gegebenheiten transformiert

werden“. Darin werden „grundlegende Reformen der globalen Finanz- und Wirtschaftssysteme“ zugunsten einer „nachhaltigen Wirtschaft“ gefordert. Die konkreten Adressaten waren die industrielle Landwirtschaft und Fischerei, die Forstwirtschaft und der Bergbau. Kurz gesagt: der Kapitalismus.

Quelle: *l'anticapitaliste la revue* 129 vom Oktober 2021

Aus dem Französischen übersetzt von MiWe

1 https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2021/07/IPBES_IPCC_WR_12_2020.pdf



GEMEINGÜTER, VERSCHULDUNG UND PHARMAPATENTE

Der folgende Beitrag ist der erste von drei Teilen eines Artikels über die Zerschlagung des gemeinschaftlichen Besitzes durch den aufkommenden Kapitalismus und die Instrumentalisierung der Schuldenkrise zur Intensivierung der neoliberalen Politik, die eben die Zerstörung des Gemeinwesens zum Ziel hat.

■ **Eric Toussaint**

Seit dem Aufkommen des Kapitalismus wurden die Gemeingüter von der Kapitalistenklasse systematisch in Frage gestellt und der Kommerzialisierung und privaten Aneignung unterworfen. Als die Kapitalisten vor mehreren Jahrhunderten begannen, in Europa in die Fabriken zu investieren, verfolgten sie u. a. das Ziel, möglichst vielen Kleinbauern, die den weitaus größten Teil der Bevölkerung ausmachten, ihre elementaren Subsistenzmittel zu entziehen, um sie zu zwingen, in die Städte zu ziehen und dort für einen Hungerlohn in den Fabriken der Kapitalisten zu arbeiten. In den Ländern anderer Kontinente, die von den europäischen Mächten erobert worden waren, ging es ihnen u. a. darum, der einheimischen Bevölkerung ihr Land, ihre Rohstoffe und damit auch ihre lebenswichtigen Ressourcen zu rauben, Siedlungen zu errichten und die Bevölkerung der Zwangsarbeit zu unterwerfen.

Vom 16. bis zum 19. Jahrhundert erlebten die verschiedenen Länder, deren Wirtschaft zunehmend vom kapitalistischen System beherrscht wurde, einen gewaltigen Zerstörungsprozess der Gemeingüter.

Autoren wie Karl Marx (1818-1883) in *Das Kapital. Band I*, Rosa Luxemburg (1871-1919) in ihrem Buch *Die Akkumulation des Kapitals*², Karl Polanyi (1886-1964) in *The*

*Great Transformation*³ und Silvia Federici (1942) in *Caliban und die Hexe*⁴ haben dies eindrücklich dargelegt. Raoul Pecks ausgezeichnete Film über den jungen Karl Marx⁵ zeigt am Anfang sehr eindringliche Bilder von der Zerstörung des gemeinschaftlichen Eigentums am Beispiel der brutalen Unterdrückung der Armen, die in den rheinischen Wäldern Totholz sammelten. Karl Marx stellte sich damals auf die Seite der Opfer, die gerichtlich verfolgt wurden, weil sie ein uraltes kollektives Recht ausübten, das aber der kapitalistischen Logik widersprach. Daniel Bensaid hat diesem Thema ein kleines Buch gewidmet, *Die Enteigneten: Karl Marx, die Holzdiebe und das Recht der Armen*⁶, in dem er den kontinuierlichen Zerstörungsprozess des Gemeinschaftsbesitzes aufzeigt.

Im *Kapital* fasst Karl Marx zusammen, wie das kapitalistische System in Europa in verschiedenen Formen durchgesetzt wurde: „Der Raub der Kirchengüter, die fraudulente Veräußerung der Staatsdomänen, der Diebstahl des Gemeindeigentums, die usurpatorische und mit rücksichtslosem Terrorismus vollzogene Verwandlung von feudalem und Claneigentum in modernes Privateigentum, es waren ebenso viele idyllische Methoden der ursprünglichen Akkumulation. Sie eroberten das Feld für die kapitalistische Agrikultur, einverlebten den Grund und Boden dem Kapital und schu-

fen der städtischen Industrie die nötige Zufuhr von vogelfreiem Proletariat.“⁷

Während sich der Kapitalismus in Europa zunehmend als herrschende Produktionsweise durchsetzte, dehnte er zugleich seine Herrschaft auf den Rest des Planeten aus: „Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingebornen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute, bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära.“⁸

Marx fasst die vier Jahrhunderte vor der Durchsetzung der industriellen Revolution zur Zeit der Abfassung des *Kapitals* sehr prägnant zusammen: „Die verschiedenen Momente der ursprünglichen Akkumulation verteilen sich nun, mehr oder minder in zeitlicher Reihenfolge, namentlich auf Spanien, Portugal, Holland, Frankreich und England. In England werden sie Ende des 17. Jahrhunderts systematisch zusammengefaßt im Kolonialsystem, Staatsschuldensystem, modernen Steuersystem und Protektionssystem. Diese Methoden beruhen zum Teil auf brutalster Gewalt, z. B. das Kolonialsystem. Alle aber benutzten die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen.“⁹

Seit damals hat der Kapitalismus seine Offensive gegen die Gemeingüter aus zwei Gründen fortgesetzt: Erstens sind sie noch nicht völlig verschwunden und limitieren daher die totale Herrschaft des Kapitals, die sie sich demnach aneignen oder auf das absolute Minimum reduzieren will. Zweitens konnten im 19. und 20. Jahrhundert durch soziale Kämpfe wieder bestimmte Bereiche in gemeinschaftliches Eigentum überführt werden. Diese Errungenschaften stehen jedoch unter ständigem Beschuss.

Die wechselvolle Geschichte des Gemeineigentums

Im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schuf die Arbeiterbewegung wieder gemeineigene Strukturen in Form von Solidarsystemen: Genossenschaften wurden gegründet und Streikkassen und Solidaritätsfonds eingerichtet. Der Sieg der russischen Revolution führte für eine kurze Zeit auch zur Wiederherstellung des Gemeinwesens, bevor die stalinistische Degeneration die Diktatur und dreiste Privilegien zugunsten der bürokratischen Kaste durchsetzte, wie Leo Trotzki 1936 in *Verratene Revolution*¹⁰ so treffend beschrieben hat.

In gewisser Weise – um auf die kapitalistischen Länder zurückzukommen – führten die politischen und sozialen Kämpfe im 20. Jahrhundert (zu unterschiedlichen Zeiten von Land zu Land) zur Entwicklung des sog. Wohlfahrtsstaates, als die kapitalistischen Regierungen begriffen, dass der Arbeiterbewegung Zugeständnisse gemacht werden mussten, um den sozialen Frieden zu wahren und mitunter auch, um das Wiederaufflammen revolutionärer Kämpfe zu vermeiden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, von Ende der 1940er bis Ende der 1970er Jahre, führte die Welle der Entkolonialisierung, vor allem in Afrika, im Nahen Osten und in Asien, zusammen mit den siegreichen Revolutionen wie in China (1949) und Kuba (1959), zur Entstehung von Gemeineigentumsstrukturen, insbesondere durch die Welle der Verstaatlichung bestimmter Infrastrukturen (z. B. in den Vereinigten Staaten). Neben den Siegen von Revolutionen wie in China (1949) und Kuba (1959) führte dies zur Umwidmung bestimmter Gemeinschaftsgüter, insbesondere durch die Verstaatlichungswelle bestimmter Infrastrukturen (Suezkanal 1956 unter Nasser) und Rohstoffquellen (Kupfer unter Allende Anfang der 1970er Jahre) und fossiler Energiequellen (Algerien, Libyen, Irak, Iran etc.)

Diese Wiederaufwertung des Gemeineigentums schlug sich in einer Reihe von Dokumenten der Vereinten Nationen nieder, von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 bis zur Erklärung des Rechts auf Entwicklung 1986. Dort heißt es in Artikel 1, Absatz 1: „Das Menschenrecht auf Entwicklung bedingt auch die volle Verwirklichung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung, wozu [...] auch die Ausübung ihres unveräußerlichen Rechts auf uneingeschränkte Souveränität über alle ihre natürlichen Reichtümer und Ressourcen gehört.“¹¹ Dieses unveräußerliche Recht der Völker „auf uneingeschränkte Souveränität über alle ihre natürlichen Reichtümer und Ressourcen“ wird seitens solcher Institutionen wie der Weltbank oder des IWF und von den meisten Regierungen beständig infrage gestellt – und zwar im Interesse der privaten Großkonzerne.

Was sind Gemeingüter?

Im Rahmen dieses Artikels wird auf eine systematische Darstellung der Gemeingüter verzichtet und stattdessen der Begriff in einem sehr weiten, allgemeinen Sinne verwendet. Das reicht vom kollektiven Eigentum an Grund und Boden, das in verschiedenen Formen die gesamte Menschheitsgeschichte bis heute geprägt hat, bis hin zu

neueren Formen des Gemeineigentums. Dazu gehören zum Beispiel die öffentlichen Dienstleistungen, die soziale Errungenschaften sind, die in einen rechtlichen Rahmen gefasst und durch Steuern finanziert werden und hauptsächlich auf die Arbeiterkämpfe des 20. Jahrhunderts zurückgehen. Zu den Gemeingütern gehören auch die Errungenschaften, die in Eigeninitiative der Arbeiterbewegung seit Beginn des Kapitalismus entstanden sind, wie Solidaritätsfonds, Streikkassen, Genossenschaften, Genossenschaftsbanken und natürlich in jüngerer Zeit das Lohn- und Sozialversicherungssystem, das von der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert durchgesetzt wurde [...]. Innerhalb dieses Gemeineigentums sind Marktbeziehungen entweder ausgeschlossen oder auf ein Minimum reduziert.

In Anlehnung an eine Passage aus dem Buch von Jean-Marie Harribey: *La richesse, la valeur et l'inestimable* (Reichtum, Wert und Unschätzbares) kann man sagen, dass vor dem Hintergrund einer immer schwerwiegenden ökologischen Krise das wiedererwachte Interesse am „Begriff des Gemeinwesens aus dem Bewusstsein erwachsen ist, dass es ein gemeinsames Erbe der Menschheit gibt und damit bestimmte materielle Güter (Wasser, Luft, Boden, Wälder, Rohstoffe) und auch immaterielle Güter (Klima, Wissen, Kultur, Gesundheit, finanzielle Stabilität, Frieden etc.) bewahrt werden müssen.“¹²

Auch die soziale Reproduktionstätigkeit zählt zu diesen Gemeingütern, wie die Frauenbewegung nicht müde wird, zu betonen. Wie Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya und Nancy Fraser in ihrem Manifest *Feminismus für die 99 %* schreiben, beherbergt der Kapitalismus „einen Widerspruch, der die gesellschaftliche Reproduktion betrifft: eine Tendenz, im Interesse des Kapitals so viel ‚kostenlose‘ Reproduktionsarbeit wie möglich zu kommandieren, ohne jedwede Sorge um die Wiederherstellung des dadurch verbrauchten Arbeitsvermögens. Das Ergebnis: Der Kapitalismus führt regelmäßig zu ‚Sorgekrisen‘, die Frauen erschöpfen, Familien zerrütten und die Kräfte der Gesellschaft bis zur Grenze der Belastbarkeit beanspruchen.“¹³

Die Verfasserinnen definieren gesellschaftliche Reproduktion so: Sie „umfasst Tätigkeiten, die Menschen als verkörperte, gesellschaftliche Wesen erhält: als Wesen, die nicht nur essen und schlafen, sondern auch ihre Kinder aufziehen, für ihre Familien sorgen und ihre Gemeinschaften pflegen müssen, all das, während sie zugleich ihre Hoffnungen für die Zukunft zu verwirklichen suchen. Diese Tätigkeiten des Menschenmachens sind in der einen

oder anderen Form in jeder Gesellschaft anzutreffen. In kapitalistischen Gesellschaften haben sie jedoch noch einem anderen Herrn zu dienen: dem Kapital, das von der gesellschaftlich-reproduktiven Arbeit die Produktion und Erneuerung von Arbeitskraft fordert.“¹⁴

Die Autorinnen verweisen auf die sozialen Zusammenhänge, die durch die aktuelle multidimensionale Krise des Kapitalismus und die Corona-Pandemie nochmals unterstrichen werden: Im Kapitalismus „wird angenommen, dass es immer ausreichend Kraft geben wird, um Arbeiter zu produzieren und die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erhalten, auf denen die wirtschaftliche Produktion und sogar die Gesellschaft im Allgemeinen beruhen. Tatsächlich sind die für gesellschaftliche Reproduktion zur Verfügung stehende Kapazitäten nicht unbegrenzt und können über die Belastbarkeitsgrenze beansprucht werden.“¹⁵

Was die Autorinnen hier kritisieren, erlaubt ein besseres Verständnis, warum die kapitalistische Gesellschaft so anfällig auf das Coronavirus reagiert und die Regierungen außerstande sind, rechtzeitige Vorkehrungen zum besseren Schutz der Bevölkerung gegenüber der Pandemie zu treffen, und warum sie stattdessen die sog. „systemrelevanten“ Sektoren unter Druck setzen, ihren Mitmenschen beizustehen, während just die dort Beschäftigten infolge von Beschlüssen eben dieser Regierungen unterbezahlt, geringgeschätzt und personell ausgeblutet werden. Das Gleiche gilt für die Nachlässigkeit der Regierungen gegenüber den Folgen des Klimawandels und für die mangelnde Ausstattung und personelle Besetzung des Katastrophenschutzes angesichts der sich häufenden „Naturkatastrophen“.

Die Instrumentalisierung der Staatsverschuldung

Seit den 1970er und 1980er Jahren wird die Staatsverschuldung systematisch dafür genutzt, die Gemeingüter sowohl im globalen Norden als auch im Süden zunehmend unter Beschuss zu nehmen. Genau dies prangern die CADTM und andere Bewegungen, die sich gegen unrechtmäßige Schulden wenden, seit den 1980er Jahren an. Ich habe diesem Thema ein Dutzend Bücher¹⁶ und Hunderte von Artikeln gewidmet. Es ist sehr ermutigend, dass immer mehr Autor*innen ebenfalls die Instrumentalisierung der Schulden zum Angriff auf Gemeingüter und öffentliche Dienstleistungen unterstreichen.

Lassen wir noch einmal in diesem Zusammenhang die Autorinnen des Feminismus für die 99 % zu Worte kommen: „Weit davon entfernt, Staaten zu befähigen,

die gesellschaftliche Reproduktion durch öffentliche Zuwendungen zu stabilisieren, autorisiert er das Finanzkapital, Staaten und Bevölkerungen zu disziplinieren, im unmittelbaren Interesse der Privatinvestoren, Schulden sind seine Waffe der Wahl. Das Finanzkapital lebt von der öffentlichen Verschuldung, die es einsetzt, um selbst noch die mildeste Form sozialdemokratischer Fürsorge zu verbieten. Es zwingt Staaten, ihre Wirtschaften zu liberalisieren, ihre Märkte zu öffnen und schutzlosen Bevölkerungen ‚Austerität‘ aufzuoktroieren.“¹⁷

Im Zuge der weltweiten neoliberalen Offensive seit den 1980er Jahren nutzten die Regierungen und verschiedene internationale Organisationen wie die Weltbank und der IWF die Staatsverschuldung, um eine Welle von Privatisierungen strategischer Unternehmen, öffentlicher Dienstleistungen und natürlicher Ressourcen sowohl im globalen Norden als auch im Süden zu loszutreten. Damit wurde, wie bereits erwähnt, ein Trend umgekehrt, der die Entwicklung der vorangegangenen Jahrzehnte geprägt hatte, in denen es unter dem Druck von unten zu einer Aufwertung des Gemeinwesens gekommen war.

Im Namen der Schuldentilgung wurden zahlreiche Angriffe auf das Gemeinwohl gerechtfertigt. Einige davon haben die ökologische Krise und die Entwicklung von Zoonosen beschleunigt: zunehmende Entwaldung, Massentierhaltung und Monokulturen, um Deviseneinnahmen zur Rückzahlung der Staatsschulden im Ausland zu erzielen. All dies geschieht unter Befolgung der vom IWF und der Weltbank empfohlenen Strukturanpassungspolitik.

Einige dieser Maßnahmen der „Devisenbeschaffung“ haben auch direkte Auswirkungen auf die Fähigkeit der Staaten und der Bevölkerung, der Corona-Pandemie und anderen Gesundheitskrisen zu widerstehen: Stagnation oder Kürzung der öffentlichen Gesundheitsausgaben, Durchsetzung von Patenten auf Medikamente und Behandlungen, Verzicht auf die Herstellung von Generika, Aufgabe der lokalen Produktion von medizinischen Ausrüstungsgütern, Förderung der Privatisierung im Gesundheitswesen, Abschaffung des freien Zugangs zur Gesundheitsversorgung in zahlreichen Ländern, prekäre Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen, Entwicklung öffentlich-privater Partnerschaften etc.

Marx hatte dies bereits vor über 150 Jahren trefflich formuliert: „Die Staatsschuld, d. h. die Veräußerung des Staats – ob despotisch, konstitutionell oder republikanisch – drückt der kapitalistischen Ära ihren Stempel auf.“¹⁸

Wenn man die Instrumentalisierung der Staatsverschuldung zur Legitimierung der neoliberalen Politik ins Auge fasst, gelangt man unweigerlich zur Schlussfolgerung, dass die ungerechtfertigten Schulden annulliert werden müssen.

Übersetzung: MiWe

Aus: <https://www.cadtm.org/La-destruction-et-l-accaparement-des-biens-communs>

- 1 Karl Marx, *Das Kapital. Band I*, MEW Band 23
- 2 Rosa Luxemburg, *Die Akkumulation des Kapitals*, Gesammelte Werke, Bd. 5
- 3 Karl Polanyi, *The Great Transformation*, stw 2021
- 4 Silvia Federici, *Caliban und die Hexe*, Mandelbaum Verlag, 2012
- 5 *Der junge Karl Marx* ist ein Historienfilm von Raoul Peck aus französisch-belgisch-deutscher Produktion, der 2017 in die Kinos gelangt ist.
- 6 Daniel Bensaïd, *Die Enteigneten: Karl Marx, die Holzdiebe und das Recht der Armen*, Laika, 2012
- 7 Karl Marx, *Das Kapital. Band I*, MEW Band 23, S. 760/761
- 8 *ibid*, S. 779
- 9 *ibid*, S. 779
- 10 Leo Trotzki, *Verratene Revolution*, Mehring, 2016
- 11 Erklärung über das Recht auf Entwicklung. Resolution 41/128 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 4. Dezember 1986
- 12 Jean-Marie Harribey, *La richesse, la valeur et l'ineestimable*, Les Liens qui Libèrent, Paris, 2013
- 13 Arruzza, Cinzia / Bhattacharya, Tithi / Fraser, Nancy: *Feminismus für die 99 %*. Ein Manifest, Berlin: Matthes & Seitz, 2019, Nachwort S. 84
- 14 *ibid*, S. 88
- 15 *ibid*, S. 93
- 16 Eric Toussaint, u. a. *Profit oder Leben*, Neuer ISP, 1999
- 17 Arruzza, Cinzia / Bhattacharya, Tithi / Fraser, Nancy: *Feminismus für die 99 %*. Nachwort S. 98
- 18 Marx, *ibid*, S. 782



DIE PROBLEME DER JUST-IN-TIME-LIEFERUNGEN

Dieses Logistikmodell ist der Motor des Hochgeschwindigkeitskapitalismus.
Aber seine Zerbrechlichkeit hat sich jetzt gezeigt.

■ **Kim Moody**

Ein Preisschock auf den globalen Erdgasmärkten bringt mehrere kleine Energieversorger zu Fall; Kunden stehen ohne Heizung da und sind mit steigenden Kraftstoffpreisen konfrontiert. Ein Feuer legt das leistungsstarke Kabel lahm, das Strom von Frankreich nach Großbritannien transportiert, was zu dunklen Wohnungen und steigenden Stromrechnungen führen kann. Das Containerschiff Ever Given, das von Malaysia ins englische Felixstowe fuhr, blieb sechs Tage lang im Suezkanal stecken, blockierte den Schiffsverkehr mit geschätzten Kosten von 850 Millionen Euro; und vielleicht verzögerte gerade dies die Auslieferung des elektronischen Geräts, das du bei Amazon Prime bestellt hast.

Was diese Vorfälle gemeinsam haben, ist die Geschwindigkeit, mit der ein einziges Ereignis die sich weltweit kreuzenden Lieferketten unterbrechen kann. Fast jedes Mal, wenn du etwas online bestellst, wird es über ein Netzwerk von Fabriken, Schienen, Straßen, Schiffen, Lagerhäusern und Auslieferungsfahrer*innen transportiert, die zusammen das Kreislaufsystem der Weltwirtschaft bilden. Diese eng getaktete Infrastruktur ist auf ununterbrochene Bewegung ausgelegt. Sobald ein Glied ausfällt oder stockt, sind die Auswirkungen auf die heutigen Just-in-Time-Lieferketten sofort spürbar.

Just-in-time war die Idee von Taiichi Ohno, einem Ingenieur bei Toyota in den 1950er Jahren, der sich von der Arbeit Henry Fords inspirieren ließ. Ohno definierte es als eine Möglichkeit, „Verschwendung“ – womit er Lagerbestände, zusätzliche Arbeitskräfte und ungenutzte Minuten meinte – in der Produktion und im Warenverkehr zu eli-

minieren. Anstatt Zeit, Arbeit und Geld zu verschwenden, indem Teile am Fließband oder in Vorratsspeichern lagern (wie es die Hersteller seit Jahrzehnten tun), war es Ohnos Idee, dass Lieferanten diese stattdessen genau so liefern können, wie sie benötigt werden. Dies würde dann die Gewinne steigern und den Betrag reduzieren, den Unternehmen für die Lagerhaltung und die Bezahlung zusätzlicher Arbeitskräfte ausgeben.

Nach seiner Einführung im Westen in den 1980er Jahren zog das Just-in-Time-Modell nach und nach aus dem Autowerk in jede Art von Waren- und Dienstleistungsproduktion. Es bahnte sich seinen Weg durch jede Lieferkette bis von jedem Lieferanten, ob groß oder klein, erwartet wurde, dass er seine Produkte termingerecht an den nächsten Käufer liefert. Dadurch verschärfte sich der Wettbewerb zwischen den Unternehmen, Waren schnell zu liefern, was bedeutete, dass die Unternehmen ihre Kosten (normalerweise die Lohnkosten) senken mussten. Just-in-Time-Lieferungen trugen somit zur Zunahme von schlecht bezahlten, oft prekären Jobs bei, wobei Arbeitskräfte nur dann eingestellt wurden, wenn sie gebraucht wurden. Dieses ständige Auspressen der Arbeiter*innen hat die Arbeitskultur der ständigen Verfügbarkeit und die damit verbundenen psychischen Gesundheitsprobleme beschleunigt, während Versuche zur Senkung der Lohnkosten die wirtschaftliche Ungleichheit verstärkt haben, unabhängig davon, wer in der Regierung sitzt.

Die schnelle Bereitstellung von Produkten hängt von der Infrastruktur ab. Seit den 1980er Jahren wurden Autobahnen verbreitert, Häfen vertieft und hier und da

zusätzliche Start- und Landebahnen hinzugefügt, um mit dem Tempo des Wandels Schritt zu halten. Lagerhäuser des 21. Jahrhunderts verwandelten sich von Lagerstätten in riesige Distributions- und Fulfillment-Zentren. Aber Geschwindigkeit birgt, wie jeder Formel-1-Fahrer weiß, eigene Risiken. Überschwemmungen, Stromausfälle, gesperrte Straßen, Arbeitskämpfe und natürlich Pandemien können das System zum Stillstand bringen. Da Just-in-Time die Lagerbestände beseitigt hat, kann eine unvorhergesehene Krise zu tückischen Engpässen führen. Zu Beginn der Pandemie gab es weit verbreitete Engpässe bei Schutzausrüstung, Kitteln, Masken und Plastikhandschuhen – die alle auf Just-in-Time-Produktion angewiesen sind und nur geringe Vorräte als Reserve vorhalten.

Jetzt wird unsere Just-in-Time-Welt immer krisenanfälliger. Die Fahrpläne der Containerschifffahrt sind seit Beginn der Pandemie Anfang 2020 unzuverlässig geworden. Der Anstieg der Treibstoffpreise hat auch zu reduzierten Schiffsgeschwindigkeiten, bekannt als „slow steaming“, geführt, um die Kosten zu senken. Der britische Verband der internationalen Spediteure (British International Freight Association) warnt derzeit vor einem „Engpass bei Landtransporten“, da Hafen- oder Lagerarbeiter mit Covid gegangen und Lkw-Fahrer aufgrund von Pandemie und Brexit sowie jahrelang stagnierenden Löhnen, langen Arbeitszeiten und fehlender Ausbildung knapp geworden sind. Der Güterkraftverkehrsverband (Road Haulage Association) schätzt, dass derzeit 100 000 Fahrer*innen in Großbritannien fehlen. Fehlende Fahrer*innen bedeuten verstopfte Häfen, verzögerte Schiffe, leere Regale und höhere Preise.

Supply-Chain-Manager und Logistikexperten sind sich aller potenziellen Probleme bewusst und diskutieren seit mehr als einem Jahrzehnt über den Kompromiss zwischen „Risiko“ und „Resilienz“ – letztere ist die Fähigkeit, eine Störung zu minimieren oder sich schnell von ihr zu erholen. Niedrige Lagerbestände erhöhen das Risiko von Engpässen im Krisenfall. „Resilienz“ bedeutet hingegen größere Lagerbestände, mehr Arbeitskräfte, mehrere Lieferanten und höhere Kosten. Dadurch entsteht ein Dilemma. Durch Wettbewerb wird die Resilienz für einzelne Unternehmen ihrerseits riskant. Wer will schon beim höherpreisigen Bummelanten kaufen? Solange jedoch Profitabilität die treibende Kraft ist, bringen nationale Bemühungen, sich wieder nach innen zu orientieren oder die „Kontrolle zurückzugewinnen“ – ironischerweise oft, um (wie beim Brexit) eine nur eingebaute Resilienz zu schaffen – aber noch mehr Störungen, unterbrochene Lie-

ferketten und höhere Preise mit sich, weil Unternehmen versuchen, Verluste auszugleichen. Das System der billigen Konsumgüter wird immer schwieriger aufrechtzuerhalten sein.

Aber das System des Hochgeschwindigkeitskapitalismus hat noch größere Auswirkungen. All diese globalen Echtzeitbewegungen werden von fossilen Brennstoffen angetrieben, die den Klimawandel verstärken. Die Zunahme von Tsunamis, Waldbränden, Überschwemmungen und anderen extremen Wetterereignissen macht Lieferketten und die von ihnen gelieferten Güter noch anfälliger. Die Demonstrant*innen, die sich im Zentrum Londons oder auf den Autobahnen niederlassen, sind auf der richtigen Spur. Wenn man, auf welchem Weg auch immer, den Großkonzernen die kostenlose Nutzung ihrer tödlichen Lieblingsenergiequellen vorenthält, lassen sich die Dinge auf ein menschliches Tempo verlangsamen – und vielleicht kann man auf diesem Weg einen Beitrag zur Rettung des Planeten leisten.

Jahrzehnte der Deregulierung, Privatisierung und Marktvergötterung haben die Gesellschaft anfällig gemacht für die Gewalt von „Just-in-Time“-Lieferketten, die keiner wollte. Keine noch so hohen staatlichen Subventionen, Steuersenkungen, Berufsausbildung und andere altmodische Maßnahmen werden ausreichen, um die kommenden Krisen zu bewältigen, von der Pandemie bis zum Klimawandel, die zum Versagen der Lieferketten führen. Es ist an der Zeit, nicht nur darüber nachzudenken, wie wir Dinge herstellen und konsumieren, sondern auch, wie wir sie bewegen.

_____ **Kim Moody** ist Gastwissenschaftler an der University of Westminster

Übersetzung aus dem Englischen: Björn Mertens

EINE NEUE SOZIALISTISCHE BEWEGUNG IN RUSSLAND

Die große Gewinnerin der jüngst in Russland durchgeführten Wahl war die Kommunistische Partei, deren Stimmenanteil sprunghaft auf fast 20 Prozent stieg.

Die Partei unterliegt zur Zeit einem Transformationsprozess durch eine Welle demokratischer sozialistischer Aktivist*innen, die gegen Wladimir Putins Herrschaft opponieren. **Ilja Budraitski**, ein linker politischer Moskauer Autor, sprach für *Jacobin* mit **Michail Lobanow** über das Ergebnis der Wahl.

Die Parlamentswahlen in Russland, die vom 17. bis 19. September stattfanden, führten zu einem weiteren nominalen Sieg von Wladimir Putins Partei Vereintes Russland. Aber das herausragendste Ergebnis war der sprunghafte Anstieg der Stimmen für die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF), die mit 19 Prozent der Stimmen auf den zweiten Platz kam. Trotz des üblichen Betrugs zugunsten von Putins Verbündeten schaffte es die KPRF, eine neue Wählerschaft zu gewinnen – insbesondere junge Menschen in den großen Städten, die die Stimmabgabe für die Partei als einzige Möglichkeit ansahen, nein zum existierenden System zu sagen. Seit den 1990ern ist das offizielle Programm der KPRF eine Mischung aus Stalinismus, Nationalismus und sozialdemokratischem Paternalismus. In den letzten Jahren hat sich innerhalb der KPRF jedoch eine Generation junger regionaler Führungspersönlichkeiten herausgebildet, die sie mehr in Richtung der Verteidigung demokratischer Rechte, sozialer Gleichheit und Ökologie drängte. Diesbezüglich war einer der aussagekräftigsten Aspekte der Wahlen die Kampagne von Michail Lobanow, einem 37 Jahre alten Mathematik-Dozenten an der Moskauer Staatsuniversität. Michail wurde von der KPRF nominiert, positionierte sich aber als unabhängiger demokratischer Sozialist. Er schlug den Kandidaten von Putins Vereintem Russland mit mehr als 10 000 Stimmen (eine Marge von

12 Prozent), obwohl die Auszählung dann manipuliert wurde, um ihm den Einzug ins Parlament zu verwehren. Die Stimmen für Kandidaten wie Lobanow waren dennoch ein wirklicher Durchbruch für die radikale Linke – sie zeigten ihr Potenzial, der Unzufriedenheit der Bevölkerung Ausdruck zu verleihen, trotz der schwierigen politischen Bedingungen im heutigen Russland. Zum Beispiel spielten Aktivist*innen der Russischen Sozialistischen Bewegung und anderer radikaler linker Gruppen, die gegenüber der KPRF traditionell kritisch eingestellt sind, eine bedeutende Rolle in seiner Wahlkampagne.

I. B.: Erzähl uns ein bisschen über Deinen politischen Hintergrund.

M. L.: Während meiner Schulzeit las ich gern Geschichtsbücher, allerdings handelte es sich nur um historische Romane vermischt mit mehr wissenschaftlichen Werken. An der Universität, schon Mathematikstudent, wo ich meine freie Zeit in Büchereien und Buchhandlungen Romanliteratur lesend verbrachte, kam ich zu dem Entschluss, dass ich Marx, Lenin und Trotzki lesen musste. Zum Beispiel gabelte ich in der Bibliothek der Moskauer Staatsuniversität (MSU) *Die Verratene Revolution* auf.

2006 nahm ich an der MSU an einem marxistischen Student*innen-Seminar teil, das von Aktivist*innen

der Sozialistischen Bewegung „Vpered“ gehalten wurde („Vorwärts“, die Russische Sektion der Vierten Internationale). In den folgenden eineinhalb Jahren beteiligte ich mich an verschiedenen Aktionen von Vpered gegen die Kommerzialisierung der Bildung und zur Verteidigung von Arbeitsrechten. Die Parteiversammlungen fanden im Büro der Konföderation der Arbeit Russlands statt. Und so lernte ich die unabhängigen russischen Gewerkschaften kennen.

Wie entstand die Aktivistengruppe an der Moskauer Staatsuniversität?

Wir suchten nach Bereichen in der Universität, wo Kämpfe geführt werden konnten. 2009 wollte die Leitung die Regeln für den Zugang zu den Studentenwohnheimen verschärfen. Wir initiierten eine Protestkampagne, sammelten 1700 Unterschriften und schafften es, dass die neuen Regeln abgeschafft wurden. Aufgrund dieser dreiwöchigen Kampagne formierte sich an der Universität ein Kern von etwa 30 Aktivist*innen. Wir kümmerten uns um alltägliche Probleme, aber es war offensichtlich, dass wir uns auf diese Weise organisatorisch nicht weiterentwickeln konnten.

Dann gingen wir an, mit der kommunistischen Parteigruppe an der Universität zusammenzuarbeiten. Sie bestand aus Studierenden und Lehrenden. 2011 entschied die Leitung erneut, die Wohnheimregeln zu verschärfen, und wir schafften es eine wirklich machtvolle und erfolgreiche Protestkampagne zu organisieren. Hunderte von Personen waren direkt beteiligt und unser Kern wurde größer. Das war genau zu der Zeit, als nach den Duma-Wahlen, die zugunsten von Putins „Vereintem Russland“ gefälscht worden waren, ausgedehnte Proteste begannen. Auf Universitätsebene gipfelte das in einem Kampf zwischen unserer Initiativgruppe und dem offiziellen MSU-Studierendenrat, der eng mit der herrschenden Partei verbunden war.

Wir nahmen also aktiv an der unabhängigen Beobachtung der Parlamentswahlen teil und brachten dem Vereinten Russland im Wahllokal des MSU-Zentralgebäudes trotz Mobilisierung des Verwaltungspersonals eine schwere Niederlage bei.

Wir beteiligten uns auch aktiv an allen Protestkundgebungen, die 2011/12 in Moskau stattfanden. Eine große Anzahl von protestierenden Studierenden, die sich noch nicht einer bestimmten politischen Kraft anschließen wollten, beteiligte sich an unserem Block.

Neben anderen Dingen veranlasste diese Erfahrung die

Konföderation der Arbeit Russlands, das Thema des Aufbaus der „Universität Solidarität“-Gewerkschaft auf die Tagesordnung zu setzen. Also begannen wir, Studierenden- und Lehrenden-Gruppen an der Universität gewerkschaftlich zu unterstützen. Wir waren auch aktiv an Kampagnen zur Erhaltung des Parks rund um die MSU-Gebäude, an dem Immobilienspekulant*innen fortwährend Interesse zeigten, beteiligt. Dadurch kamen wir in Kontakt mit örtlichen Ratsmitgliedern und Anwohner*innen, die sich aktiv mit Problemen in den Wohnvierteln befassten. Wir machten insbesondere im Ramenki-Viertel gemeinsame Veranstaltungen. Die Universitätsleitung versuchte zweimal, 2013 und 2018, mich wegen dieser Aktivitäten zu feuern.

Warum hast Du Dich dafür entschieden, zu den Wahlen in diesem Jahr zu kandidieren?

In diesen zehn, fünfzehn Jahren entstand ein großes Netzwerk von Kontakten einschließlich zur Universitätsgruppe der KPRF. Mir wurde zu fast jeder örtlichen Wahl eine KPRF-Nominierung angetragen. Ich lehnte ab, weil das weit von meiner zentralen Beschäftigung mit Hochschulbildung entfernt war – sie ist abhängig vom Bundeshaushalt und gebunden an Bundesgesetze, die von der russischen Staatsduma verabschiedet werden. 2020 war es, nach Informationsaustausch mit KPRF-Mitgliedern an der Universität, klar, dass sie mir eine Nominierung für die Kandidatur zur Staatsduma antragen wollten. Und ich hatte das Gefühl, dass ich im Universitätsdistrikt durch Mobilisierung der Verbindungen, die ich geknüpft hatte, gewinnen könnte. Ich hatte auch das Gefühl, dass für diese Kampagne genügend Enthusiasmus geschaffen werden könnte. Aber ich hatte keine genaue Vorstellung davon, wie das gemacht werden könnte und welche spezifischen Aktionen bei Wahlen nötig sind, da das etwas anderes war, als das, was wir vorher gemacht hatten. Aber da mir meine Intuition sagte, dass es klappen könnte, entschied ich mich dazu, einen Versuch zu wagen.

Einige Monate lang führten wir Diskussionen und Debatten über die ersten Schritte; es gibt sehr wenige Leute auf der Linken, die Erfahrung mit Wahlen haben. Die KPRF hat solche Erfahrungen, die aber sehr exklusiv sind. Sie schlägt nicht vor, Leute um Geld zu bitten, sondern empfiehlt stattdessen, sich auf die Finanzierung durch die Partei zu verlassen und vielleicht noch nach anderen Sponsoren Ausschau zu halten. Uns war klar, dass wir anders handeln müssten.

Wie sieht Dein Wahlbezirk aus?

Ganz Russland ist in 225 Wahlbezirke mit durchschnittlich je 500 000 Wählern und Wählerinnen aufgeteilt.

Unser Wahlbezirk ist der Westen von Moskau. In den vorherigen Wahlen hatte er den Ruf eines Protest-orientierten Bezirks und die KPRF hat in der Vergangenheit ziemlich gut abgeschnitten. Aber auch die Liberalen von Jabloko waren da immer eine echte Kraft und sie hatten einen starken Kandidaten aufgestellt.

In dem Bezirk gibt es eine Universität und daher hat er rein statistisch einen höheren Anteil von MSU-Angestellten und von Leuten mit MSU-Abschlüssen als Moskau insgesamt. Daher auch das Gefühl, dass sich das MSU-Markenzeichen allein schon als vorteilhaft erweisen könnte. Ich bin Mathematiker, kein Politiker, und das könnte sich positiv auswirken.

Ich denke, es war Februar, als wir erfuhren, wer unser Hauptgegner sein würde. Es wurde verkündet, dass Vereintes Russland den Fernsehtalkshow-Moderator Jewgeni Popow nominiert hatte. Er ist ein TV-Propagandaredner, der die Haltung des Kremls zu „feindlichen“ westlichen Ländern und der „schrecklichen“ Ukraine verbreitet und versucht, die Aufmerksamkeit der Leute von internen Problemen auf außenpolitische Konfrontationen zu lenken sowie Hass zwischen den Nationen zu schüren. Sein Auftreten ist arrogant, aber eine Menge Leute mögen ihn, wie ich selbst erlebt habe.

Wie wurde die Kampagne organisiert? Inwiefern war sie von der KPRF abhängig?

Überraschenderweise hatte die KPRF überhaupt keine strenge politische Kontrolle – wir schrieben unser Programm selbst, ohne die Partei zu konsultieren. Die KPRF trug zu weniger als 15 Prozent unseres gesamten Kampagnen-Budgets bei. Sie organisierte Lehrgänge, Treffen für Kandidat*innen, in denen sie ihnen erzählten, wie Kampagnen zu führen seien. Uns zum Beispiel erzählten sie, wir sollten kein Crowd-Funding machen; es würde Probleme machen; sie würden uns das Geld sowieso geben. Wir nahmen diesen Rat jedoch nicht an und hatten während der Kampagne am Ende 6 Millionen Rubel (mehr als 80 000 Dollar) aufgebracht.

Verglichen mit dem, was Vereintes Russland oder die liberale Opposition ausgaben, war das überhaupt nicht viel. Die politische Motivation spielte jedoch eine bedeutende Rolle – die meisten der Aktivist*innen hatten sozialistische Ansichten, und jede*r war davon überzeugt, dass wir Vereintes Russland tatsächlich schlagen könnten. So

beteiligten sich etwa 200 Aktivist*innen an unserer Kampagne, aufgeteilt auf verschiedene Bereiche des Wahlbezirks.

Erzähl uns von Eurem Wahlprogramm!

Unser zentraler Slogan war: „Die Zukunft gehört allen, nicht nur einigen Auserwählten“. In Russland gibt es eine Handvoll von Leuten, die sich aller politischen und wirtschaftlichen Ressourcen bemächtigt haben und die die Zukunft allein für sich selbst gestalten. Wir wollen eine Umverteilung von Einkommen und politischer Macht zugunsten von allen. Um diese zentrale These entwickelten wir detaillierte Forderungen bezüglich der Probleme des Bezirks und des Landes insgesamt. Wichtige Punkte waren: der Kampf gegen die ungezügelter kommerzieller Entwicklung Moskaus, das obligatorische Recycling von Müll, Schutz vor der Schließung von Schulen und Krankenhäusern, und natürlich Arbeitsrechte und die Notwendigkeit von starken Gewerkschaften.

Wir gingen mit diesem Programm an die Öffentlichkeit und erzeugten offensichtlich ein positives Erscheinungsbild unseres Kandidaten und seines Teams, die sich mit Enthusiasmus verschiedener Probleme annahmen, jede*n zu überzeugen versuchten, Ressourcen sammelten, organisierten. Das kam bei den Leuten an, ebenso wie das Auftreten eines Universitätskandidaten, eines Mathematikers mit Kampagnenerfahrung, der von Gewerkschaften spricht und Grünflächen verteidigt.

Die Leute mochten das, aber es gab auch ein Dilemma: In Russland betrachten viele die Wahlstimme als ein Mittel, um den Autoritäten ihren Protest zu zeigen. Für sie ist es wichtig, dass ein*e Oppositionskandidat*in gewinnt, ganz egal, welche politischen Ansichten er/sie vertritt. Da es in meinem Wahlbezirk eine Kampagne für einen liberalen Kandidaten mit gewaltigen Ressourcen gab, verhielten sich viele Leute bis zum letzten Moment abwartend und unentschlossen, wen sie unterstützen sollten.

Was war das Ergebnis?

Wir schlugen den Kandidaten von „Vereintes Russland“ mit einem Vorsprung von mehr als einem Drittel der Stimmen. Er führte eine sehr teure Wahlkampagne, seine Werbebanner waren überall, er wurde von der öffentlichen Verwaltung unterstützt. Aber trotzdem schlugen wir ihn mühelos. Die Situation wurde am nächsten Morgen durch die Bekanntgabe der Auszahlungsergebnisse bei den elektronischen Stimmen komplett gedreht.

Bezüglich der Zahlen, wieviel bekamst Du in den Wahllokalen und wieviel bei der elektronischen Abstimmung?

Ich erhielt 46 000 Stimmen in der regulären Abstimmung und 20 000 in der elektronischen. Popow erhielt zwischen 34 000 und 35 000 Stimmen in der regulären und zwischen 45 000 und 46 000 in der elektronischen. Aber wir trauen dem Ergebnis der elektronischen Abstimmung nicht; es war im Interesse der Machthaber manipuliert worden.

Du wurdest von „Klug Wählen“ unterstützt – ein taktisches Votum gegen Putin, das von Unterstützer*innen von Alexej Nawalny vorgeschlagen wurde. Was hältst Du von dieser Strategie im Allgemeinen? Und was denkst Du über Nawalny selbst?

Es ist eine Methode, die in den großen russischen Städten wirkt. Die Strategie besteht kurz gesagt darin, den oder die Oppositionskandidat*in zu wählen, die oder der die meisten Chancen hat, Vereintes Russland zu schlagen. Oppositionswähler*innen werden aufgefordert, für solche Kandidaten*innen zu stimmen, ungeachtet ihrer politischen Ansichten. Nawalny und ich haben natürlich große ideologische Differenzen, da ich auf Seiten der radikalen Linken stehe. Nawalny stand rechts, aber in den letzten Jahren hat er sich verändert, was zu begrüßen ist, da er einen großen medialen Einfluss hat.

Die Tatsache, dass seine Anhänger*innen angefangen haben, soziale Themen wie den Mindestlohn aufzugreifen und Gewerkschaften zu loben, hat einen positiven Effekt gehabt. Aber wir haben nach wie vor unterschiedliche Positionen. Außerdem ist Nawalneys Gruppierung rechter als Nawalny selbst. Du kannst das an der Situation sehen, als er ins Gefängnis kam. Aber das Entscheidende ist, dass er wegen seiner politischen Aktivitäten in Haft ist. Ich bin dagegen und glaube, dass er freigelassen werden sollte. Ich glaube, dass eine ehrliche Diskussion mit ihm und eine Kritik der ideologischen Positionen nötig sind.

Welche politischen Pläne hast Du persönlich für die Zeit nach den Wahlen? Welche Strategie sollten die russische Linke und ihre Anhänger*innen verfolgen?

Wir überlegen, wie wir das Team, das wir aufgebaut haben, zusammenhalten, weil es sehr groß war. Es wird ab jetzt schwieriger werden, aber wir sehen das Bedürfnis nach weiteren Aktivitäten. Die Beteiligten haben gute Er-

fahrungen gemacht: Wir haben gewonnen und alle sehen das so. Was nur theoretisch möglich zu sein schien, haben wir erreicht. Das bedeutet, dass wir eine Menge erreichen können. Wir sahen auf der Wahlebene unser Potential und wir wollten eine Kampagne machen und das Team auf dieser Basis zusammenhalten. Aber das hat wegen der Fälschungen nicht funktioniert.

Wirst Du Dich wieder beteiligen?

Es gibt da Personen in dem Team, die würden sich gern in örtlichen Wahlen ausprobieren. Ich bin in dieser Hinsicht vorsichtiger, weil es eine Vergeudung von Energie sein könnte. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir uns konsolidieren könnten, wenn wir in mehreren Distrikten lokale Wahlen gewinnen. Ich bin mehr daran interessiert, wie wir unsere Energie in die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und der Selbstorganisation an den Universitäten lenken können. Wahlen können auch eine gute Idee sein, aber ich denke nicht, dass das alles ist, was wir tun sollten. Letzten Endes betrachtete ich die letzte Wahl hauptsächlich als eine Möglichkeit, den Leuten Ideen zu vermitteln, von denen ich überzeugt bin.

07.11.2021

Dieses Gespräch ist am 2. Oktober 2021 auf Jacobin veröffentlicht worden: <https://www.jacobinmag.com/2021/10/mikhail-lobanov-russia-communist-party-new-left-putin>. Wir veröffentlichen die von W. W. für die internationale angefertigte Übersetzung mit freundlicher Genehmigung des Verlags der deutschen Ausgabe von Jacobin (<https://jacobin.de/>).



NEUER IMPERIALISMUS IN CHINA

Die Bildung eines neuen Imperialismus¹ ist äußerst selten und bedingt zahlreiche Voraussetzungen bezüglich der internationalen Lage und der spezifischen Merkmale des betreffenden Landes. Der Fall von China hat in beiderlei Hinsicht ungewöhnliche Fragen aufgeworfen.

■ Pierre Rousset

Das ein Imperialismus auch außerhalb der westlichen Sphäre entstehen kann, wussten wir. Das hat uns Japan gezeigt, allerdings in einem ziemlich klassischen Analyserahmen. Die Schaffung westlicher Imperien in Nordostasien war noch nicht abgeschlossen, die Großmächte kämpften um die Kontrolle über China, sodass Japans Führung präventiv reagieren konnte. Die Struktur der japanischen Gesellschaft schien im Wesentlichen analog zu jener der europäischen Länder zu sein. Der Aufstieg von Kaiser Meiji (1868) brachte den Übergang von einem späten Feudalismus zu einem modernen Kapitalismus: beschleunigte Industrialisierung und Aufbau einer mächtigen Armee, die sich gegen Russland meisterhaft bewährte. Zum ersten Mal wurde eine europäische Großmacht von einem asiatischen Land besiegt, ein bedeutendes Ereignis, das ein geopolitisches Erdbeben auslöste² ... Japan war der letzte imperialistische Staat, der sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts herausbilden konnte.

Die Umwandlung des riesigen Russischen Reichs in einen modernen Imperialismus scheiterte. Der Hauptgrund dafür waren die Folgen seiner Niederlage gegen Japan im Russisch-Japanischen Krieg (1904–1905): Die Kapazitäten des russischen Militärs waren damals zusammengebrochen, weil Japan die Seeflotte in zwei Etappen zerstört hatte: zuerst die in Sibirien stationierte Flotte und dann auch die baltische, die zur Verstärkung angerrückt war. Innenpolitisch resultierte aus dem Debakel die Revolution von 1905, welche die Krise des zaristischen Regimes einleitete.

Im Osten vom neuen japanischen Imperialismus und im Westen während des Ersten Weltkriegs von Deutschland besiegt, war Russland auf dem besten Weg, ein abhängiger oder aufgeteilter Staat zu werden – ein Schicksal, dem das Land aufgrund der Revolution von 1917 entging.

Mit der Bildung der Kolonialreiche fand quasi eine erste Aufteilung der Welt statt; danach ging es darum, diese Aufteilung in zwischenimperialistischen Konflikten wieder infrage zu stellen.

Im Zentrum der kapitalistischen Globalisierung und der geopolitischen Spannungen

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich Xi Jinpings China als zweite Weltmacht im Rahmen der kapitalistischen Globalisierung etabliert und expandiert auf alle Kontinente und Ozeane. Xi: „Im Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung entsprechen Öffnung und Integration einem unaufhaltsamen historischen Trend. Das Errichten von Mauern oder die ‚Abkopplung‘ widersprechen den ökonomischen Gesetzen und den Grundsätzen des Marktes.“ Philip S. Golub stellt fest, dass „der Parteistaat als Verfechter des Freihandels und der globalen Finanzwelt auftritt“, indem er den Zugang großer US-Konzerne zu „bestimmten Segmenten der nationalen Kapitalmärkte“ lockert „und Lizenzen für den Betrieb von Tochtergesellschaften mit 100-Prozent- oder Mehrheitsbeteiligung ausstellt“. Die Zeitung *The Economist* schreibt am 5. September 2020: „China schafft Möglichkeiten [mit denen das ausländische Kapital nicht

gerechnet hat, zumindest nicht so schnell].“ Wie viel US-amerikanisches Kapital nach China fließt, ist schwer zu schätzen, weil „viele chinesische Unternehmen, die Aktien ausgeben, Tochtergesellschaften in Offshore-Steuerparadiesen besitzen.“ Laut einem Bericht von *Investment Monitor* vom 13. Juli 2021 hat China mehr Tochtergesellschaften auf den Kaimaninseln als jedes andere Land „nach den USA, Großbritannien und Taiwan“.³

Der chinesische Staat „ist in der Lage, in den Schlüsselindustrien die Bedingungen zu diktieren“, und steuert das Flugzeug China, indem er ein ausgedehntes Patronage-System unterhält, das durch die Fähigkeit der Partei, eine allgemeine Überwachung der Gesellschaft durchzusetzen, noch verstärkt wird. Wir haben es nicht mit einem „Marktsozialismus chinesischer Prägung“ zu tun, sondern mit einem Staatskapitalismus, der in der Tat „chinesisch geprägt“ ist.⁴ Von Indien bis Südkorea ist es in Asien keinesfalls neu, dass der Staat die wirtschaftliche Entwicklung steuert. Viele der herrschenden Oligarchien kombinieren Privatkapital, Militärkapital und Staatskapital auf unterschiedliche Weisen. Die Verbindung zwischen ihnen erfolgt häufig über die großen besitzenden Familien.

Aufgrund der langen und komplexen Geschichte ist in China eine sehr heterogene Gesellschaft entstanden. Als globale Produktionsstätte ist Chinas Wirtschaft einerseits von ausländischem Kapital und dem Import von Komponenten oder Ersatzteilen abhängig. Andererseits bietet die Wirtschaft die Grundlagen für eine unabhängige internationale Entwicklung. In einigen Bereichen produziert sie Spitzentechnologie, in anderen kann sie ihren Rückstand nicht aufholen – wie zum Beispiel bei den hochmodernen Halbleitern. Sie kämpft mit kapitalistischen Überproduktions- (und Schulden-)Krisen, die den Immobiliensektor mit voller Wucht treffen, wie das bekannte Beispiel der Beinahe-Pleite des Giganten Evergrande zeigt.⁵ Bisher haben sich alle Prognosen, die ein Platzen der chinesischen Immobilienblase ankündigten, als falsch erwiesen⁶ – das heißt aber nicht, dass dies auch so bleiben wird. In den Worten von Romaric Godin: „Das letzte Wort über eine mögliche Krise in China ist noch nicht gesprochen, aber die Widersprüche des Staatskapitalismus in der Volksrepublik scheinen sich immer mehr zu vertiefen.“

Die chinesische Führung leitete ihre internationale Expansion ab den 1980er-Jahren ein – zuerst diskret unter Deng Xiaoping, dann forsch unter Xi Jinping. Die Expansion beruht auf innerwirtschaftlichen Triebfedern (Suche nach Absatzmärkten für Sektoren mit geringer Rentabilität und Überproduktion, wie Stahl, Zement oder die Arbeits-

kraft) und sie appelliert an tief verankerte kulturelle Motive: dem Reich der Mitte seine zentrale Stellung zurückgeben, die Demütigung der Kolonialherrschaft auslöschen, eine globale Alternative zum westlichen Zivilisationsmodell bieten. Außerdem nährt die Expansion einen Großmacht-Nationalismus, der das Regime und sein Bestreben, die Vormachtstellung der USA anzugreifen, legitimiert.

Wir befinden uns in einer „klassischen“ Situation, in der sich die etablierte Großmacht (USA) mit dem Aufstieg einer aufstrebenden Macht (China) konfrontiert sieht.

Internationale Voraussetzungen

Wie konnte das, was am Anfang des 20. Jahrhunderts unmöglich geworden war (die Entstehung eines neuen Imperialismus), an der Wende zum 21. Jahrhundert Realität werden? Trotz der Gefahr der Vereinfachung seien hier zwei Punkte herausgegriffen:

Nach der russischen (1917) und der chinesischen (1949) Revolution entkam der größte Teil Eurasiens der direkten Herrschaft des japanisch-westlichen Imperialismus und erlangte eine unabhängige Position, ohne die nichts von dem, was später geschah, möglich gewesen wäre.

Nach der internationalen Niederlage der revolutionären Bewegungen in den 1980er-Jahren einerseits und dem Zerfall der UdSSR andererseits beging der herrschende Flügel der internationalen Bourgeoisie den Fehler, sich allzu siegessicher zu fühlen. Die Verantwortlichen gingen davon aus, sie könnten nun ungeteilt herrschen, und bedachten offenbar nicht, dass Peking die von ihnen durchgesetzte neoliberale Weltordnung zum eigenen Vorteil nutzen könnte – mit dem bekannten Erfolg.

Chinesische Wandlungen

Analysen, die behaupten, die aktuelle internationale Politik Chinas sei nicht imperialistisch, berufen sich auf die Kontinuität des Regimes von 1949 bis heute. Doch diese Kontinuität besteht nur dem Namen nach: Volksrepublik (VR China), Kommunistische Partei (KPCh), großer staatlicher Wirtschaftssektor. Es gibt zwar Kontinuitäten, insbesondere kulturelle, darunter die lange bürokratische Tradition des Kaiserreichs, die den zeitgenössischen Regimes historische „Normalität“ zu verleihen scheint. Doch die Diskontinuitäten überwiegen, und zwar bei Weitem. Es gab Revolutionen und Konterrevolutionen, wie die verschiedenen Umwälzungen der gesellschaftlichen Schichten belegen.

Die Stellung des Industrieproletariats. Nach der Ausrufung der Volksrepublik im Jahr 1949 muss die KPCh in den städtischen Zentren wieder eine soziale Basis aufbau-

en. Zu diesem Zweck bindet sie die Arbeiter*innenklasse im doppelten Sinne des Wortes an sich, indem sie sich diese unterordnet und ihr erhebliche soziale Vorteile verschafft.

Politisch untersteht die Arbeiter*innenklasse der Kontrolle der Partei; sie „führt“ weder die Betriebe noch das Land. Sie wird in Arbeitseinheiten eingeteilt, ähnlich wie die regionalen Beamten in der französischen Tradition. In den neuen Staatsbetrieben genießt die Arbeiter*innenklasse jedoch beträchtliche soziale Vorteile (lebenslange Anstellung usw.). Keine andere soziale Schicht hat eine so vorteilhafte soziale Stellung, abgesehen natürlich von der Bürokratie der politisch-staatlichen Machtorgane.

Der Status der Frauen aus dem Volk. Die beiden wichtigsten Gesetze, die nach der Machtergreifung verabschiedet werden, kommen den Frauen *aus dem Volk* zugute: gleiche Rechte in der Ehe und eine Agrarreform, die sie einbezieht.⁷

Die alten herrschenden Klassen. Nach der Konsolidierung der Volksrepublik⁸ und unabhängig vom individuellen Schicksal des einen oder anderen Mitglieds der chinesischen Eliten werden die alten herrschenden Klassen (städtische Bourgeoisie und ländliche Gentry) aufgelöst.

Das maoistische Regime konsolidiert sich als Ergebnis einer sozialen, nationalistischen, antiimperialistischen und antikapitalistischen Umwälzung – ein Prozess der permanenten Revolution.⁹ Er wurzelt tief im Volk, ist aber zugleich autoritär und vor allem durch jahrzehntelange Kriege geprägt. Das demokratische Erbe der sozialen Bewegungen, die zur Strategie des „Volkskriegs“ gehören, bleibt lebendig, den Rahmen dafür bildet aber der Parteistaat, in dem sich die Bürokratisierung (ein Prozess) entwickelt. Es handelte sich nicht um Sozialismus, sondern um eine Übergangsgesellschaft mit ungewissem Ausgang.¹⁰

Die Krise des maoistischen Regimes. Alle inneren Widersprüche des maoistischen Regimes treten in der unglücklich benannten Kulturrevolution (1966–1969)¹¹ plötzlich zutage: eine umfassende Krise von großer Komplexität, die hier nicht zusammengefasst werden kann und in der sich die Verwaltung und die Partei auflösen. Nur die Armee bleibt in der Lage, auf nationaler Ebene konsequent zu intervenieren. Mao setzt sie schließlich ein, um eine repressive Rückkehr zur Ordnung zu erzwingen, wobei er sich gegen die Roten Garden und die Arbeitergruppen wendet, die ihn unterstützt haben. In den 1970er-Jahren ebnet er den Weg für die obskurantistische Diktatur der „Viererbände“, was letztendlich den Sieg der bürokratischen Konterrevolution bedeutet. Der katastrophale Ausgang der GPKR¹² besiegelt die finale Krise des maoistischen Re-

gimes und bringt Mao Zedong den politischen Tod, zehn Jahre vor seinem physischen Tod.¹³

Die bürokratische Konterrevolution schafft den Nährboden für die bürgerliche Konterrevolution, indem sie die Volksbewegungen zerschlägt und das Comeback von Deng Xiaoping, der die GPKR-Säuberungen überlebt hat, wie eine Rückkehr zur Vernunft erscheinen lässt. Einige Jahre später stellt sich heraus, dass das, was in den 1960er-Jahren eine Verleumdung zur Rechtfertigung der Säuberungen war, in den 1980er-Jahren Realität wird: Deng verkörpert fortan die kapitalistische Option in der neuen Führung der KPCh.

Die Konterrevolution der 1980er-Jahre. Unter der Leitung von Deng Xiaoping bereitet der führende Flügel der Bürokratie seinen Wandel, seine „Verbürgerlichung“ und die Wiedereingliederung des Landes in den kapitalistischen Weltmarkt vor. Dabei profitiert er von besonderen Trümpfen:

- Das Erbe des maoistischen Regimes: unabhängiges Land, unabhängige Industrie und Technologie, gebildete, qualifizierte Bevölkerung
- Das Erbe der Kolonialzeit: Hongkong (britische Kolonie), Macau (portugiesische Kolonie) und Taiwan (US-Protectorat) als weit offene Türen zum Weltmarkt und zur internationalen Finanzwelt. Sie bieten Management-Know-how, das auf dem Kontinent fehlt, und ermöglichen den Technologietransfer (Macau ist ein idealer Kanal, um Gesetze und Regulierungen zu umgehen) ...
- Die Möglichkeit, mit dem mächtigen transnationalen chinesischen Kapital auf der Grundlage eines soliden Kompromisses zusammenzuarbeiten: Das Kapital genießt in China eine privilegierte Behandlung und weiß, dass nur die Regierung und die KPCh die Aufrechterhaltung der Einheit des Kontinentalstaats garantieren können.
- Chinas inhärentes Gewicht (seine geografische und demografische Größe) – ein Land wie Vietnam kann zwar die gleiche Entwicklung wie sein Nachbar durchlaufen, aber es kann dadurch nicht zur Großmacht werden.

Die beschleunigte kapitalistische Umgestaltung Chinas geht mit einer historischen Niederlage der protestierenden Bevölkerung im Tian’anmen-Massaker von April 1989 einher (nicht nur Peking, sondern das ganze Land ist betroffen).¹⁴ Eine Niederlage, die sich in die Neuordnung der sozialen Klassen einschreibt.

Das Proletariat. Die Arbeiter*innenklasse in den Staatsbetrieben leistet hartnäckigen Widerstand gegen die von den Behörden geforderte Intensivierung der Arbeit, sodass die Regierung als letztes Mittel beschließt, diese

Klasse weitgehend aus der Produktion zu entfernen, sie aber mithilfe von verschiedenen Tricks weiterhin zu entlohnen. Dank der Landflucht kann ein neues Proletariat aufgebaut werden, insbesondere in den Freihandelszonen. Es ist zu 70 Prozent weiblich und besteht zu jener Zeit aus chinesischen Arbeiterinnen ohne Papiere (in China war es verboten, ohne offizielle Genehmigung den Wohnsitz zu wechseln): die perfekte Arbeitskraft für die extreme Ausbeutung, die die Periode der frühen Kapitalakkumulation kennzeichnet. Die erste Generation der Binnenmigrant*innen leidet und hofft, ins Dorf zurückkehren zu können. Die zweite nimmt den Kampf für die Legalisierung auf und wird dabei von zahlreichen Gruppen unterstützt.

Umkehrung der sozialen und ideologischen Ordnung. Die intellektuellen Eliten, die gestern noch am untersten Ende der sozialen Hierarchie standen, kommen wieder zu Ehren. Die Frauen der unteren Schichten werden unsichtbar gemacht. Deng Xiaoping preist die Tugenden des Trickle-down-Prinzips (der wachsende Wohlstand des Einzelnen soll nach und nach zum Wohlstand aller führen). Der staatliche Wirtschaftssektor operiert nun in Symbiose mit dem Privatkapital. China verzeichnet eine Rekordzahl an Milliardären, die in den Führungsgremien der KPCh vertreten sind.

Großmacht, Imperialismus und gegenseitige Abhängigkeit

Jede kapitalistische Großmacht ist auch imperialistisch. China bildet da keine Ausnahme. Ein paar Beispiele:

■ Die Einverleibung der „Peripherie“. Dank der Entwicklung des Transportnetzes für den Hochgeschwindigkeitsverkehr wird Tibet zum Objekt der Siedlungskolonisation. In Ostturkestan (Xinjiang) wird die uigurische, mehrheitlich muslimische Bevölkerung einer Reihe von Maßnahmen unterworfen, die von Zwangsassimilation bis zu Masseninternierung reichen und auf einen zumindest kulturellen Völkermord abzielen.¹⁵ Der Vertrag über die Wahrung der demokratischen Rechte, die man der Bevölkerung Hongkongs bei der Übergabe der Kolonie zugestanden hatte („Ein Land, zwei Systeme“), wird von Xi Jinping einseitig aufgekündigt. Nach jahrelangem Widerstand der Bevölkerung setzt Peking seine repressive Ordnung durch, kriminalisiert unabhängige Organisationen (mit dem Zwang, sich aufzulösen) und verurteilt jede Abweichung mit hohen Strafen.¹⁶ Am Rand des Reichs ist vom Recht auf Selbstbestimmung und von der Freiheit der Bevölkerungen, über sich selbst zu entscheiden, nicht mehr die Rede.

■ Um seine Investitionen im Zeitalter der „Neuen Seidenstraße“ zu schützen und sich den Zugang zum Indischen Ozean zu sichern (die „Korridore“)¹⁷, schreckt Peking nicht davor zurück, die schlimmsten Diktaturen zu unterstützen (z. B. Myanmar) und sich in die inneren Angelegenheiten einzelner Länder einzumischen (z. B. Pakistan).

■ Die vorübergehende Lähmung der USA (Aktivität im Nahen Osten) ermöglicht es Xi Jinping, das gesamte Südchinesische Meer zu militarisieren und die Kontrolle über die Seeterritorien der Anrainerstaaten zu erlangen, von den Philippinen bis Vietnam. Peking prangert (zu Recht) die Großmachtspolitik der USA in der Region an, zögert gleichzeitig aber nicht, die überwältigende Überlegenheit seiner Seestreitkräfte gegen seine Nachbarn einzusetzen.

■ Um seine Seewege (Handel oder Militär) zu sichern, bringt Peking in vielen Ländern Häfen in seinen Besitz, von Sri Lanka bis Griechenland, und greift dabei, wenn nötig, auf das Druckmittel der Verschuldung zurück. Bei Zahlungsunfähigkeit kann China verlangen, dass ein Hafen für bis zu 99 Jahre chinesisches Vertragsgebiet wird (was auch der koloniale Status von Hongkong war!).

■ Im Zuge seiner internationalen Ausrichtung beteiligt sich China nun auch an der Aufteilung der Einflusszonen im Südpazifik und erhebt dort Anspruch auf ein großes Seegebiet.¹⁸

Die USA waren und sind die führende imperialistische Macht, die Hauptursache für Militarisierung, Kriege und globale Instabilität. Dies zu betonen ist wichtig. Die Frage des US-Imperialismus wird in einem anderen Artikel im Dossier der Zeitschrift *l'Anticapitaliste* behandelt. Ich möchte hier nicht näher darauf eingehen, sondern nur erwähnen, dass es Joseph Biden gelungen ist, die US-Strategie wieder auf den großen indopazifischen Aktionsraum auszurichten. Auch Obama hatte dies angestrebt, blieb aber erfolglos,¹⁹ weil er im Nahen Osten feststeckte.²⁰ Zwischen der Politik von Donald Trump und der Politik von Joe Biden gibt es eine Kontinuität.²¹ Die Politik von Biden erscheint jedoch kohärenter als die von Donald Trump.²²

Angesichts der Bedrohung durch die USA entwickelte das maoistische Regime eine defensive Strategie, deren Dreh- und Angelpunkt die Landstreitkräfte, die Mobilisierung der Bevölkerung und die Größe des Landes waren: Einem Eindringling boten sich da kaum Chancen. Eine Großmacht muss sich aber auch in den Ozeanen behaupten können (und heute auch im Weltraum und auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz). Xi Jinping setzte den ersten Schwerpunkt seiner Militärpolitik denn auch auf die Einheiten der Marineflieger und er nutzt die Ressourcen

des Landes, um auch in den anderen Bereichen rasch Fortschritte zu erzielen.

Mit ihrem Vorgehen beteiligt sich die heutige Regierung Chinas an der Dynamik der Militarisierung der Welt (und damit an der Verschärfung der Klimakrise). Einige Linke verweisen auf das „Recht“ Chinas, seinen Platz an der Sonne einzufordern, aber seit wann sollten wir uns für die „Rechte“ einer Macht anstatt für die Rechte der Bevölkerungen einsetzen?

Die Spannungen, die zwischen Washington und Peking in der Taiwan-Frage bestehen, haben mittlerweile einen Höhepunkt erreicht.²³ Zwei Logiken stehen sich gegenüber: die Logik der Staaten, die sich in einem harten, ständigen Wettbewerb befinden, und die Logik der kapitalistischen Globalisierung, in der die gegenseitige Abhängigkeit in den Bereichen Technologie, Produktionsketten – die „Wertschöpfungsketten“ –, Handel und Finanzen im Vordergrund steht. Der Wettbewerb wird in allen Bereichen ausgetragen, und im globalisierten Markt- und Finanzwesen bilden sich „Lager“. Welchen Widersprüchen die Globalisierung heute auch immer gegenübersteht, eine kapitalistische „Deglobalisierung“ der Wirtschaft bleibt ein schwieriges Unterfangen. Die gegenseitige Abhängigkeit geht so weit, dass ein Krieg weder im Interesse der bürgerlichen Klassen Chinas noch der USA liegen dürfte; gleichzeitig sind die Spannungen aber so groß, dass eine Entgleisung mit explosiven Folgen nicht auszuschließen ist.

Die Lage ist umso instabiler, als die beiden Präsidenten Biden und Xi mit einer fragilen innenpolitischen Situation konfrontiert sind.

Wohin treibt China? Ich werde keinen Versuch wagen, diese Frage zu beantworten. Das überlasse ich lieber gelehrteren Geistern. Wenn es noch die KPCh wäre, die das Land regiert ..., aber das ist nicht mehr der Fall. Es ist die Clique von Xi Jinping, der einen Wechsel der politischen Ordnung durchgesetzt hat.²⁴ Früher bereitete eine Kollegialführung den Generationenwechsel an der Spitze der Partei vor, was ein Stabilitätsfaktor war. Heute monopolisiert die Gruppe um Xi Jinping die Macht. Nach blutigen Säuberungen und der Änderung der Verfassung kann Xi Jinping den Anspruch erheben, auf Lebenszeit zu regieren.

Auch in China wird die Auswahl des politischen Personals in Bezug auf die gemeinsamen Interessen der herrschenden Klassen irrational.

13. November 2021

■ **Pierre Rousset** ist Mitglied des Internationalen Komitees (der Leitung) der Vierten Internati-

onale und der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA). Er ist für den Verein „Europe solidaire sans frontières“ (ESSF) mit der gleichnamigen Website aktiv.

Übersetzung: A. W.

Eine kürzere Fassung dieses Artikels erschien in der Zeitschrift *l'Anticapitaliste*, Nr. 130, November 2021.

- 1 Der Begriff Imperialismus findet in verschiedenen historischen Kontexten Verwendung. Hier steht er im Zusammenhang mit kapitalistischer Macht.
- 2 Pierre Rousset, 4. Juni 2017, „La crise coréenne et la géopolitique en Asie du Nord-Est: du passé au présent“, ESSF (Artikel 41214): <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article41214>
- 3 Philip S. Golub, „Contre Washington, Pékin mise sur la finance“, *Le Monde diplomatique*, November 2021, S. 13.
- 4 Au Loongyu, Mai 2014, „What is the nature of capitalism in China? – On the rise of China and its inherent contradictions“, Europe solidaire sans frontières (ESSF, Artikel 35764): <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article35764>
- 5 Siehe Romaric Godin, 9. September 2021, „Les contradictions du modèle chinois“, Mediapart. Abrufbar bei ESSF (Artikel 59659), „Chine: le géant de l'immobilier Evergrande au bord du gouffre – Les contradictions du modèle chinois“: <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article59659>
- 6 Dies räumt Paul Krugman in Bezug auf seine eigene Prognose in der *New York Times* vom 22. Oktober 2021 ein.
- 7 Natürlich verschwinden die „gläserne Decke“ und das Patriarchat deshalb nicht aus der Gesellschaft.
- 8 Trotz der Belastung durch den Koreakrieg (1950–1953), der für Peking, das den Wiederaufbau des Landes vorantreiben will, ein wahres Schreckensszenario darstellt.
- 9 Pierre Rousset, „L'expérience chinoise et la théorie de la révolution permanente“, *l'Anticapitaliste* Nr. 126 (Mai 2021). Abrufbar bei ESSF (Artikel 58489), „L'expérience chinoise et la théorie de la révolution permanente“: <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article58489>. Siehe auch: Michael Löwy: *Revolution ohne Grenzen. Die Theorie der permanenten Revolution.*, Frankfurt (isp-Verlag) 1987, speziell den Abschnitt zu China auf den Seiten 112 – 126
- 10 Deshalb sollte man nicht von einer Übergangsgesellschaft zum Sozialismus sprechen.
- 11 Es ist üblich geworden, die gesamte Periode von 1966 bis 1976 als „Kulturrevolution“ zu bezeichnen. Doch damit weist man die Jahre der „Tumulte“, die der Repression von 1968 bis 1969 vorausgingen, und die Jahre der instabilen bürokratischen Normalisierung demselben Zeitraum zu.
- 12 GPKR: Große Proletarische Kulturrevolution.
- 13 Pierre Rousset, „La Chine du XXe siècle en révolutions – II – 1949–1969 : crises et transformations sociales en République populaire“, ESSF (Artikel 13546): <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article13546>
- 14 Siehe insbesondere die zwei Artikel von Jean-Philippe Béja, die bei ESSF gemeinsam erschienen sind (Artikel 46572): <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article46572>

15 Daniel Tanuro, „Retour sur l’histoire du Turkestan oriental“, 28. April 2021, Gauche anticapitaliste (Belgique) Abrufbar bei ESSF (Artikel 57947), „Xinjiang (Chine) – Retour sur l’histoire du Turkestan oriental et la géopolitique (sic) de l’Asie centrale“: <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article57947>

16 Alain Baron, 27. August 2021, „Le mouvement de 2019 à Hong Kong, et son écrasement“, ESSF (Artikel 59294), „Le mouvement de 2019 à Hong Kong, et son écrasement“: <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article59294>

17 Für einen Überblick über dieses Thema siehe *Globalization Monitor*, „China’s overseas investments in the Belt and Road Era. A people’s and environmental perspective“, August 2021.

18 Siehe insbesondere die Karte zum Artikel von Nathalie Guibert in *Le Monde* vom 10. und 11. Oktober 2021.

19 Simon Tisdall, 25. September 2016, *The Guardian*: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/sep/25/obama-failed-asian-pivot-china-ascendant>

20 Biden stützt sich insbesondere auf Israel, Saudi-Arabien oder Ägypten, um sich in dieser Region der Welt als „Polizei“ aufzuspielen“.

21 Dianne Feeley, „La politique étrangère de l’administration Biden“, *l’Anticapitaliste*: <https://lanticapitaliste.org/actualite/international/la-politique-etrangere-de-ladministration-biden>. Abrufbar bei ESSF (Artikel 60146), „Etats-Unis : la politique étrangère de l’administration Biden“: <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article60146>

22 Dan La Botz, 13. Oktober 2021, „Biden concentre sa politique étrangère sur la Chine“, *l’Anticapitaliste*: <https://lanticapitaliste.org/actualite/international/aux-usa-biden-concentre-sa-politique-etrangere-sur-la-chine>. Abrufbar bei ESSF (Artikel 59821), „Etats-Unis – Biden concentre sa politique étrangère sur la Chine“: <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article59821>

23 Brian Hioe, 4. November 2021, „Caught Between the Two Superpowers. Taiwan Amidst US-China Great Powers Rivalry“, *Spectre*: <https://spectrejournal.com/caught-between-the-two-superpowers/>. Abrufbar bei ESSF (Artikel 60077), „Caught Between the Two Superpowers — Taiwan Amidst US-China Great Power Rivalry“: <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article60077>

24 Au Loongyu, Pierre Rousset, 22. Oktober 2017, „Le 19e congrès du Parti communiste chinois – La modernisation par une bureaucratie prémoderne“, ESSF (Artikel 42298): <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article42298>. Pierre Rousset, 3. Dezember 2017, ESSF (Artikel 42569), „Le 19e congrès du Parti communiste chinois et les ambitions mondiales de la direction Xi Jinping“: <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article42569>





PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL IN BRASILIEN

Die kommende Präsidentschaftswahl in Brasilien im Oktober 2022 wird sich voraussichtlich zwischen dem amtierenden Präsidenten und seinem Vor-Vorgänger Lula entscheiden. Statt sich jedoch auf die Mobilisierung der Arbeiterklasse und der Protestbewegungen und deren Hoffnung auf eine Aufhebung der unter Bolsonaro vollzogenen reaktionären Maßnahmen in der Sozial- und Umweltpolitik zu stützen, zieht es Lula vor, wie schon während seiner beiden letzten Amtsperioden sein neoliberales Credo im vorausseilenden Gehorsam gegenüber der herrschenden Klasse zu verkünden. Bände spricht die voraussichtliche Nominierung des rechtsbürgerlichen Politikers Alckmin als Vizepräsident, der seinerzeit den „parlamentarischen Putsch“ gegen Lulas Nachfolgerin Rousseff unterstützt und während seiner Amtszeit die Armen militärisch aus ihren Elendsvierteln vertreiben ließ.

ein Dossier mit 3 Beiträgen

Einheitsfront
gegen Bolso-
naro?

SEITE 34

Die Wahlen 2022
und die Zukunft
der PSOL

SEITE 37

Die PSOL am
Scheideweg?

SEITE 49

EINHEITSFRONT GEGEN BOLSONARO?

■ **João Machado**

Die Einheitsfronttaktik, die auf dem IV. Kongress der Komintern angenommen worden ist, stellt eine Weiterentwicklung des allgemeinen Grundsatzes dar, dass der Kampf für die Einheit der Arbeiter*innenklasse und der Ausgebeuteten und Unterdrückten von wesentlicher Bedeutung ist. Sie trägt damit dem Umstand Rechnung, dass zwischen den verschiedenen politischen Richtungen in den Parteien, Gewerkschaften oder anderen Organisationen nicht nur unterschiedliche Auffassungen, sondern dauerhafte Spaltungen innerhalb der Klasse bestanden haben und noch immer – vielleicht mehr denn je – bestehen.

Reform oder Revolution

Der markanteste Gegensatz, damals (1922) wie heute, besteht zwischen Reformist*innen einerseits und Revolutionär*innen, aus der damaligen Sicht der Komintern also den Kommunist*innen andererseits. Da diese Spaltung real vorhanden ist und nicht von selbst verschwinden wird, ist es wichtig, für die Einheit der Arbeiterklasse und der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu kämpfen.

Es ließe sich einwenden, ob, wenn man für Einheit plädiert, es dann nicht besser gewesen wäre, von Anfang an dafür einzutreten, dass sich alle Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften in einer einzigen Partei, einer einzigen Gewerkschaft, einem Gewerkschaftsbund oder dergleichen zusammenschließen sollten? Die Antwort von damals lautete: Nein, denn es ist nicht möglich, Reformisten und Revolutionäre in derselben Partei zu haben, denn Reformisten sind nicht einfach Leute, die einen gemäßigeren Weg gewählt haben, und sagen: „Wir werden Reformen durchführen, weil wir langsamer vorgehen wollen“ oder so ähnlich.

Die zentrale These in dieser Diskussion war, dass die Reformisten innerhalb der Arbeiterklasse im Wesentlichen die Interessen und den Druck der Bourgeoisie zum Ausdruck bringen. Also gilt es, sie zu besiegen und die Mehr-

heit der Arbeiterklasse für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen, damit die Klasse sich selbst organisieren und mobilisieren kann, um schließlich zur Revolution schreiten zu können.

Insofern musste zwangsläufig eine Trennung zwischen verschiedenen Parteien mit unterschiedlichen Perspektiven erfolgen, insbesondere zwischen den Reformisten und den Revolutionären. Aber andererseits musste eine Einheitsfronttaktik befolgt werden, da die Mehrheit der Klasse noch nicht revolutionär gesinnt war und nicht der revolutionären Partei anhing, und ein beträchtlicher Teil – in vielen Ländern sogar die Mehrheit – an den reformistischen Parteien ausgerichtet war, ihnen angehörte oder mit ihnen sympathisierte.

Einheit und politische Klarheit

Aber die Einheitsfronttaktik wurde damals notabene so begriffen, dass sie zwei Aspekte in sich barg. Wie in den auf dem Komintern-Kongress 1922 verabschiedeten Thesen über die Einheitsfront dargelegt, war es einerseits erforderlich, für die Einheit zu kämpfen, um die dringlichen und unmittelbaren Anliegen des Klassenkampfes zu verfolgen, der ja damals bereits ein regelrechter Krieg zwischen den Klassen war und heute vielleicht sogar noch blutiger und härter verläuft. Diese Art von Einheit war und ist also zwingend erforderlich. Andererseits muss man weiterhin für die revolutionären Anliegen kämpfen, damit der Kampf gewonnen und diese Einheit dazu dienen kann, sowohl die unmittelbaren als auch die historischen Interessen der Arbeiterklasse durchzusetzen. Man muss daran festhalten, dass die Ziele und Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten nicht innerhalb des Kapitalismus durchgesetzt werden können. Für die Revolution eintreten heißt nichts anderes, als davon auszugehen, dass wir eine andere Organisationsform der Gesellschaft und eine andere Produktionsweise brauchen.

Zu dieser Einheit gehört auch, dass man sie zwar verteidigt, zugleich jedoch weiter die politischen Debatten führt und an seiner politischen Kritik festhält und das Bewusstsein der Ausgebeuteten und Unterdrückten weiter zu schärfen sucht, wobei jede Partei dies auf ihre Art machen kann.

Dieser Aspekt ist ganz wesentlich. Als die Einheitsfronttaktik in der Tradition des revolutionären Marxismus auf besagtem Kongress festgeschrieben wurde, galt bereits folgender Grundgedanke: Wir brauchen die Einheit, weil sie die Klasse stärkt, sowohl im Streik als auch im Kampf gegen die Faschisten (auch wenn die faschistische Gefahr

1922 noch nicht unmittelbar drohte und erst später zum Problem wurde).

Heutzutage bedeutet diese Einheit nicht, dass wir unsere Differenzen einfach vergessen oder auf später vertagen sollen. Wenn man sie wohlverstanden und vom Standpunkt des revolutionären Marxismus aus angehen will, bedeutet sie, für die Konfrontation mit dem Kapitalismus einzutreten, sich nicht mit der Bourgeoisie zu versöhnen und sich nicht auf Veränderungen innerhalb der bestehenden Ordnung zu beschränken, sondern für Veränderungen gegen diese Ordnung zu kämpfen und somit letztlich für die Revolution. Und das ist, was nottut.

Darauf hinzuweisen ist allein deswegen schon absolut wichtig, weil man heute gelegentlich in den Diskussionen in Brasilien hört, dass man eine Einheit herstellen müsse, „um die Interessen der Bevölkerung gegen den Faschismus, gegen die Semi- und Protofaschisten, gegen die Rechtsextremen und die neoliberalen Reformen zu verteidigen. Und da wir gegen all das kämpfen müssen, wollen wir nicht über die Differenzen innerhalb des Lagers auf Seiten der Bevölkerung sprechen und unsere einstige Kritik ad acta legen, etwa was die PT und ihre Verbündeten und ihre Maßnahmen während der Regierungszeit angeht.“

Wenn man die Einheitsfronttaktik von Standpunkt des revolutionären Marxismus aus betrachtet, macht das keinen Sinn. Wenn man in einer schweren Lage, in der sich der Klassenkampf zu einem regelrechten Krieg zwischen den Klassen zuspitzt, die Differenzen beiseite lassen könnte, die zwischen dem klassenkämpferischen und dem reformistischen Lager bestehen, zwischen denen, die gegen die bestehende Ordnung sind und denen, die sich dreingefunden haben – den sog. „Ordnungslinken“, um mit Plínio zu sprechen – wenn man also in einer solch ernsten Phase wie der gegenwärtigen all diese Fragen ad acta legte, hieße dies im Grunde, dass diese Fragen irrelevant sind und wir alle unter einem gemeinsamen Banner stünden. Aber so läuft das nicht. Auch in einer solchen Lage bestehen die Differenzen weiter und werden sogar schärfer.

In der jetzigen Situation in Brasilien haben wir nicht nur Differenzen darüber, wie wir die extreme Rechte, die Neoliberalen und die Protofaschisten unter der Regierung Bolsonaro bekämpfen sollen, sondern wir haben auch Differenzen über so wesentliche Fragen wie beispielsweise, ob wir die neoliberalen Reformen grundsätzlich bekämpfen oder sie bloß ein wenig entschärfen wollen. So stellt sich heute die Frage! Zum Beispiel bei der Rentenreform erleben wir, dass die Gouverneure der PT oder der PCdoB

oder auch der PSB (die manche als links ansehen) in ihren Bundesstaaten genau dasselbe machen wie die Zentralregierung und manchmal sogar noch schlimmer.

Insofern macht es m. E. keinen Sinn, dass wir alle unsere Differenzen beiseitelassen sollen, um uns einem viel schlimmeren Feind zu widmen, auch wenn es zutrifft, dass Bolsonaro zweifelsfrei viel schlimmer als die „Ordnungslinke“ und auch als die traditionelle oder zivilisiertere Rechte ist, auch wenn diese ein solches Attribut inzwischen kaum mehr verdient. Vielmehr behalten diese Differenzen nach wie vor ihre Gültigkeit in unserem Kampf. Um unseren Kampf gegen die extreme Rechte und die Neoliberalen gewinnen zu können [...], müssen wir ihn konsequent führen. Und das geht nicht, wenn wir ihre Wirtschaftspolitik weitgehend hinnehmen.

Die Einheitsfronttaktik ist zwar fundamental wichtig, das bedeutet aber keineswegs, dass die Divergenzen und Debatten verschwinden. Wir müssen im Gegenteil über die grundsätzliche Strategie unserer Kämpfe diskutieren und aufzeigen, wie die extreme Rechte am besten geschlagen werden kann etc.

Einheitsfront oder Volksfront

Wir können nicht konsequent gegen die Maßnahmen unserer jetzigen Regierung kämpfen, ohne eine Gesamtalternative aufzuzeigen. Denn darüber werden wir Rechenschaft ablegen müssen. Insofern können wir nicht erneut das präsentieren, was in der Vergangenheit schon einmal gescheitert ist.

In Brasilien und auch innerhalb der PSOL herrscht eine große Konfusion in der Debatte über die Einheitsfronttaktik und die sogenannte Volksfronttaktik, wo traditionell bürgerliche Sektoren eingeschlossen waren. In Frankreich bspw. war die Radikale Partei seinerzeit in die Volksfront einbezogen, deren Basis hauptsächlich im Kleinbürgertum und der Bauernschaft lag und die als Partei am längsten an den bürgerlichen Regierungen in Frankreich in den 1920er und 1930er Jahren beteiligt war.

Für eine Einheitsfront zu kämpfen, bedeutet, die Arbeiterklasse für ihre eigenen Interessen gegenüber der Bourgeoisie zu einen. Insofern darf das nicht verwechselt werden mit einer sogenannten Verbreiterung dieser Front, an der sich dann bürgerliche Sektoren und Parteien beteiligen. Denn eine Front unter Einschluss der Bürgerlichen wird zwangsläufig bei den Forderungen der Lohnabhängigen und einfachen Leute zu bremsen versuchen, um so die Zustimmung der Bourgeoisie und der bürgerlichen Parteien zu erhalten. Und sie wird anfangen, die sozialen

Kämpfe einzudämmen, um diese Verbündeten nicht zu verprellen.

Auf Brasilien bezogen heißt das, dass für eine Allianz mit den Liberalen eine – in den Augen der Liberalen „verantwortliche“ – Debatte über die vorgeschlagenen Reformen, die in Wahrheit Gegenreformen sind, geführt werden muss. Es ist nicht möglich, die Einheitsfront um bürgerliche Sektoren zu verbreitern, ohne zugleich die Kämpfe auf der Straße zu schwächen und sie zu kanalisieren. Zugleich schreckt man damit die Teile der Bevölkerung ab, die sich nicht mehr vertreten fühlen, weil man ihre grundlegenden Interessen verrät.

Dies soll freilich nicht bedeuten, dass es für uns keine Einheit mit Teilen der Liberalen über spezifische Fragen geben kann. Solche spezifischen Fragen können bspw. die Einmischung der bestehenden Regierung in das Pressewesen betreffen, mit dem Ziel, die Pressefreiheit einzuschränken. Dagegen können wir uns durchaus mit den Liberalen verbünden, da es sich um eine umschriebene Allianz zu einem umschriebenen Punkt handelt. Dies gab es auch schon in der Vergangenheit und niemand würde dies in Zweifel ziehen wollen.

Dies darf aber keinesfalls bedeuten, dass man eine breitere Allianz eingehen kann, um bspw. für die Demokratie zu kämpfen, weil dies eine außerordentlich abstrakte Angelegenheit ist. Für die Demokratie kämpfen – schön und gut. Aber dabei muss klar sein, was für einen Kampf und zu welchem Zweck wir ihn führen. Unsere Vorstellungen vom Kampf für die Demokratie unterscheiden sich von denen der bürgerlichen Parteien. In diesem Zusammenhang wollen wir bloß darauf verweisen, dass diese noch vor kurzem für Gesetze eingetreten sind, die die Proteste der Bevölkerung auf der Straße beschneiden – das sogenannte Gesetz zur Terrorbekämpfung.

Letztendlich heißt das, dass wir uns über bestimmte Fragen mit den Liberalen verbünden können, aber eine breitere Einheit können wir nur mit den Sektoren anstreben, die die Arbeiterklasse und die Ausgebeuteten und Unterdrückten repräsentieren und dort verankert sind. Denn nur mit diesen Sektoren können wir uns auf eine gemeinsame Plattform verständigen und selbst das wird nicht einfach sein. Auch dabei müssen wir auf eine Mobilisierung von unten zählen, nämlich an der Basis der reformistischen Parteien, um überhaupt konsequent gegen die Rechte und die Ultraliberalen kämpfen zu können.

Eine Frage der Defensive oder Offensive?

Die Frage der Einheitsfront wurde und wird in Brasilien

zumeist ganz anders diskutiert, als es der Tradition der sozialistischen Bewegung in dieser Frage entspricht. In der Regel wird sie als eine Defensivtaktik begriffen, also: „Wenn wir uns in der Defensive befinden, müssen wir eine möglichst breite Einheit anstreben.“ Das Gegenteil ist richtig!

In der Komintern bspw. wurde die Einheitsfronttaktik von Anfang so begriffen, dass sie hauptsächlich dann angewandt werden soll, wenn sich die Arbeiterklasse in der Offensive befindet. Dann muss die Arbeiterklasse geeint werden, um die Macht zu erkämpfen. Und dafür braucht es eine breitere Einheit.

Ich denke eher, dass die Einheitsfronttaktik wohl leichter angewandt werden kann, wenn sich der Klassenkampf zuspitzt. Zuspitzung bedeutet hier nicht unbedingt, ob sich die Arbeiterklasse eher in der Defensive oder Offensive befindet, sondern dass sie dadurch angespornt wird, die Einheit aller Arbeiter*innen, Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen die Bourgeoisie anzustreben.

Zudem ist eine schematische Unterteilung in eine defensive Situation und eine offensive oft wenig sinnvoll. Gehen wir einmal davon aus, dass wir uns in der Defensive befinden und uns gegen eine massive Bedrohung wehren müssen, so wie dies 2019 bei der Rentenreform der Fall war. Wenn man diese Reform bekämpft – was leider nicht ernsthaft geschehen ist – dann wohl in der Annahme, dass man diese Reform zu Fall bringen kann. Hätten wir wiederum die Reform verhindert, dann wäre eine dramatische Regierungskrise ausgebrochen, die auch die liberalen Verbündeten betroffen hätte. Unversehens wäre also aus einer defensiven Lage eine offensivere geworden.

Es wäre auch an den Haaren herbeigezogen, wenn man entlang einer solch mechanischen Einteilung der klassenpolitischen Lage in offensiv oder defensiv bestimmen würde, wie radikal oder engagiert man eine bestimmte Forderung vertritt. Wenn wir ein bestimmtes Interesse verteidigen, dann müssen wir uns davon leiten lassen, ob es auch notwendig ist. Nur so können wir Rückschläge und größere Niederlagen aus Sicht der Klasse vermeiden und mögliche Fortschritte erzielen.

Es geht also nicht darum, ob die Lage schwierig ist. Natürlich war es insofern problematisch, als wir die Rentenreform letztlich hinnehmen mussten und auch keinen Kompromiss anstreben konnten, weil die Kräfteverhältnisse ungünstig waren. So kann man keine Politik betreiben, wenn man einen wirklichen gesellschaftlichen Wandel, also eine Revolution anstrebt. Wir müssen das verteidigen, was verteidigungswert ist. [...]

Natürlich muss man die Konjunktur berücksichtigen, aber man darf dabei keine mechanische Unterscheidung zwischen defensiver und offensiver Lage vornehmen, um eine Taktik für gut oder schlecht zu befinden. Man muss vielmehr darüber hinaus gehen.

Einheitsfront und Wahlen

Am Schluss möchte ich noch auf das Verhältnis zwischen Einheitsfront und Wahlen eingehen. Im klassischen Verständnis der Komintern und der revolutionär-marxistischen Tradition bezieht sich diese Taktik auf den Massenkampf, auf Aktionen, Streiks und Mobilisierungen.

Dies war auch eines der wesentlichen Argumente in den Komintern-Thesen, nämlich dass der Massenkampf natürlich ein vorteilhafteres Terrain für die Revolutionäre darstellt als für die Reformisten und dass es dabei einfacher ist, eine Einheit herzustellen und das Klassenbewusstsein der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu heben.

Mögen viele auch einwenden, viel wichtiger sei die Einheit bei den Wahlen, bin ich vom Gegenteil überzeugt: Um zu einer Einheit bei den Wahlen zu gelangen, sollte davor eine Einheit im Kampf bestanden haben, wo es um Belange geht, an denen sich das Potential für weitergehende gemeinsame Perspektiven ausloten lässt.

Es ist zwar auch aus klassischer revolutionär-marxistischer Sicht nicht auszuschließen, eine Einheitsfront auch auf Wahlen anzuwenden, aber dafür müssen die Kriterien sehr viel enger gefasst werden als bei einer richtig verstandenen Einheit im Streik bspw.

Bei Wahlen werden Programme diskutiert und gesellschaftliche Perspektiven. Demnach braucht es eine sehr viel weitergehende Übereinstimmung als bei einem Streik, wo es nur um eine bestimmte Forderung oder den geeigneten Zeitpunkt geht. Bei einem Streik oder anderen Massenaaktionen brauchen wir keine Übereinstimmung über die gesamte programmatische Ausrichtung. Bei Wahlen hingegen geht es um substantielle programmatische Übereinstimmungen und nicht ums Zurückweichen.

Übergangsforderungen

Dieses Thema soll hier nur kurz angeschnitten werden. Übergangsforderungen und ein Übergangsprogramm sind in unserer Tradition stets verknüpft mit einer Einheitsfronttaktik. Dies lässt keine Trennung zwischen Minimal- und Maximalprogramm zu, wie Reformisten dies klassischerweise tun. Während diese das Minimalprogramm vertreten, weil es einfacher umsetzbar sei, und das Maximalprogramm und den Sozialismus auf bessere

Zeiten vertagen, sollen wir dann sagen, dass wir mit diesen Tagesaufgaben viel zu sehr beschäftigt sind, um diese besseren Zeiten herbeizuführen?

Ein Übergangsprogramm geht von den unmittelbaren Interessen der Klasse aus, schlägt dabei aber Brücken zu einer weitergehenden Transformation der Gesellschaft – und sei es nur, um diese Interessen konsequent zu verteidigen.

————— **João Machado** ist Ökonom und Dozent in São Paulo und Mitglied der nationalen Leitung der Tendenz „Comuna“ innerhalb der PSOL, deren Gründungsmitglied er ist. Er gehört dem Exekutivbüro der IV. Internationale an.

Aus: *inprecor* vom Sept./Okt. 2021

Gekürzte Übersetzung: MiWe

DIE WAHLEN 2022 UND DIE ZUKUNFT DER PSOL

■ João Machado und Gilson Amaro

Unter der rechtsextremen, reaktionären und völkermörderischen Regierung von Jair Bolsonaro haben die sozialen Verwerfungen und politischen Spannungen in Brasilien ein dramatisches Ausmaß erreicht, das durch die Pandemie noch verschärft wurde. Über den Ernst der Lage sind sich die unterschiedlichen Tendenzen der brasilianischen Linken grundsätzlich einig. Aber obwohl die politische Analyse praktisch von allen geteilt wird, unterscheiden sich die daraus gezogenen Schlussfolgerungen beträchtlich – sowohl in Bezug auf die Interpretation der Geschichte als auch auf die taktische und strategische Positionierung, was die aktuelle Lage und mögliche Wege in die Zukunft betrifft.

Nachdem die Verurteilung des ehemaligen Präsidenten Lula im Prozess um die Triplex-Wohnung in Guarujá durch das Gericht in Curitiba aufgehoben und der ehemalige Richter Sergio Moro für befangen erklärt wurde, ist Lula an den Schauplatz (wahl)politischer Auseinandersetzungen zurückgekehrt, was die ohnehin komplexen politischen Konstellationen um einen weiteren Aspekt bereichert hat. Diese Tatsache ist ein entscheidendes Kriterium für jene Genoss*innen in der Partei für Sozialismus und Freiheit (PSOL), die der These einer von Lula und der Arbeiterpartei (PT) angeführten Linksfrent bei der Präsidentschaftswahl anhängen und die sich in der Praxis ausdrücklich für diese idealisierte, um nicht zu sagen sebastianische¹ „Linksfrent“ einsetzen.

Für eine ertragreiche politische Auseinandersetzung ist es erforderlich, sich klar auszudrücken. Es liegt schließlich auf der Hand, dass eine „linke Front mit Lula an der Spitze“ keine Überlebenschance hätte. Selbst wenn die PSOL unter Verzicht auf eine eigene Kandidatur ein solches Bündnis mit Lula bzw. mit der PT unter Berücksichtigung der real existierenden Kräfte und ohne sich Illusionen zu machen einginge, würde das auf eine inhaltliche, politische und organisatorische Zustimmung der PSOL zu einem Projekt hinauslaufen, das alles andere als links oder antikapitalistisch wäre, sondern allein der Aufrechterhaltung des Status quo diene.

Seit ihrem Eintritt in die Bundesregierung im Jahr 2002 beruhen die Eckpfeiler der Politik von Lula und der PT auf drei wesentlichen Merkmalen:

1. dem Streben nach einem Pakt mit dem Großkapital, um sich als dessen Vertreter zu positionieren,
2. dem Aufbau von Bündnissen mit Teilen der brasilianischen Rechten und der fälschlich so bezeichneten „politischen Mitte“ (um rechnerisch gesehen eine ausreichende Mehrheit für Regierungsvorhaben sicherzustellen), sowie
3. der Einbindung der Organisationen der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Elemente der Bevölkerung zur Verteidigung einer Logik der Klassenversöhnung.

Diese Linie wurde von der PT-Führung sowohl in öffentlichen Äußerungen als auch bei politischen Versammlungen stets beibehalten und sie kennzeichnet auch die PT-Regierungen in einzelnen Bundesstaaten.

Wir haben diesen Text verfasst, um zur Debatte in unserer Partei beizutragen, mit dem Ziel, die Diskussion zu vertiefen und die Polemik rund um die taktischen und strategischen Fragen der PSOL vor dem Hintergrund der aktuellen Lage auf den Boden der Realität zurückzuholen, denn insbesondere die 2022 bevorstehenden Wahlen,

aber auch die Erfahrungen aus den sozialen Bewegungen könnten die PSOL veranlassen, sich mit den Spielregeln der herrschenden kapitalistischen Ordnung zu arrangieren.

Die PSOL: eine radikale Alternative zur Unterordnung der PT-Regierungen unter die neoliberale Ordnung

Zum Verständnis der Folgen des Nachgebens der PT gegenüber der neoliberalen Logik (was letztendlich zur Entstehung der PSOL geführt hat) muss man den Neoliberalismus als globale Antwort des Kapitals auf die Mitte der 1970er Jahre einsetzende Systemkrise des Kapitalismus begreifen. Im Grunde geht es darum, das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit durch eine Steigerung der Profitrate zu verändern – und zwar durch den Abbau von zuvor erreichten Sozial- und Arbeitsrechten, durch eine Veränderung der Rolle des Staates und durch die verstärkte Ausbeutung der Umwelt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat der Kapitalismus unter der führenden Rolle des US-Imperialismus seine globale Vorherrschaft behauptet. Er sah sich jedoch einer Welle an nationalen Befreiungskämpfen, Kämpfen zur Verteidigung sozialer Errungenschaften sowie Kämpfen mit einer klaren sozialistischen Stoßrichtung gegenübergestellt – auch aufgrund der Stärke der Sowjetunion, die einige Jahrzehnte lang ein Gegengewicht zu den USA bilden konnte. Der Schwung der Revolution von 1917 war zwar durch den Aufstieg der Bürokratie und den Niedergang des Sowjetstaates gebremst worden, doch pflegte die UdSSR ein widersprüchliches Verhältnis zu diversen Volkserhebungen. (In der UdSSR und in den von ihr beherrschten Ländern wurden Aufstände unterdrückt, in anderen Staaten hingegen gelegentlich unterstützt, wobei die sowjetische Führung stets darauf bedacht war, sie unter ihrer Kontrolle zu halten.) Was das sowjetische Modell betrifft, so ist die Analyse von István Mészáros erhellend. Er betont: „Es ist nicht der Bürokrat, der das perverse System eines Kapitalismus sowjetischer Prägung hervorgebracht hat, auch wenn er in seine katastrophalen Machenschaften verstrickt ist. Vielmehr handelt es sich um eine Art ererbtes und neu aufgestelltes postkapitalistisches Kapital, das in der Figur des Bürokraten personifiziert wird, der somit als postkapitalistisches Äquivalent des ehemaligen kapitalistischen Systems in Erscheinung tritt.“²

Die Außenpolitik der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg war in ihren Grundzügen konservativ. Sie akzeptierte die Aufteilung der Welt in Einflussphären (und letztlich in zwei Blöcke) auf Grundlage der Vereinba-

rungen zwischen den siegreichen Großmächten (UdSSR, USA und Vereinigtes Königreich). Sie befürwortete die Eindämmung revolutionärer Kämpfe in Ländern, die angeblich dem kapitalistischen Lager angehörten (etwa in Frankreich, Italien und Griechenland), und ließ den Sieg der kommunistischen Parteien in Jugoslawien und China nur widerwillig zu.

Obwohl die UdSSR bestrebt war, revolutionäre Prozesse zu verhindern, konnte sie damals nicht umhin, diese im Fall ihres Siegs zu unterstützen. Die bloße Existenz der UdSSR als Gegengewicht zum kapitalistischen Lager begünstigte solche Prozesse, sodass die kapitalistischen Staaten die „kommunistische Gefahr“ fürchteten und sich gezwungen sahen, Zugeständnisse an ihre Bevölkerung zu machen. Das hat dazu geführt, dass in den kapitalistischen Ländern etwa drei Jahrzehnte lang eine keynesianische und sozialdemokratische Politik verfolgt wurde. Dieses Arrangement hat der Weltwirtschaft das stärkste Wachstum ihrer Geschichte beschert und gleichzeitig Spielräume für „entwicklungspolitische“ Experimente in den abhängigen Ländern eröffnet.

Mit dem Einsetzen der strukturellen Krise des Kapitals, die sich ab den 1970er Jahren in der kapitalistischen Weltwirtschaft abzeichnete, war es damit vorbei. Die großen sozialen Kämpfe der Nachkriegszeit waren abgeflaut (auch wenn es an der kapitalistischen Peripherie nach wie vor zu revolutionären Prozessen kam), die Wirtschaft in den Zentren des Kapitalismus erstarkte in den Jahrzehnten des Aufschwungs und die UdSSR brach unter der Last ihrer Widersprüche und den Grenzen eines Gesellschaftsmodells zusammen, dem es nicht gelungen war, mit dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem und seinem sozio-metabolischen (d. h.: „den Stoffwechsel der Gesellschaft mit der Natur betreffenden“) Prozess zu brechen.³

Unter der Herrschaft der Bürokratie stagnierte die Wirtschaft des „Sowjetblocks“ und geriet angesichts der kapitalistischen Konkurrenz ins Hintertreffen. Diese Umstände ermöglichten das Aufkommen des Neoliberalismus, einer wesentlich aggressiveren Politik des Kapitals zur Aufrechterhaltung des Systems.

Die neoliberale Politik wurde in den 1970er Jahren von der chilenischen Diktatur vorweggenommen und in der Folge im Vereinigten Königreich unter Margaret Thatcher (ab 1979) und in den USA unter Ronald Reagan (ab 1981) in die Praxis umgesetzt. In den folgenden Jahren wurde der Neoliberalismus in den Staaten des kapitalistischen Zentrums und etwas später auch in den abhängigen Ländern zur herrschenden Doktrin. Heftige Klassenkämpfe

sowohl zur Verteidigung erkämpfter Errungenschaften als auch darüber hinausgehende revolutionäre Bewegungen blieben letztlich erfolglos.

In Brasilien hielt die neoliberale Politik in den letzten Jahren der Regierung Sarney Ende der 1980er Jahre Einzug und wurde von den Regierungen Collor, Itamar und Cardoso perfektioniert. Obwohl die PT bis zu ihrer Machtübernahme diese Politik konsequent abgelehnt hatte, verpflichtete sich Lula bereits vor seiner Wahl 2002, nicht „einseitig“ damit zu brechen. Das war die eigentliche Botschaft seines „Briefs an das brasilianische Volk“ („Carta ao Povo Brasileiro“).⁴

Auch nach seiner Wahl versicherte Lula, er werde die wesentlichen Elemente der neoliberalen Politik seiner Vorgänger beibehalten. Neben einer Reihe von neoliberalen Strukturanpassungen ernannte er den Banker Henrique Meirelles (der 2002 als Abgeordneter der PSDB gewählt worden war) zum Präsidenten der Zentralbank, behielt das währungspolitische Instrument der Inflationssteuerung bei (was damals als die „Kunst“ schlechthin einer konservativen Finanzpolitik galt) und kündigte eine Erhöhung des „primären Haushaltsüberschusses“ an.

In diesem neoliberalen Fahrplan, der den „Märkten“ „Garantien“ bietet, ist die „Reform der sozialen Sicherheit“ für den öffentlichen Dienst („reforma da Previdência“) hervorzuheben, die Anfang 2003 angekündigt und noch im selben Jahr beschlossen wurde. Auch wenn sie im Vergleich zu der später von der Regierung Bolsonaro verabschiedeten Reform weniger drakonisch ausgefallen ist, steht sie doch mit ihrem „Geist“ der Rücknahme von Rechten in der gleichen Tradition und stellt ihrerseits einen eklatanten historischen Rückschritt dar.

Im Kampf um die Zustimmung zur Reform von 2003 stießen die Regierung Lula und ihr „PT-Mehrheitslager“ auf erbitterten Widerstand selbst innerhalb der Partei. Daher versuchte man, die Loyalität zur Regierung zu erzwingen – sei es durch Einbindung in die Regierungsverantwortung oder durch Druck. Zu diesem Zweck drohte Lula den Unbotmäßigen mit dem Parteausschluss – was schließlich auch geschah. Damit lieferte er den endgültigen Beweis für die Bereitschaft der PT, sich der neoliberalen Ordnung zu unterwerfen.

Der Ausschluss der so genannten Radikalen aus der PT am 14. Dezember 2003 war also nicht bloß eine zufällige Entscheidung der PT-Führung oder eine einmalige Maßnahme, sondern von zentraler Bedeutung für den künftigen Aufbau der PSOL. Mit diesem Schritt hatte die PT den Übergang von der Ablehnung der kapitalistischen

Ordnung, die sie in ihren Anfangsjahren kennzeichnete, zu ihrer glühenden Verteidigung mit allen Mitteln, die dann zu ihrem Markenzeichen wurde, endgültig vollzogen.

Zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen der PT wurden, wie wir sehen werden, im Rahmen der Marktlogik getroffen und sind Ausdruck einer Neoliberalisierung der Sozialpolitik, besonders unter der Regierung Lula. Die Maxime lautete stets: „Alles für das Großkapital und die Oligarchen, aber nur Brosamen für die brasilianische Bevölkerung in Form von selektiven und eng umrissenen sozialen Maßnahmen.“

Die PT-Regierungen konnten also nicht umhin, eine Politik zu verfolgen, die auch die Interessen der Bevölkerung berücksichtigte. Es ging darum, die Auswirkungen des von der PT praktizierten Neoliberalismus abzuschwächen, um weitere Rückschläge bei Wahlen zu verhindern und die PT an der Macht zu halten. So wurden Maßnahmen zum Abbau extremer Ungleichheit – wie das Programm „Bolsa Família“ (Familienbeihilfe) und die teilweise Wiedereinführung des Mindestlohns – und zur Erfüllung sozialer Forderungen, etwa im Bildungs- und Wohnbereich, beschlossen. Es ging dabei jenseits von wahltaktischen Überlegungen darum, alle Möglichkeiten innerhalb der Grenzen der Marktlogik auszuschöpfen, ohne die neoliberale Ordnung anzutasten oder die herrschenden Klassen zu vergrämen. Zusammenfassend lässt sich diese Haltung der PT als eine Politik des „kleineren Übels“ charakterisieren.

Zug um Zug mit der Umsetzung der merkantilistischen Politik des „kleineren Übels“ wurde die neoliberale Ordnung gestärkt: Sogar die „Einkommenstransferprogramme für die herrschenden Klassen“ wurden übernommen. So wurde etwa der Tilgung der Staatsschulden, einschließlich der Erhöhung des „primären Haushaltsüberschusses“, Priorität eingeräumt, was Lula bereits zu Beginn seiner Regierung angekündigt hatte. Einige Verfechter der PT-Regierungen behaupten, dass diese die „Entwicklung“ des Landes vorantreiben wollten. Diese Beschreibung ist unzutreffend: Ein wesentliches Merkmal des „Developmentalismus“⁵ war nämlich stets das Bestreben, die Industrialisierung zu forcieren, während die PT-Regierungen dem in Brasilien seit Ende der 1980er Jahre vorherrschenden Trend zur Deindustrialisierung und zur Förderung des primären Sektors („reprimarização da economia“), also der Landwirtschaft, treu geblieben sind.

Abgesehen von den wirtschafts- und sozialpolitischen Aspekten der PT-Regierungen wurden zahlreiche

rückschrittliche Umweltmaßnahmen ergriffen, etwa die Errichtung großer Staudämme, die Umleitung des Rio São Francisco, die Mega-Bergbauprojekte, der Vormarsch gentechnisch veränderter Organismen (GVO) und die exponentielle Zunahme des Einsatzes von Pestiziden. Zwar ist das alles nicht mit der verheerenden Umweltpolitik unter der Regierung Bolsonaro vergleichbar, aber das Umweltverbrechen der Unternehmen Samarco, Vale und BHP in Mariana (Minas Gerais) – durch einen gebrochenen Staudamm wurde der Bezirk Bento Rodrigues unter giftigem Schlamm begraben und der Fluss Doce verseucht, sodass ganze Ortschaften kein Trinkwasser mehr hatten –, ereignete sich unter einer PT-Regierung.⁶

Die von den PT-Regierungen betriebene Öffnung der Hochschulbildung hat den Zugang zu höherer Bildung für zuvor ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen erleichtert, was sich an der stärkeren Beteiligung schwarzer Männer und Frauen ablesen lässt. Diese Zunahme ist jedoch zum Teil auf die finanzielle Unterstützung für private Bildungseinrichtungen zurückzuführen, die zur Entstehung und Verbreitung der Imperien so genannter „privater Bildungsbarone“ beigetragen hat. Obwohl die Bildungsoffensive einer der Gründe für den Hass ist, den rassistische Elemente der brasilianischen Gesellschaft gegen die PT hegen, ist es nicht zu einer Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ordnung gekommen, sondern vielmehr zu einer Neoliberalisierung der Sozialpolitik.

Es ist Lula selbst, der die Annäherung der PT-Regierungen an die neoliberale Ordnung am treffendsten auf den Punkt gebracht hat. In einem Interview mit Emir Sader und Pablo Gentili mit dem Titel „O necessário, o possível e o impossível“ („Das Notwendige, das Mögliche und das Unmögliche“)⁷ sagte er über seine Regierung: „Sie [die Opposition] haben in ihrem ganzen Leben noch nie so viel Geld gesehen wie unter meiner Regierung. Auch nicht die Fernsehsender, die fast alle pleite waren, oder die Zeitungen, die bei meinem Amtsantritt fast alle bankrott waren. Die Unternehmen und Banken haben noch nie so viel eingenommen, aber die Arbeiter auch nicht.“ Und um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, fügte er hinzu: „Nun kann der Arbeiter natürlich nur dann gut verdienen, wenn es dem Unternehmen gut geht. Ich kenne in der Geschichte der Menschheit kein einziges Beispiel, wo es dem Unternehmen schlecht geht und die Arbeiter nicht in die Arbeitslosigkeit geschickt wurden.“ Das ist natürlich kein linker und schon gar kein sozialistischer Standpunkt.

Vor diesem Hintergrund ist der Aufstieg der PSOL nichts weniger als eine historisch notwendige Antwort auf das bedingungslose Festhalten der PT am Neoliberalismus. Dem Ausschluss der Radikalen aus der PT im Dezember 2003 folgte zunächst der Aufbau der Partei, danach am 6. Juni 2004 die offizielle Gründung und am 15. September 2005 die amtliche Registrierung als Partei. Die Korruptionsskandale, das Ende der internen Demokratie in der PT und ihre völlige Abkehr vom Sozialismus bewogen andere linke Strömungen innerhalb der PT, sich der PSOL noch im selben Jahr sowie in den folgenden Jahren anzuschließen.

Die PSOL: eine linke Opposition gegen Neoliberalismus und Korruption

Die Sozialversicherungsreform von 2003 steht nicht nur exemplarisch für die Unterordnung unter den Neoliberalismus, sondern auch für die Fortführung der widerwärtigsten „Regierungspraktiken“ durch die PT-Regierung. So wurden der Abbau der sozialen Sicherheit und die Rücknahme der Arbeitnehmerrechte durch den Stimmenkauf von Parlamentariern ermöglicht – ein Skandal, der als Mensalão bekannt wurde.

Der nachgewiesene Kauf von Abgeordnetenstimmen veranlasste die PSOL im Jahr 2012 nicht nur zu groß angelegten sozialen Mobilisierungen, sondern auch zur Einreichung einer direkten Verfassungsklage (Ação Direta de Inconstitucionalidade, ADI 4889). Diese stützte sich auf die Tatsache, dass der Gesetzgebungsprozess, im Zuge dessen die Abschaffung der Sozialversicherungsrechte der arbeitenden Bevölkerung beschlossen wurde, nachweislich durch Stimmenkauf beeinträchtigt worden war. ADI beantragte daraufhin die Rücknahme der Reform. Die Klage war zwar juristisch nicht erfolgreich, aber von erheblicher politischer Bedeutung für die Rolle der PSOL bei ihren Auseinandersetzungen mit den Regierungen unter dem Diktat des Kapitals.

Die PSOL hat sich somit unter den PT-Regierungen als radikale Opposition der Linken etabliert. Der Ausschluss der Genoss*innen, die an der Spitze der Stiftung PSOL standen, und die Praxis des Stimmenkaufs, um die Zustimmung zu neoliberalen Projekten zu erhalten, sind zwar historische Fakten, aber sie betreffen nicht nur die Vergangenheit. An der Sozialreform, gegen die wir uns entschieden zur Wehr gesetzt haben, lassen sich nämlich zwei durchgängige strategische Linien der PT ablesen: die Umsetzung der Pläne des Großkapitals, wenn auch nicht immer in dem von ihm gewünschten Umfang, und das

Eingehen von Bündnissen mit Teilen der Rechten, um derartige Projekte zu verwirklichen.

Gegen die Kräfte der PT-Regierung wurden erbitterte Kämpfe geführt – und zwar nicht nur auf parlamentarischer Ebene, sondern in den Basisorganisationen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, also im Rahmen der Organisationen der Arbeiterbewegung. Der konsequente Aufbau einer radikal linken Opposition gegen die Unterwerfung des PT-Lagers unter das Kapital und gegen die Strategien der Neuen Republik musste zwangsläufig zu Zusammenstößen führen.

Im Lauf der Ereignisse wurde klar, dass die damalige PT-Regierung einen ideologischen Rückzug und eine weitgehende Annäherung an die herrschende Ordnung vollzogen hatte. Sie war bestrebt, die Partei und ihre Regierung der arbeitenden Bevölkerung als das Maximum des „realistisch Möglichen“ anzupreisen und alle, die sich dieser Logik widersetzen, als Feinde, Sektierer und als „fünfte Kolonne“ der Rechten zu denunzieren. Das ist zwar eine absurde Behauptung, sie erhält jedoch durch die umfassende Bürokratisierung der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen eine gewisse Berechtigung.

Es muss ausdrücklich betont werden, dass unter den PT-Regierungen Gewaltanwendung und Brutalität als Mittel der politischen und sozialen Kontrolle die Regel waren und in den von der PT regierten Teilstaaten weiterhin auf der Tagesordnung stehen. So wurden unsere militanten Straßenaktionen des Öfteren von den Kräften, die unter dem Kommando der PT die neoliberale Ordnung verteidigen, niedergeschlagen – bloß weil wir die linke Opposition anführten.

Wir hatten immer wieder mit der als gewalttätig beschriebenen Koalition zwischen den „Tukanen“⁴⁸ und der PT zu tun. Zu erwähnen wären etwa die Unterdrückung der Proteste vom Juni 2013⁹, die brutale Repression gegen die Bewegung „Não vai ter copa“ („Es wird keinen Pokal geben“) im Jahr 2014¹⁰ und die Kriminalisierung sozialer Bewegungen mit der Verabschiedung des Antiterrorgesetzes im Jahr 2016, noch unter der Regierung Dilma. Das sind nur einige Beispiele für die Unterdrückung durch das neoliberale Konsortium, dem die PT heute angehört.

Wo steht Brasilien nach dem Staatsstreich von 2016 und warum haben sich Teile der PSOL dafür ausgesprochen, sich bei den Wahlen 2022 dem PT-Block anzuschließen?

Solange die PT an der Regierung war, wurde sie von der PSOL entschieden bekämpft, aber nachdem sie aus dem

Präsidentenamt geworfen wurde, hat sich ihre Rolle auf Bundesebene geändert. In der Opposition hat sie sich gewissermaßen der PSOL angenähert.

Im Gegensatz zur PT zeichneten sich die nachfolgenden Regierungen durch eine unmissverständlich gegen die Bevölkerung gerichtete Politik aus. Sie strebten anders als die PT nicht einmal vordergründig eine Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit an. Der Ruf der Bourgeoisie nach einem weit härteren Kurs zum Abbau von Rechten war immer lauter geworden, und die PT-Regierungen waren offensichtlich nicht in der Lage, diese Forderungen zu erfüllen. Genau aus diesem Grund unterstützte die große Mehrheit der herrschenden Klasse die Amtsenthebung von Dilma Rousseff. Mit der so genannten „Brücke in die Zukunft“ der PMDB leitete Präsident Temer¹¹ eine weltweit beispiellose Verfassungsänderung ein: Erklärtes Ziel war unter anderem die gesetzliche Verankerung einer „Ausgabenobergrenze“, um unter Missachtung der Lebensbedingungen der Bevölkerung die Interessen des Finanzkapitals zu bedienen. Die aktuelle Regierung Bolsonaro strebt ihrerseits danach, diese Ziele mit einem eindeutig faschistischen politischen Programm zu verknüpfen.

Die Analyse der Ursachen und Ursprünge des Staatsstreichs von 2016 erfolgt häufig aus der Perspektive der PT und auf eine Art, die der Realität nicht entspricht. Einige der fortschrittlichen Strömungen haben diese Analyse unhinterfragt übernommen, indem sie die lückenhafte und im Grunde falsche Erzählung aufgreifen, dass wir vor einem „konservativen Aufschwung“ stehen. Dabei handelt es sich um eine oberflächliche Interpretation, welche die politischen Rahmenbedingungen der Offensive des Kapitals gegen die Arbeit ausblendet und verabsäumt, sich mit den Widersprüchen, dem rückschrittlichen Charakter und den Grenzen des PT-Projekts auseinanderzusetzen. Anstatt zu erklären, warum die herrschende Klasse Brasiliens der PT-Regierung den Rücken gekehrt hatte (sie hatte allmählich begriffen, dass der von der PT praktizierte neoliberale Kurs aufgrund der sich verschärfenden Krise aus ihrer Sicht unzureichend war), schrieben die Anhänger*innen des „Progressismus“ den PT-Regierungen eine „uneingeschränkt positive“ Rolle bei der Verteidigung der Rechte der Bevölkerung zu, was einer Verschleierung der Realität gleichkommt.

So wird etwa außer Acht gelassen, dass einer der Hauptgründe für den Verlust der Unterstützung, den Rousseff unmittelbar nach den Wahlen von 2014 hinnehmen musste, ihr „Zugpferd“ in Sachen Wirtschaft war. Noch vor ihrem Amtsantritt für ihre zweite Amtszeit hatte

sie neben einschneidenden Haushaltskürzungen angekündigt, Joaquim Levy, einen entschieden konservativen Ökonomen, zum Finanzminister zu machen.

Natürlich hat die Tatsache, dass Lava Jato (Operation Autowäsche)¹² eine groß angelegte Kampagne gegen die PT-Regierungen in die Wege leitete, zum Popularitätsverlust der Regierung beigetragen, aber Dilmás „Wahlbetrug“ (sie tat kurz nach ihrer Wahl genau das, von dem sie behauptet hatte, das käme für sie nie in Frage, „selbst wenn die Kuh hustet“) war nicht weniger relevant für den Aufstand von Teilen der Bevölkerung, die zuvor noch die PT unterstützt hatten.

Die Amtsenthebung Dilmás war also nicht nur die Folge einer Verschwörung der Bourgeoisie mit politisch rechts stehenden Teilen der Justiz und der Staatsanwaltschaft, mit den Mainstream-Medien und dem Kongress (wobei viele Abgeordnete Dilma bis zum Jahr 2014 unterstützt hatten). Natürlich gab es diese Verschwörung, und sie wurde dadurch begünstigt, dass sich die PT-Regierungen in ihrer Art der Machtausübung, der Wahlfinanzierung und des Stimmenkaufs nicht allzu sehr von den traditionellen Praktiken der brasilianischen Bourgeoisie unterschieden.

Eine wesentliche Rolle spielte jedoch die sich verschärfende Krise, die zum einen das Ergebnis einer Wirtschaftspolitik war, die auf der Illusion beruht, dass alle Klassen in einer kapitalistischen Wirtschaft – und das in einer abhängigen kapitalistischen Wirtschaft! – als Sieger hervorgehen können, und die zum anderen durch das Nachgeben gegenüber dem Druck der Bourgeoisie, rigide Haushaltskürzungen in einer sich bereits in der Rezession befindlichen Wirtschaft vorzunehmen, ausgelöst wurde. Aber einen noch größeren Einfluss hatte vermutlich die von den PT-Regierungen von Anfang an verfolgte Demobilisierung der Arbeiter- und Basisbewegungen, die aufgrund der Enttäuschung über Dilmás Kehrtwende nach den Wahlen 2014 noch zugenommen hatte. Die Verschwörung der Bourgeoisie gegen die PT fiel somit auf fruchtbaren Boden und stieß auf wenig Widerstand seitens der PT und der Basisbewegungen.

Da sich die PSOL und die PT nach dem Staatsstreich von 2016 gemeinsam in der Opposition wiederfanden, war eine gewisse Annäherung zwischen den beiden Parteien unvermeidlich. Es galt, konkrete Kämpfe gegen Temer/Bolsonaro zu führen, und so musste die PT, die als Oppositionspartei auf Bundesebene von ihren ehemaligen Verbündeten geschnitten wurde, einen Richtungswechsel vollziehen. Diese Neuorientierung der PT bedeutet jedoch weder einen Bruch mit der Unterordnung der Partei unter

das neoliberale Diktat noch eine Abkehr von der politischen Praxis, die Arbeiterklasse mit ihrem Kurs der Klassenversöhnung ideologisch zu schwächen. Vielmehr treten die Widersprüche der PT, die einerseits neue, noch härtere „Reformen“ ablehnt, aber andererseits nach wie vor Bündnisse mit denselben bürgerlichen und „volksfeindlichen“ Gruppierungen anstrebt, offen zutage.

Im Gegensatz dazu sprach sich die PSOL gegen die Amtsenthebung von Dilma Rousseff aus, da sie damit nicht nur einen Staatsstreich, sondern auch eine Verschärfung der antisozialen Politik kommen sah. Im Jahr 2018 unterstützte die PSOL im zweiten Wahlgang Haddad, den Kandidaten der PT, und mobilisierte für ihn, um sicherzustellen, dass die Stimmen nicht an Bolsonaro gingen. Ohne Zweifel müssen wir mit allen Parteien und gesellschaftlichen Strömungen, die sich zur Bekämpfung der neoliberalen bzw. rechtsextremen Politik bekennen, Aktionseinheiten eingehen. Dazu gehört auch das gemeinsame Vorgehen mit der PT und mit anderen Kräften, die sich gegen die Zerschlagung der staatlichen Strukturen zur Wehr setzen. Dennoch ist eine Auseinandersetzung mit jenen Parteien unumgänglich, die zwar die neoliberale Politik auf Bundesebene bekämpfen, aber in den Bundesstaaten, wo sie regieren, genau dieselbe Politik verfolgen, namentlich die PT, die PCdoB¹³ und die PSB¹⁴, die in ihren Staaten „Reformen“ in die Wege leiten, die Bolsonaros bundesweiter „Rentenreform“ um nichts nachstehen.

Die widersprüchlichen Positionen der PT, die zwar Bolsonaros Politik auf Bundesebene bekämpft, aber in den von ihr regierten Bundesstaaten und Gemeinden derselben ultraliberalen Logik folgt, zeigen klar, dass die Opposition der PT gegen Bolsonaro keine grundsätzliche ist, sondern nur bestimmte Aspekte seiner Politik betrifft. Was die Grundpfeiler des neoliberalen Diktats angeht, unterscheiden sich die PT und die Parteien der Bourgeoisie nicht wesentlich voneinander, sondern nur in Nuancen hinsichtlich Intensität und Tempo sowie Art und Weise der Umsetzung. Da die PT an der Versöhnung der Interessen der Bevölkerung mit der kapitalistischen Herrschaft festhält, ist es nach ihrer Ansicht nach wie vor möglich, die von der Bourgeoisie geforderte antisoziale Politik abzumildern und Spielräume für das „kleinere Übel“ zu eröffnen.

Natürlich darf sich die PSOL durch die bloße Tatsache, dass die PT auf Bundesebene in die Opposition geschickt wurde, nicht dazu verleiten lassen, ihre Analyse des Charakters der PT-Regierungen und der PT als Partei (sowie ihrer Verbündeten) zu revidieren. Dies gilt umso mehr, als die PT alle Maßnahmen, die sie während ihrer

Regierungszeit getroffen hat, uneingeschränkt verteidigt. Allerdings betreiben Teile der PSOL eine Art Geschichtsrevisionismus, indem sie auf dieselben Argumente zurückgreifen, die von der PSOL zu Recht bekämpft wurden, als sie die linke Opposition gegen die Regierungen von Lula und Dilma angeführt hatte.

Einige Strömungen in unseren Reihen bemühen sich, die Geschichte umzuschreiben und die kritische Bewertung der PT-Regierungen abzuschwächen, die von der PSOL seit ihrer Gründung vorgenommen wurde. Ob aus Unwissenheit oder mit Absicht bemühen sie sich um eine getrennte Betrachtung des „Erbes der PT“ und der daraus folgenden Verschärfung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise in Brasilien. Ein solcher Versuch, die PT von der Verantwortung frei zu sprechen, widerspricht nicht nur in eklatanter Weise den Tatsachen, sondern hat auch schwerwiegende praktische Konsequenzen.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der brasilianischen Geschichte, insbesondere mit der jüngsten Epoche, einschließlich der PT-Regierungsperioden, ist für das Verständnis des Aufstiegs von Bolsonaro unerlässlich, denn sie liefert uns wesentliche Argumente für den Aufbau einer echten Alternative: der Vorbereitung einer Offensive der Arbeiterklasse gegen die Kräfte des Kapitals.

Der Ernst der Lage nach dem Wahlsieg von Bolsonaro – der nicht nur reaktionäre Vorhaben mit nazifaschistischem Einschlag verfolgt, sondern auch ausdrückliche Staatsstreichabsichten hegt – hat Teile der PSOL dazu bewogen, die Dringlichkeit der Einheit im antifaschistischen und demokratischen Kampf und gegen Bolsonaros Völkermord mit der Verteidigung des Status quo zu verwechseln und sich Wahlprojekten einer vermeintlich linken Front oder gar eines breit gefächerten „demokratischen“ oder „progressiven“ Lagers anzuschließen.

Einige Positionen innerhalb der PSOL erklären sich aus einer diffusen Wahrnehmung der politischen Lage bzw. aus einer Fehlinterpretation der Ursachen für den Aufstieg der extremen Rechten (nicht nur in Brasilien, sondern weltweit). Dieser ereignete sich schließlich nicht unabhängig von den Folgewirkungen des Neoliberalismus und der strukturellen Krise des Kapitals. Andere Positionen zeugen von einem falschen Verständnis der Tradition der Einheitsfronttaktik, die in den 1920er und 1930er Jahren von den konsequentesten Teilen der Kommunistischen Internationale verfolgt wurde.

Eine Erfolg versprechende Einheitsfronttaktik zielt zweifellos darauf ab, die Bedingungen für die Auseinandersetzung mit einem gemeinsamen Feind (wie dem

Bolsonarismus und dem Neoliberalismus) zu verbessern. Dazu gehört aber auch – und sei es nur, um diesen Kampf effizienter zu organisieren – eine politische Grundsatzdebatte zwischen den revolutionären Kräften einerseits und den reformistischen und klassenversöhnenden Teilen der Bewegung andererseits. Eine politische Richtungsdebatte ist immer auch eine Gewissensfrage: Es ist unumgänglich, die Wahrheit zu sagen, Kritik zu formulieren, wann immer es angebracht ist, und danach zu streben, das politische Bewusstsein der Massen zu fördern, anstatt Illusionen zu nähren oder zuzulassen, dass die Erfahrungen der Vergangenheit in Vergessenheit geraten.

Leider zeichnen sich weite Teile der brasilianischen Linken durch einen oberflächlichen, um nicht zu sagen ahistorischen Zugang aus. Beim Neoliberalismus handelt es sich eben nicht bloß um eine „wirtschaftliche Angelegenheit“, sondern um einen sozialen Paradigmenwechsel globalen Ausmaßes mit weitreichenden politischen und ideologischen Folgen. Das hat bereits Margaret Thatcher, die Vertreterin des britischen Neoliberalismus, mit ihrem berühmten Ausspruch zum Ausdruck gebracht: „Die Wirtschaft ist der Weg, aber das Ziel ist es, das Herz und die Seele zu verändern.“¹⁵

Der Neoliberalismus ist seinem Wesen nach antidemokratisch. Sein Ziel ist die Schwächung der Arbeiterklasse und ihrer Kämpfe. Somit ist der Aufschwung der extremen Rechten in ihrer aktuellen Spielart zweifellos das Ergebnis der herrschenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Um der faschistischen Bedrohung zu begegnen, ist es daher unumgänglich, dem Neoliberalismus die Stirn zu bieten, anstatt sich mit denjenigen Kräften zu arrangieren, die ihn vertreten.

Um weitere politische Irrtümer zu vermeiden, wäre also zwischen einer Aktionseinheit gegen Bolsonaro und andere Faschisten (eine Einheit, die man rund um konkrete Themen wie Amtsenthebung, Impfstoffe, Ressourcen für Gesundheit und Bildung sogar mit liberalen „demokratischen“ Kräften eingehen kann) und einem programmatischen Bündnis zur Durchsetzung gemeinsamer Regierungsvorhaben mit neoliberalen Kräften (mit denen die PT derzeit verbündet und denen sie von ihrem Charakter her zuzurechnen ist) zu unterscheiden.

Es wäre der Sache dienlicher, wenn einzelne Strömungen der Partei aufhörten, über ein Zusammengehen mit der PT in einer vermeintlich „linken Front“ zu phantasieren (ein Argument, das jeglicher sachlichen und historischen Grundlage entbehrt), und sich stattdessen fragten, wie ein Programm zur Überwindung der Krise und der

politischen und sozialen Voraussetzungen, die den Aufstieg der extremen Rechten in Brasilien ermöglicht haben, aussehen könnte – also ein Programm, mit dem wir eine glaubwürdige Antwort auf die Krise hätten.

Ein schwerer Fehler wäre es hingegen, würde sich die PSOL dem Lager des Status quo anschließen, was historisch gesehen die Krise verschärfen und der Stärkung der extremen Rechten in einem möglichen Post-Bolsonaro-Szenario Vorschub leisten würde. Gefragt ist vielmehr ein Programm, das unmissverständlich mit dem Neoliberalismus bricht, um im Zuge von sozialen Mobilisierungen radikale Veränderungen in der brasilianischen Gesellschaft einzuleiten. Das hat nicht zuletzt die Debatte rund um die Kandidatur von Glauber Braga gezeigt, der 2016 im ersten Wahlgang für das Amt des Präsidenten der Republik von der PSOL aufgestellt wurde.

Allerdings stellen mehrere Tendenzen innerhalb der PSOL die Notwendigkeit einer eigenen Kandidatur für den ersten Wahlgang der für 2022 geplanten Präsidentschaftswahl in Frage. Es gibt mindestens zwei Argumentationslinien, warum die PSOL Lula bereits im ersten Wahlgang unterstützen sollte (wenn man einmal von einem dritten Argument absieht: der „Unterstützung mit einem linken Programm und mit Bündnissen im Lager der Arbeiterklasse“. Wir gehen davon aus, dass diese Annahme Ergebnis einer Selbsttäuschung und nicht einmal ansatzweise realistisch ist.)

Das erste Szenario wird vor allem von der Tendenz Primavera Socialista und anderen Strömungen, die der „PSOL Popular“-These¹⁶ anhängen, vertreten. Demnach sollte die PSOL nicht nur bereits im ersten Wahlgang eine Empfehlung für Lula aussprechen, sondern sich im Fall seines Wahlsiegs auch an der künftigen Regierung beteiligen. Das wäre eine Neuauflage der altbekannten von linken Strömungen innerhalb der PT gehegten Illusion, dass es möglich sei, einer Regierung Lula „von innen“ die Stirn zu bieten. In diesem Fall würde sich die PSOL an einer Regierung der Klassenversöhnung beteiligen und ihre gesamte Geschichte bis zum heutigen Tag sowie alle Opfer, die für den Aufbau der Partei gebracht wurden, würden in Vergessenheit geraten. Die PSOL würde sich in eine „Partei der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung“ verwandeln.

Das zweite Szenario wird von der Resistência-Tendenz und anderen Strömungen im Rahmen der „PSOL Semente“-These¹⁷ bevorzugt, der zufolge die PSOL nach ihrer Unterstützung für Lula im ersten Wahlgang von der Beteiligung an einer künftigen Regierung der Klas-

senversöhnung, welche die ausgebeuteten Klassen und unterdrückten Bevölkerungsschichten unter das Diktat des Kapitals zwingt, Abstand nehmen sollte. In diesem Fall würde die PSOL trotz ihrer Unterstützung für Lula im ersten Wahlgang nach einem allfälligen Wahlsieg gegen eine Regierung unter der Führung von Lula arbeiten. Dieser verqueren Logik liegt die Einschätzung zugrunde, dass die arbeitenden Massen bzw. diejenigen Teile der Bevölkerung, die davon ausgehen, dass es für einen Sieg über Bolsonaro notwendig ist, Lula zu wählen, nicht verstehen würden, warum die PSOL Lula nicht bereits im ersten Wahlgang unterstützt.

Diese Argumentationslinie ist alles andere als schlüssig. Wenn dem tatsächlich so wäre, müsste man sich nämlich fragen, welchen Sinn eine Weigerung, sich (von Anfang an) an der Regierung zu beteiligen, hätte. Weit logischer wäre es doch, die Position jener Kräfte innerhalb der PSOL, die einen unabhängigen Klassenstandpunkt vertreten, von vornherein klipp und klar darzulegen, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen.

Wenn wir die Teilnahme an einer künftigen Regierung, die unserer Ansicht nach eine der Klassenversöhnung und des Neoliberalismus sein wird, ausschließen, dürfen wir auch im ersten Wahlgang keinen Kandidaten unterstützen, der diese Linie vertritt. Unabhängig von den Beweggründen der Befürworter dieser These würde das nämlich auf eine Komplizenschaft der PSOL hinauslaufen. Somit geht dieses Argument ins Leere, denn die Ausgangsthese lässt eine solche Schlussfolgerung nicht zu.

Wir sollten unsere Meinungsverschiedenheiten in aller Ruhe diskutieren, aber gleichzeitig unsere Vorstellungen von einer Regierungsform, die für Brasilien am besten wäre, auf den Tisch legen. Dabei sollten wir klarstellen, dass die PSOL, falls sie es nicht in den zweiten Wahlgang schafft, gegen Bolsonaro stimmen wird – entweder durch einen Wahlauftritt für Lula oder für einen anderen Kandidaten. Klare Worte zur PT und zu ihren bisherigen Regierungen würden mehr zur Aufklärung und zu einer Stärkung des politischen Bewusstseins der Wählerschaft beitragen als die Unterstützung für ein politisches Projekt des Großkapitals oder für den Messianismus von Lula.

Darüber hinaus wird die Notwendigkeit, Bolsonaro so schnell wie möglich loszuwerden, immer dringlicher, da er bereits angekündigt hat, das Ergebnis der Wahlen nicht anzuerkennen. Zwar hat er nach dieser ausdrücklich gesetzwidrigen Drohung vom 7. September zurückgerudert und die Einhaltung der Verfassung versprochen. Aber wer glaubt, er habe es ernst gemeint, verdient den großen Preis

der Selbsttäuschung, denn dieser Rückzieher stellt keine politische Kehrtwendung dar, sondern ist das Ergebnis taktischer Überlegungen.

Bolsonaro wird mit Sicherheit seine Angriffe auf die staatlichen Institutionen fortsetzen, und wenn er nach all den Massenverbrechen, die er bereits begangen hat und die er in den kommenden Monaten noch begehen wird, immer noch im Amt ist, kann für einigermaßen korrekt verlaufende Wahlen nicht garantiert werden. Wenn wir uns das vor Augen halten, gelangen wir zwangsläufig zu der Schlussfolgerung, dass es, um Bolsonaro sofort oder in den kommenden Monaten zu bezwingen, kein verwaschenes Wahlbündnis braucht, sondern eine Einheitsfront auf Klassenebene sowie eine breit aufgestellte Aktionseinheit.

Einheit ist wichtig, aber welche Einheit?

Die Linke und die Basisbewegungen sind gefordert, Bündnisse auf Klassenebene zu schließen und breitere Aktionseinheiten sowie Zusammenschlüsse in Bezug auf einzelne Themen zu bilden. Aber sie sollten keine programmatische Einheit mit Parteien eingehen, die sich der Versöhnung der Klassen und der Aufrechterhaltung des Diktats des Kapitals und der Oligarchen verpflichtet fühlen und gleichzeitig bemüht sind, die verheerenden Auswirkungen einer solchen Politik einzudämmen. Die Idealisierung der „Einheit“ zeugt von einem mangelnden Verständnis und hat zu zahlreichen Missverständnissen in den politischen Debatten der brasilianischen Linken beigetragen.

Eine Regierung der Klassenversöhnung vertritt nicht die Interessen der Bevölkerung, sondern verhandelt mit der herrschenden Klasse, um aus wahltaktischem Kalkül einen gewissen Fortschritt zu ermöglichen. Eine solche Regierung schwächt die unteren Schichten der Bevölkerung und hindert sie daran, ihre berechtigten Interessen gegen die herrschenden Klassen zu verteidigen. Und sie verbreitet die Illusion, dass im Kapitalismus (selbst in einem abhängigen Kapitalismus wie dem brasilianischen) „alle gewinnen können“, obwohl unter diesen Umständen die Arbeiterklasse nur verlieren kann.

Ein gemeinsames Programm der PSOL mit jenen Parteien, die eine Linie der Klassenversöhnung eingeschlagen haben, wäre dem Verzicht auf einen unabhängigen Klassenstandpunkt gleichzusetzen, also dem Verzicht auf die Verteidigung der grundlegenden Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten, indem man mit der Bourgeoisie gemeinsame Sache macht, um genau diese Forderungen nicht zu erfüllen. Hier geht es nicht so sehr um Fragen der Einheit der PSOL mit anderen Kräften, sondern vielmehr

um Fragen der Übereinstimmungen im politischen Programm, was jedoch durch die uneingestandene Logik der „nationalen Rettung“ verschleiert wird.

Es ist Aufgabe der PSOL, eine Alternative nicht nur zum Bolsonarismus, sondern auch zur Politik des mit ihm verbündeten Großkapitals aufzuzeigen. Bolsonaro ist bloß Ausdruck der Krise. Aber wer die gesamte Krise auf Bolsonaro reduziert, verkennet das Ausmaß der Gefahr, die von der extremen Rechten und dem sich zuspitzenden wirtschaftlichen und sozialen Chaos ausgeht. Weit davon entfernt, lediglich der Selbstbestätigung der PSOL zu dienen, würde in der aktuell schwierigen Situation das Bestehen auf einer eigenen Kandidatur und auf einer linken Front, die diesen Namen auch verdient, die Bedeutung des politischen Programms und der historischen Aufbauarbeit der PSOL unterstreichen.

Die dringend erforderliche Einheit zur Absetzung Bolsonaros und zur Verhinderung einer neuerlichen Bolsonaro-Regierung (zumal die PT in dieser Angelegenheit wenig konsequent war) darf nicht mit dem Aufgehen der PSOL in einem Programm und in einer Regierungslogik verwechselt werden, die weder mit der Logik der Überausbeutung durch das Kapital bricht noch die im System verwurzelte soziale Segregation in Brasilien antastet. Die Verteidigung der Demokratie darf man nicht mit der Verteidigung des Status quo verwechseln.

Schlussfolgerung: Wir dürfen das bisher Erreichte nicht aufgeben, und Lula ist nicht die Lösung, um Bolsonaro und die extreme Rechte zu besiegen.

Wie wir gezeigt haben, ist die PSOL aufgrund der Verwandlung der PT in eine Partei zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung entstanden, was spätestens dann nicht mehr zu übersehen war, als die PT die Regierung des Landes übernahm. Die PSOL musste mit ihrem Aufbau zu einer Zeit beginnen, als die PT noch viele Hoffnungen geweckt hatte, und sie hatte zahlreiche schwierige Phasen zu überwinden. Trotzdem konnte sie sich, wenn auch langsam, weiterentwickeln. Dieser Weg wäre weiter zu verfolgen, aber wir dürfen nicht riskieren, das bereits Erreichte zu verlieren. Daher darf sich die PSOL nicht der PT und ihrem Kurs unterordnen, der den politischen Handlungsspielraum auf jene Bereiche beschränkt, wo ohne Bruch mit dem Kapitalismus und ohne Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie vereinzelte Verbesserungen möglich sind. Unsere Partei kann sich nicht jenen anschließen, für die es keine Alternative zur Logik des Kapitals gibt.

Alle Anzeichen sprechen dafür, dass Lula von allen

Kandidaten die besten Chancen auf einen Wahlsieg hat – sofern die Wahlen einigermaßen korrekt ablaufen. Die Umfragen deuten darauf hin, dass er bereits aus dem ersten Wahlgang als Sieger hervorgehen könnte. Ein solcher Sieg über Bolsonaro würde von Teilen der Gesellschaft fürs Erste vermutlich positiv aufgenommen werden. Angesichts der katastrophalen Politik von Bolsonaro wäre es auch nicht verwunderlich, wenn ein vorläufiger Vergleich positiv ausfiele, doch die Verschärfung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Krise erlaubt keine Atempause. Da ein Ausweg aus der Krise im Rahmen der kapitalistischen Ordnung nicht möglich ist, werden die Kräfte, die keinen politischen Bruch wünschen, gezwungen sein, einzelne Korrekturen vorzunehmen, und die Arbeiterklasse weiterhin vor den Kopf stoßen.

Folglich wird der Handlungsspielraum einer Regierung, welche die Linie der PT verfolgt und sich auf deren Bündnispartner stützt, bei den unumgänglichen Auseinandersetzungen mit dem Bolsonarismus, der extremen Rechten und dem Neoliberalismus stark eingeschränkt sein. Die autonome Organisation aller vom Kapital ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerungsschichten ist noch nicht so weit gediehen, dass sie eine unmittelbare Alternative auf politischer Ebene darstellen könnte, und muss erst aufgebaut werden. Aber dieses Vorhaben – also eine Bewegung „von unten“ auf Grundlage der Klasseneinheit – duldet keinen Aufschub. Daher müssen wir den Aufbau einer außerparlamentarischen Kraft unverzüglich vorantreiben, dürfen dabei aber nicht den Fehler begehen, bei den Wahlen 2022 auf eine Kandidatur und ein eigenes politisches Programm zu verzichten.

Für die PSOL ist die inhaltliche Diskussion eine von Wahldebatten unabhängige Notwendigkeit. Die Erarbeitung eines politischen Programms ist unerlässlich für die Vorbereitung einer unabhängigen Organisation, die ihre Stärke aus den praktischen Kämpfen an den verschiedensten Schauplätzen schöpft. Wir dürfen also unser Programm nicht mit dem Zeitplan für die Wahlen verwechseln, wobei die Beteiligung an den Wahlen Bestandteil eines sozialistischen Aufbauprogramms sein muss.

Unsere Ideen und Konzepte tragen dazu bei, den engen Handlungsspielraum der PT zu verlassen und die von den herrschenden Klassen und dem Kapitalismus gesetzten Grenzen zu überwinden. Dabei sind Massenmobilisierungen der Ausgebeuteten und Unterdrückten als Hauptantriebskraft zu betrachten (und nicht als Bedrohung, die es klein zu halten gilt, wie es unter der PT gang und gäbe war). Die PSOL hat sich zu einem wichtigen Faktor

im Kampf gegen die kapitalistische Ordnung entwickelt. Diese Haltung gilt es beizubehalten. Die Rolle der PSOL als radikal linke Opposition ist ein Schlüsselfaktor – unabhängig davon, welche Regierung im Jahr 2022 ihr Amt als Bewahrerin der Ordnung antreten wird. Die Erarbeitung und Umsetzung eines antikapitalistischen Programms sowie die Vorbereitung einer eigenen Kandidatur auf Basis dieses Programms sind unsere vordringlichen Aufgaben im Wahlkampf.

Bolsonaro, die extreme Rechte und alle neoliberalen Kräfte müssen so schnell wie möglich besiegt werden. Daher muss die PSOL einen Pol gegen die kapitalistische Ordnung bilden, indem sie ihre Rolle als sozialistische Partei wahrnimmt und die Einheit der Arbeiter- und Basisbewegungen durch die Einnahme eines unabhängigen Klassenstandpunkts und den Aufbau einer eigenständigen Organisation vorantreibt.

————— **Gilson Amaro** ist Vorsitzender der Partei Sozialismus und Freiheit (PSOL) im Bundesstaat São Paulo und Mitglied des Koordinationsausschusses des Antikapitalistischen Kollektivs (Coletivo Anticapitalistas). **João Machado** ist Mitglied der nationalen Koordination der Comuna-Tendenz der PSOL (die Teil der brasilianischen Sektion der Vierten Internationale ist), ehemaliges leitendes Mitglied der Arbeiterpartei PT und Mitglied des Exekutivbüros der Vierten Internationale.

Aus dem Französischen übersetzt von EF

Quelle: Dieser Artikel erschien zuerst am 23. September 2021 auf der Website der Comuna (<https://www.comunapsol.org/single-post/as-eleicoes-de-2022-e-o-futuro-do-psol>) und auf der Website des Coletivo Anticapitalistas (<https://psolanticapitalista.medium.com/as-elei%C3%A7%C3%B5es-de-2022-e-o-futuro-do-psol-185de97fcc4f>).

1 Der Sebastianismus, ein messianischer Mythos, verlieh der Hoffnung auf eine Rückkehr des portugiesischen Königs Sebastian I., der 1578 in einer Schlacht bei der Eroberung Marokkos fiel, Ausdruck. Diese Hoffnung verwandelte sich allmählich in einen Erlösermythos, der 1897 im Zuge der militärischen Offensive und der totalen Zerstörung der rebellischen Stadt Canudos, wo die arme Bevölkerung und Regierungsgegner das Privateigentum an Land und Vieh abgeschafft hatten, eine wichtige Rolle spielte.

2 István Mészáros: *Beyond Capital: Toward a Theory of Transition* (Jenseits des Kapitals: Auf dem Weg zu einer Theorie des Übergangs), New York University Press, New York 1995. Zu den Ausführungen von Mészáros siehe auch Inprecor Nr. 644–645–646 vom Oktober/November/Dezember 2017 (<http://www.inprecor.fr/inprecor?numero=644-646>).

3 Unsere Analyse stützt sich auf die kritisch-marxistische Tradition, wozu auch der Beitrag von István Mészáros gehört.

Wenn wir die Marxsche Konzeption, die zwischen Kapital und Kapitalismus unterscheidet, aufgreifen und weiterentwickeln, können wir die sowjetischen Erfahrungen richtig deuten. Das kapitalistische System beruht auf den drei Säulen Kapital, Arbeit und Staat, hat also eine gesamtgesellschaftliche Dimension. Da die sowjetische Gesellschaft nicht mit diesem kapitalistischen „Dreigestirn“ gebrochen hatte, verblieb sie unter seiner sozio-metabolischen Kontrolle. Auch wenn es sich um ein postkapitalistisches Experiment handelte, unterlag der Faktor Arbeit in dieser Gesellschaft der hierarchischen Ordnung und der strukturellen Logik des Kapitals. Es gab zwar keinen Mehrwert, aber der Sowjetstaat eignete sich die überschüssige Arbeit politisch an. István Mészáros betont ausdrücklich die Notwendigkeit, Alternativen jenseits des Kapitals zu entwickeln, um mit dessen sozio-metabolischen Herrschaft zu brechen. Um das Kapital in die Knie zu zwingen, braucht es mehr als eine politische Revolution, die die kapitalistische Herrschaft durch die Errichtung eines postkapitalistischen Staates politisch in die Schranken weist. Eine soziale Revolution, die den sozio-metabolischen Prozess des kapitalistischen Systems überwindet, ist somit unverzichtbar.

4 Der „Brief an das brasilianische Volk“ war ein Text, den Lula im Juni 2002 als Reaktion auf die Befürchtungen der „Finanzmärkte“ über seinen damals absehbaren Wahlsieg unterzeichnet hatte. Lula versprach, keine „einseitigen Entscheidungen“ zu treffen und auf nationaler Ebene „umfassende Verhandlungen“ unter Berücksichtigung der „Einhaltung der Verträge und Verpflichtungen des Landes“ zu führen.

5 Der Developmentalismus (desenvolvimentismo) fußt auf dem Glauben, dass im Zuge der industriellen Entwicklung ein materieller Wohlstands für alle möglich ist.

6 Am 5. November 2015 gelangten durch einen Dambruch 43,7 Mill. Kubikmeter Grubenabfälle in den Fluss Doce, die als gefährliche braune Schlammlawine den Fluss selbst und – als sie 17 Tage später den Atlantik erreichte – die Strände in der Nähe seiner Mündung vergifteten. Hunderte von Menschen wurden vertrieben, und die Städte entlang des Doce litten unter Wasserknappheit, da ihre Wasservorräte verseucht waren. Aus einem durchgesickerten Bericht aus dem Jahr 2013 geht hervor, dass den Eigentümern die Konstruktionsmängel des Staudamms bekannt waren. Im Jahr 2016 wurden 21 Führungskräfte, darunter der ehemalige CEO von Samarco, sowie Vertreter der Eigentümer des Unternehmens (die multinationalen Konzerne Vale und BHP) wegen Totschlags und Umweltschädigung angeklagt.

7 Das Interview wurde für das Buch „Lula e Dilma: 10 anos de governos pós-neoliberais no Brasil“ („Lula und Dilma: 10 Jahre postneoliberale Regierungen in Brasilien“), Hg. Boitempo-Flasco, São Paulo 2013, geführt und am 20. Mai 2013 auf der zur PT gehörenden Website Carta Maior veröffentlicht.

8 Die Mitglieder der neoliberalen PSDB (Sozialdemokratische Partei von Brasilien) werden nach dem Symbol der Partei „Tukane“ (Vögel, die in den tropischen Regionen von Mittel- und Südamerika vorkommen) genannt. Die PSDB wurde 2012 von den Wahlbehörden als die „schmutzigste“ Partei Brasiliens bezeichnet, da sie immer wieder in Korruptionsfälle verwickelt war. Nachdem sie 2018 bei der Präsidentschaftswahl die Kandidatur von Geraldo Alckmin unterstützt hatte, der im ersten Wahlgang mit 4,8 % der Stimmen ausgeschieden war, unterstützten einige ihrer Kader im zweiten Wahlgang

Jair Bolsonaro, zu dem der Großteil der traditionellen Wählerschaft der Partei bereits übergelaufen war.

9 Um die Rücknahme der Erhöhung der Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel zu fordern und gegen die Polizeigewalt zu protestieren, fanden gleichzeitig in mehr als 500 Städten Brasiliens massive Mobilisierungen statt, die laut Umfragen von 89 % der Bevölkerung gutgeheißen und als der Aufstand des Jahres 2013 bezeichnet wurden. Die Repression war ausgesprochen brutal: Die Polizei setzte scharfe Munition und Gummigeschosse ein und nahm Massenverhaftungen vor, aber letztendlich musste die Erhöhung der Fahrpreise für den öffentlichen Nahverkehr in mehreren Städten rückgängig gemacht werden, und die Regierung von Dilma Rousseff sah sich gezwungen, ein Gesetz anzukündigen, das die Verwendung der Öllizenzgebühren für das öffentliche Gesundheits- und Bildungswesen vorsah.

10 Im Jahr 2014 fanden massenhafte Proteste gegen die Fußballweltmeisterschaft in Brasilien statt – unter dem Motto „Es wird keinen Pokal geben“ oder „Fifa go Home“. Im Mittelpunkt stand die Kritik an den hohen Ausgaben der Regierung für die Weltmeisterschaft auf Kosten der Investitionen in öffentliche Dienstleistungen. Die Regierung von Dilma Rousseff (PT) ging gewaltsam gegen die Proteste vor und mobilisierte die Armee für gemeinsame Einsätze mit der örtlichen Polizei in jenen Städten, wo die Spiele stattfanden.

11 Michel Miguel Elias Temer Lulia von der PMDB (Partido do Movimento Democrático Brasileiro) war vom 31. August 2016 bis zum 31. Dezember 2018 Präsident von Brasilien. Seit Mai 2019 befindet sich Temer aufgrund von Korruptionsvorwürfen in Untersuchungshaft.

12 Bei der Operation Lava Jato (der Begriff bezieht sich auf die Nutzung einer Tankstelle zur Geldwäsche, die in der ersten Phase der Operation untersucht wurde) handelte es sich um eine im März 2014 begonnene Untersuchung der Bundespolizei wegen Korruption und Geldwäsche, unter anderem durch die Unternehmen Petrobras und Odebrecht. Die von Richter Sergio Moro (später ein Minister in der Regierung Bolsonaro, bevor er von diesem entlassen wurde) geleitete Untersuchung geriet durch Medienberichte in Verruf, die kompromittierende Nachrichten zwischen den Staatsanwälten und Richter Moro aufdeckten, und wurde im Februar 2021 offiziell eingestellt. In der Zwischenzeit hatte sie zur Verhaftung zahlreicher PT-Führer und zur Verurteilung Lulas wegen Korruption geführt. (Die Verurteilungen wurden 2021 vom Obersten Bundesgericht aufgrund von Formfehlern aufgehoben).

13 Die 1962 gegründete, ursprünglich prokubanische Kommunistische Partei Brasiliens (PCdoB) hat sich nach ihrer Verurteilung durch Moskau China angenähert. In den Jahren 2002 und 2006 unterstützte sie die Kandidatur von Lula, 2010 die von Dilma Rousseff. 2018 trat Manuela d'Ávila, Abgeordnete der PCdoB im Bundesstaat Rio Grande do Sul, für das Amt als Vizepräsidentin von Fernando Haddad (PT) an. Der PCdoB-Kandidat Flávio Dino wurde 2014 und 2018 zum Gouverneur des Bundesstaates Maranhão gewählt, kündigte aber am 21. Juni 2021 seinen Übertritt zur PSB an.

14 Die Sozialistische Partei Brasiliens (PSB, Mitte-Links) wurde 1947 gegründet. Im Jahr 2018 hat sie in drei Bundesstaaten die Wahl des Gouverneurs unterstützt und zwei Landeshauptstädte, Recife (Pernambuco) und Maceió (Alagoas), erobert. Bei der Präsidentschaftswahl 2014 erhielt ihr Kandidat

21,32 % der abgegebenen Stimmen, und 2018 unterstützte die PSB den PT-Kandidaten Haddad bei der Stichwahl.

15 „Economics are the method; the object is to change the heart and soul.“ Interview von Ronald Butt mit Margaret Thatcher, *Sunday Times*, 3. Mai 1981.

16 Auf dem 7. Kongress der PSOL stellte die Strömung „PSOL Popular“, bestehend aus Primavera Socialista (sozialistischer Frühling) – der wichtigsten Tendenz, der auch der Parteivorsitzende Juliano Medeiros angehört – und aus der von Guilherme Noulos und der MTST (Movimento dos Trabalhadores Sem Teto / Bewegung der obdachlosen Arbeiter) angeführten Revolução Solidária (solidarische Revolution), 167 Delegierte. Die Strömung „PSOL Semente“ (Saatgut) kam auf 61 Delegierte. Sie setzt sich aus verschiedenen Tendenzen zusammen: 1) Resistência (Widerstand, angeführt von Aktivisten der PSTU, die auch die Website Esquerda Online betreiben), 2) Insurgência (Aufstand, Teil der brasilianischen Sektion der Vierten Internationale), 3) Subverta (Subversion, ebenfalls Teil der brasilianischen Sektion der Vierten Internationale), 4) Maloka Socialista (eine Tendenz, die in São Paulo und Minas Gerais aktiv ist), 5) Vamos PSOL (Vorwärts PSOL, eine lokale Gruppe von Pernambuco) und 6) Carmen Portinho (eine lokale Gruppe von Rio de Janeiro). Sie wird weiterhin von unabhängigen Aktivisten unterstützt. Die beiden Strömungen „PSOL Popular“ und „PSOL Semente“ bildeten am Ende des Kongresses die Führungsmehrheit. Zur linken Opposition gehören 1) die MES (sozialistische Linksbewegung, eine Organisation, die mit der Vierten Internationale sympathisiert), 2) Comuna (Kommune, eine Tendenz, die der brasilianischen Sektion der Vierten Internationale angehört), 3) APS (sozialistische Volksaktion), 4) Fortalecer („Stärken“), 5) CST (sozialistische Arbeiterströmung), 6) LS (sozialistischer Kampf), 7) Coletivo Anticapitalistas sowie lokale Gruppen. Diese Opposition, die sich unter anderem für eine Kandidatur PSOL bei der Präsidentschaftswahl 2022 ausspricht, stützte sich auf 173 Delegierte.

17 Siehe vorige Fußnote

DIE PSOL AM SCHEIDEWEG?

■ **Pedro Fuentes**

Nach Trumps Niederlage hat Bolsonaro Brasilien zu einem Flaggschiff für die globale autoritäre Rechte gemacht. Diese ist durch die Niederlage ihres wichtigsten Führers und bei den Wahlen in mehreren europäischen Ländern geschwächt, aber sie bleibt eine gegenwärtige und zukünftige Bedrohung inmitten der sich derzeit entfaltenden Krise der Weltherrschaft.

Aus diesem Grund richten viele, insbesondere demokratisch gesinnte Menschen auf der Welt ihre Augen nun auf Brasilien. Die Proteste gegen Bolsonaro gehen weiter und erlebten am 2. Oktober einen vorläufigen Höhepunkt. Die Chancen sind erheblich gestiegen, dass Bolsonaro aus dem Amt gewählt und durch Lula, der inzwischen frei von gerichtlichen Anschuldigungen ist, ersetzt wird.

Bolsonaro kann und muss aus dem Amt gejagt werden – sei es durch Massenmobilisierungen für eine Amtsenthebung oder durch die Wahl einer künftigen Regierung Lula. Lula liegt derzeit in allen Wahlumfragen vorne und würde mit großem Vorsprung vor Bolsonaro gewinnen.

In breiten demokratischen und linken Kreisen stößt die Aussicht, dass Lula wieder an die Macht kommen könnte, verständlicherweise auf Erwartungen und Sympathie. Die weiter links stehende Avantgarde, die aus den Kämpfen der letzten Zeit hervorgegangen ist, und die antikapitalistischen Kreise richten ihre Erwartungen auch an die „Partei für Sozialismus und Freiheit“ (PSOL). Diese Erwartungen sind miteinander verbunden, auch wenn sie im Fall der PSOL spezifischer sind, da sie zu Recht als eine linkere Alternative angesehen wird, die, obwohl sie kleiner ist als die Arbeiterpartei (PT), im Kampf gegen Bolsonaro ebenfalls Einfluss auf die nationale Politik hat.

Die Tatsache, dass sich beide Parteien in der Opposition befinden, führt dazu, dass weite Kreise die Rolle, die die eine und die andere Partei in der nationalen Politik gespielt haben und in Zukunft spielen werden, in einen Topf werfen. Wir erwähnen das, weil eine Übereinstimmung

im unmittelbaren Ziel nicht die qualitativen Unterschiede beseitigt, die zwischen diesen beiden Parteien bestehen und die in den anderthalb Jahrzehnten seit der Gründung der PSOL deutlich geworden sind, als Luciana Genro, Baba und Heloisa Helena [im Dezember 2013] aus der PT ausgeschlossen wurden, weil sie nicht für die Reform der Renten der öffentlichen Bediensteten gestimmt hatten. (Die Größe der PSOL kann an der Zahl ihrer Mitglieder abgelesen werden, die 200 000 erreicht, wobei es sich eher um Sympathisant*innen handelt.) Sie ist stärker gewachsen als alle anderen Parteien und kann auf einen Block von 9 Abgeordneten [im Bundesparlament] und auf etwa 20 000 aktive Mitglieder zählen.

Der Ausschluss der Radikalen war eine Maßnahme, die im Einklang mit der Politik stand, die die PT während ihrer 15-jährigen Regierungszeit verfolgte. Einige Monate vor der Wahl, die ihm 2002 zum Sieg verhalf, veröffentlichte er [Lula] einen „Brief an das brasilianische Volk“, der in Wirklichkeit ein Brief an die Bankiers war, in dem er versprach, alle Vereinbarungen und Auflagen des IWF zu erfüllen. Und das hat er auch getan. Es war eine Regierung, die von Anfang an hohe Vertreter der Bourgeoisie in ihre Ministerriege aufnahm. Ein großer Sojaproduzent (Roberto Rodrigues) wurde Landwirtschaftsminister, ein ehemaliges Mitglied des internationalen Vorstands der BankBoston (Henrique Meirelles) wurde Präsident der Zentralbank, ein Großindustrieller (Luiz Fernando Furlan) wurde Minister für Entwicklung, Industrie und Außenhandel, und José de Alencar, ein Industrieller aus Minas Gerais war Vizepräsident. In dieser Zeit häufte das Finanzkapital riesige Gewinne an und die Baukonzerne verwandelten sich in brasilianische multinationale Konzerne, die ihre Arme nach Lateinamerika und Afrika ausstreckten. Ein einziger Name sagt alles: Odebrecht, der Baukonzern, das den Bau von Großprojekten in Lateinamerika und einigen afrikanischen Ländern beherrschte und für seine Korruptionspraktiken beim Gewinnen von Ausschreibungen bekannt ist.

Politisch hat die PT sich mit zwei alten bürgerlichen Parteien verbündet, die seit dem Sturz der Diktatur an allen Regierungen beteiligt waren: mit der MDB (Brasilianische Demokratische Bewegung) von Dilma Rousseffs Vizepräsidenten Michel Temer, der später für die Leitung des parlamentarischen Putsches gegen sie bekannt wurde, und mit der [konservativen] Fortschrittspartei (PP), mit denen sich die PT Posten und Pfründe geteilt hat. Über die die von dem Richter Sergio Moro inszenierten Manipulationen, um Lula über das „Lava Jato“⁴¹ zu entrechten, hinaus hat es Korruption in einem derartigen Ausmaß gegeben, dass alle

von jeher mit Lula verbündeten Gouverneure heute vor Gericht stehen oder im Gefängnis sitzen.

Die bis 2011/12 anhaltenden günstigen Umstände für die Exportländer aufgrund der steigenden Rohstoffpreise ermöglichten es den PT-Regierungen, den ärmsten in der Gesellschaft Zugeständnisse zu machen, indem sie ein Nothilfeprogramm mit der Bezeichnung „Bolsa Família“ (Familienbeihilfeprogramm) auflegten, das bedürftigen Familien rund 50 Dollar pro Monat gewährte. Außerdem ermöglichten sie mehr jungen Menschen den Zugang zur Universität. Es waren lindernde Maßnahmen, die mit Beginn der Krise in der Region ein Ende fanden, als sich die Regierung von Dilma Rousseff gezwungen sah, eine wirtschaftliche Anpassungspolitik einzuleiten. Damit begann die Regierung, in Teilen der Massenbewegung an Ansehen zu verlieren.

Die Unfähigkeit, grundlegende Strukturmaßnahmen zu ergreifen, führte zu Desillusionierung, Skepsis und Ablehnung der Methoden einer politischen Kaste, die sich in der Macht mit all ihren Vergünstigungen eingerichtet hat. Dies waren die objektiven Grundlagen, die die Wende [weg von der PT] in der Massenbewegung erklären und den Boden bereiteten für die Suche nach einem Retter, der sich als Systemgegner präsentierte. An diesem Punkt trat Bolsonaro auf den Plan. Verstehen lässt sich das nur, wenn man die Desillusionierung über die Degeneration der PT und deren bürgerliche Regierungsausrichtung in Rechnung stellt. In Brasilien ist das geschehen, was sich in vielen Ländern der Welt in mehr oder weniger ausgeprägter Form ereignet hat: Die extreme Rechte ist an der Macht, nachdem fortschrittliche Regierungen, in die die Arbeiter*innen und das Volk ihre Erwartungen gesetzt hatten, Schiffbruch erlitten haben.

Ein vorkolonialistisches Regime

Was Bolsonaros Vorkolonialismus ausmacht, ist zur Genüge bekannt und muss hier nicht wiederholt werden. Jeder neue Tag, bringt einen neuen Vorgang ans Licht, der die Brasilianer*innen und die übrige Welt verblüfft. Seit seiner Machtübernahme will er ein autoritäres, diktatorisches Regime errichten. Einige seiner hartnäckigsten Anhänger*innen sprechen von „einer Militärregierung unter Vorsitz von Bolsonaro“. Für ihn ist die Armee „seine“ Armee. Bolsonaro ist zwar bei einigen Vorhaben vorangekommen, so z. B. bei der Lockerung der Anforderungen für den Erwerb von („Sport“-)Waffen, aber einen qualitativen Sprung hin zu einem diktatorischen Regime konnte er nicht bewerkstelligen.

Die Regierung ist reaktionär und will über die Auflösung der beiden anderen Gewalten (Justiz und Parlament) einen Regimewechsel herbeiführen. [...] Nach folgenlosen Prahlereien mit einem Staatsstreich auf zwei Großveranstaltungen am 7. September (in Brasília und in São Paulo), auf denen er den Obersten Gerichtshof (STF) scharf angriff, musste Bolsonaro am nächsten Tag einen Rückzieher machen. Es kommt doch manchmal vor, dass Parlament und Justiz ihr eigenes Leben wahren. Will er ein Amtsenthebungsverfahren verhindern, ist er im Parlament auf die Stimmen des Spektrums angewiesen, das in Brasilien „Centrão“ genannt wird, also von rechten politischen Parteien, insbesondere der Fortschrittspartei (PP), die früher eine wesentliche Stütze für die PT-Regierungen war. Diese Abgeordneten unterstützen ihn nicht nur, weil sie rechts sind, sondern auch und vor allem, weil sie wirtschaftliche Vergünstigungen und Millionen für Projekte in ihren Städten erhalten; eine Diktatur, die ihren eigenen Privilegien ein Ende setzen würde, sehen sie nicht gerne. Anders sähe es aus, wenn es eine revolutionäre Situation im Land gäbe, aber davon sind wir weit entfernt.

Die Regierung ist in den Augen des Volkes geschwächt. Umfragen zufolge wird sie noch von 25 % der Bevölkerung unterstützt. Dieser Abwärtstrend verfestigt sich, da die Regierung nichts unternimmt, während die Preise steigen und die Löhne stagnieren. Die Wirtschaftskrise ist spürbar und die soziale Krise ist tief, und in dem Jahr bis zu den Wahlen ist keine Besserung in Sicht. Diese allgemeine passive Ablehnung hat sich jedoch noch nicht in ein energischeres Auftreten der Massenbewegung verwandelt. Die einheitlichen Aktionen der linken Parteien und der Gewerkschaften sind beachtlich, aber es gibt keinen Aufstand der Massen wie in Chile. Das Volk scheint darauf zu warten, dass es ihn an den Urnen schlagen kann, und die Bourgeoisie ist nicht bereit, die Karte der Amtsenthebung zu spielen, auch wenn Teile von ihr sehr unzufrieden sind.

Auch Lula ist nicht auf ein Impeachment aus, sondern zieht es vor, die Regierung sich verschleifen zu lassen, weil er überzeugt ist, dass die Wahlen ihn wieder an die Macht bringen werden. Unberechenbarkeit ist jedoch eines der Markenzeichen von Bolsonaro und dies prägt die Situation. Ein erneuter Vorstoß in Richtung Diktatur könnte dazu führen, dass das „Fora Bolsonaro“ (Bolsonaro raus) direkt in die Tat umgesetzt wird. Wie Roberto Robaina in seinen Aufzeichnungen nach der Kundgebung vom 2. Oktober schreibt: „Der Aktionstag am 2. Oktober läuft auf eine Sackgasse hinaus, auch wenn es ein Sieg war,

dass nach Wochen ohne eine einheitliche nationale Aktion wieder der Schrei ‚Fora Bolsonaro‘ auf den Straßen zu hören war. Dieser Tag könnte die letzte wirkliche Massenmobilisierung gewesen sein, um Bolsonaro durch den Druck der Straße weg zu kriegen, und zugleich die erste Wahlmobilisierung. Oder es könnte ein Neustart sein, ein Wiederanlauf seitens der Straße, um sich Bolsonaros zu entledigen.“² Das ist die Ungewissheit, von der wir sprechen; mit zunehmender Wahrscheinlichkeit haben wir es mit der ersten Option zu tun, es gibt keine Anzeichen für den Ausbruch einer Massenbewegung. Das ist objektiv eine Sackgasse, mit Druck in Richtung einer Lösung über die Wahlen, weil die Massen sich nicht durchsetzen und Lula auf solch eine Lösung setzt. Wir können aber auch hinzufügen, dass nicht nur Lula „auf die Wahlen wartet“, sondern auch die CUT, die ihr angeschlossenen Gewerkschaften und die Strukturen der PT, die die einstige Verbindung zu der Massenbewegung verloren haben.

Dies ist der politische Rahmen, in dem die PSOL ihren 7. Kongress abgehalten hat.

Aktionseinheit und antikapitalistisches Programm

Vor diesem politisch instabilen Hintergrund vertrat die MES die Position, die Initiative zu ergreifen, um Bolsonaro aus dem Amt zu jagen. Die Abgeordneten der MES standen 2019 an der Spitze des ersten Amtsenthebungsverfahrens, das von namhaften Intellektuellen und einer Million Unterschriften unterstützt wurde. Das wurde leider vom Rest der PSOL und von der PT nicht unterstützt. Ein Jahr später wurde eine umfassendere Initiative der Linken nach einem Amtsenthebungsverfahren auf den Weg gebracht; der Teil der PSOL, der die Mehrheit in der Führung stellt, hat wertvolle Zeit verstreichen lassen, um die Partei als Alternative zu präsentieren. Dieser Aktion der MES ist es notabene zu verdanken, dass die PSOL damals als Vorhut und nicht später als Anhängsel der Oppositionsparteien, die Teil des Regimes sind, in Erscheinung getreten ist.

Die MES vertritt die Auffassung, dass neben dieser möglichst breiten Aktionseinheit unter der Losung „Bolsonaro raus“ in Propaganda und Agitation ein antikapitalistisches Programm notwendig ist, d. h. dass man die sozialistische Strategie auch nicht einen Moment lang aufgeben darf. Es geht nicht darum, in der Massenagitation mit dem gesamten Programm zu agieren, sondern mit Übergangslösungen, die von der Massenbewegung angesichts der aktuellen Krise als notwendig empfunden werden. Wir müssen einen Katalog von Losungen auf-

stellen, die den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechen und die nur durch eine Infragestellung des kapitalistischen Systems in bestimmten Bereichen gelöst werden können. Es geht zum Beispiel darum, einen Preisstopp zu fordern, aber wir können uns nicht nur darauf beschränken. Wir müssen Forderungen breit verankern, dass die Krise von den Reichen bezahlt werden muss, also die großen Vermögen besteuert, die Finanzspekulationen gestoppt und die Banken nationalisiert und der Kontrolle durch die Nutzer*innen unterstellt werden müssen, damit die Mittel für den Bau von Sozialwohnungen verwendet werden können. Den Banken ist die Macht zu entreißen, damit sie keine riesigen Gewinne mehr machen und so das Geld in den Bau von Sozialwohnungen fließt. Es muss ein Audit der öffentlichen Schulden geben, und deren Rückzahlungen müssen ausgesetzt werden.

Wenn man an einer Demonstration mit Reformist*innen und Bürgerlichen teilnimmt, ohne dort Losungen zu vertreten, die unseren Charakter als Klassenpartei aufzeigen, werden am Ende unsere Ideen verwässert. Und da die Partei der Antikapitalist*innen (in diesem Fall die PSOL) eine Partei ist, die im Verhältnis zur PT logischerweise eine geringere politische und soziale Reichweite hat, bedeutet der derzeitige Kurs der Leitungs-mehrheit, dass die PSOL am Ende nur als Schwester oder Juniorpartnerin der PT betrachtet werden wird. Damit geht der Charakter der Partei komplett verloren, denn dann ist es nur noch ein Schritt zu der Auffassung, dass das Original doch besser ist als der billige Abklatsch.

Politisch folgerichtig ist die MES zusammen mit dem Linksblock auf dem Kongress für eine unabhängige PSOL mit einer eigenen Kandidatur im ersten Wahlgang eingetreten.

Nur Tote streiten nicht

Der Kongress fand am 25. und 26. September statt. Inzwischen sind die Bilanzen der verschiedenen Strömungen erschienen. Dieser Text basiert auf dem am 26.9. verfassten Beitrag von Roberto Robaina, Leitungsmitglied der MES, mit der Überschrift „PSOL: Eine notwendige Partei im Aufbau“³. Wir haben diesen Text sowohl für die Avantgarde und die Aktivist*innen in Brasilien als auch für die gesamte antikapitalistische Linke, die sich für die Ergebnisse des Kongresses und den künftigen Kurs interessiert, näher verdeutlicht.

Der Kongress wurde in digitaler Form (als Videokonferenz) abgehalten, mit 402 Delegierten aus dem ganzen Land, die fast 51 000 Mitglieder vertraten, die wiederum

auf örtlicher Ebene abgestimmt haben. Auf dem vorigen Kongress, der [im Dezember 2017] abgehalten wurde, als das Land noch nicht von Bolsonaro regiert wurde, waren es noch 27 000 Mitglieder, die auf örtlichen Vollversammlungen die verschiedenen Positionen diskutierten. Vor diesem Kongress gab es nur virtuelle Plenarversammlungen, an denen sich nur 5000 Mitglieder beteiligt haben. Das allein zeigt schon, dass es falsch war, den Kongress unter diesen Bedingungen durchzuführen, und dass es richtig gewesen wäre, ihn zu verschieben, wie es der Linksblock und andere Strömungen gefordert haben. Trotz dieser sehr niedrigen Beteiligung an den Debatten haben sich landesweit 51 000 Mitglieder an den physisch stattfindenden Wahlen beteiligt.

Diese Zahlen zeigen, dass die Partei erheblich wächst und dass ihr Kongress viel repräsentativer und demokratischer hätte sein können, wenn er unter sanitären Bedingungen abgehalten worden wäre, wo die persönliche Teilnahme an lebendigen Plenarsitzungen möglich ist, und nicht die bloße Abgabe eines Stimmzettels; eine solche passive Abstimmung passt zu den Praktiken der bürgerlichen Parteien und der PT. Aber dieses überstürzte Vorgehen unter diesen prekären Bedingungen war eine Folge der Politik der Leitungsmehrheit, die, wie wir später sehen werden, um jeden Preis das Kräfteverhältnis ändern und eine neue Zweidrittelmehrheit (oder von 70 %) in der Parteiführung etablieren wollte.

Eine Bilanz muss unabhängig von den verschiedenen Positionen streng nach den Fakten erstellt werden. Dies war bei der von der Leitungsmehrheit vorgelegten Bilanz nicht der Fall. Auf der offiziellen Website der PSOL (www.psol50.com.br) finden wir nur die mit Mehrheit angenommenen Resolutionen, während es die Pflicht der Leitung gewesen wäre, (gemäß der Praxis der sozialistischen Demokratie und des Marxismus) über die Mehrheits- und Minderheitsvoten zu informieren. Um ein vollständiges Bild von den Abstimmungsergebnissen zu gewinnen, müssen wir die Berichte der verschiedenen Strömungen heranziehen, von denen einige, wie wir sehen werden, mangelnde Objektivität oder Halbwahrheiten aufweisen, um ihre eigenen Positionen zu rechtfertigen.

„Kampf zweier Linien“

In erster Linie spiegelte der Kongress eine lebendige Partei wider, in der eine heftige Kontroverse besteht, die noch nicht vollständig entschieden ist. Auf dem Kongress standen sich zwei Blöcke gegenüber. Ein Mehrheitsblock, der bei der wichtigsten Abstimmung (Unterstützung von Lula

in der ersten Runde) 56 % der Stimmen erhielt, gegenüber 44 % für den antikapitalistischen Block, der sich dafür einsetzte, dass die PSOL in der ersten Runde mit „eigenem Gesicht“ auftreten muss, und der für die Vorkandidatur des Abgeordneten Glauber Braga eintrat, damit in der Öffentlichkeit ein antikapitalistisches Programm aktiv vertreten wird.

Erwähnenswert ist, dass diejenigen, die für die Unterstützung von Lula durch eine linke Front eingetreten sind, keine programmatischen Bedingungen für diese Unterstützung benannt haben. In ihrer Resolution heißt es: „Wir wollen eine linke Regierung, die sich für die sozialen Rechte, die Umwelt, die nationale Souveränität einsetzt ...“. Und es ist die Rede von einem „Ring von Allianzen und der Synthese“, von allgemeinen Formulierungen wie „soziale Gerechtigkeit“, die von jeder Partei der bürgerlichen Mitte wie z. B. der PSDB (Sozialdemokratische Partei Brasiliens), der getreuen Vertreterin der Bourgeoisie von São Paulo, der stärksten im Lande, akzeptiert werden würden. Kein Wort zu Staatsverschuldung, Löhnen und Gehältern, Finanzkapital, Besteuerung der großen Vermögen ... Dabei gab es Strömungen, die vor dem Kongress die Bildung einer von Lula geführten Front von der Aufstellung eines antikapitalistischen Programms abhängig machten, wie die Genoss*innen von Resistência mehrfach geschrieben haben.

Die Mehrheit ist auf dem Kongress mit „Realpolitik“ dahergekommen. Dabei wussten sie natürlich, dass es unmöglich und eine Täuschung ist, dies auch offen so zu benennen. Denn bekanntlich tritt Lula in keiner Weise für ein Programm auch nur minimaler Brüche ein. Er verstieg sich sogar zu der Behauptung, dass „die Besteuerung der großen Vermögen falsch ist, weil sie in Steuerparadiese fließen würden“, als ob nicht laut Crédit Suisse ein Drittel von ihnen schon dort wäre.

Es ist richtig, für eine Politik der Einheitsfront systematisch einzutreten, wann immer es dafür Möglichkeiten gibt; eine gewisse Bereitschaft oder „Haltung im Sinne der Einheitsfront“, wie Trotzki es in seinen Schriften über Deutschland ausgedrückt hat. Andernfalls wird die Massenbewegung in die Irre geführt und es werden verwirrende Signale gesendet, die letztlich die Opportunist*innen stärken. Das ist so, als würde man von der Bananenstaude Orangen erwarten.

Es ist allgemein bekannt, dass Lula keine linke Front will. Er will eine sehr breite Front, die auch Teile der Rechten einschließt. Er hat bereits Schritte in diese Richtung unternommen, und zwar im Nordosten, wo er mit

den Caudillos der MDB und der PP paktiert hat; dabei ist letztere die wesentliche Basis, auf die sich Bolsonaro stützt. Lula ist auf der Suche nach einem bürgerlichen Vizepräsidenten und sondiert daher das Terrain in Richtung von Luiza Trajano, Inhaberin einer der größten Firmen für den Vertrieb von Haushaltsgeräten und für den Online-Handel in Brasilien.

Der linke Block hat ausdrücklich versichert, dass er in der zweiten Runde den Kandidaten unterstützen wird, der gegen Bolsonaro antritt, und wenn das – worauf alles hindeutet – Lula ist, wird er sich mit aller Kraft dafür engagieren. Und wir haben zudem argumentiert, dass wir dann, wenn die Gefahr bestünde, dass der Völkermörder Bolsonaro in der ersten Runde gewinnen würde, die Kandidatur von Lula – allerdings unter Vertretung unserer Standpunkte – unterstützen würden.

Die Position des Blocks stand im Einklang mit dem Auftreten als PSOL mit klarer politischer Identität, um somit antikapitalistische Losungen und ein antikapitalistisches Programm gegen die Folgen der Krise propagieren zu können. Darüber hinaus muss die PSOL, auch wenn dies für uns nicht den gleichen Stellenwert hat, mit ihrem unabhängigen Antritt zur Wahl ihre Kandidat*innen für die nationalen und einzelstaatlichen Parlamente unterstützen. Sie muss die Sperrklausel von landesweit 2 % der Stimmen überschreiten, um als Partei Mittel aus dem Parteienfonds zu erhalten, und in elf Staaten mindestens 1,5 % der Stimmen erhalten. Wenn sie in der ersten Runde in einer Wahlfront kandidiert, wird diese Aufgabe schwieriger.[...]

Obwohl in dieser Resolution die Abstimmung über eine Präsidentschaftskandidatur auf eine Wahlkonferenz, die im April 2022 stattfinden soll, – „eine nationale Konferenz mit den Mitgliedern der Nationalen Leitung, um endgültige Entscheidungen zu treffen“ – verschoben ist, steht diese Formulierung im Widerspruch zur Gesamtrésolution. Sie lässt nämlich nur deswegen ein kleines Fenster offen, damit, wie wir später sehen werden, der Block aus zwei Strömungen, die zusammen die Mehrheit auf dem Kongress bildeten, weiter zusammenhält. In Wirklichkeit ist die Unterstützung für Lula in der ersten Runde bereits angelaufen. Auch wenn einzelne Sektoren sich auf diese kommende Konferenz berufen, um so auf eine angeblich offene Diskussion verweisen zu können, bedeutet die Resolution letztendlich eine Festlegung. Lula ist bereits Kandidat, das ist die unbestreitbare objektive Realität, und die PSOL unterstützt ihn, wie der Vorsitzende der PSOL in seinen ganzseitigen Erklärungen in den beiden wich-

tigsten Zeitungen des Landes, in *Folha de São Paulo* und in *O Globo*, gesagt hat. Darin erklärte er unmissverständlich, die PSOL habe sich für die Kandidatur Lulas im ersten Wahlgang ausgesprochen.⁴

Der erste Schritt zur Regierungsbeteiligung?

Die Stimmabgabe kann für die Marxist*innen bloß ein wichtiges taktisches Problem sein, solange die Prinzipien nicht in Frage gestellt werden. Die Beteiligung an einer Regierung der „konzertierten Aktion“ ist jedoch nicht dasselbe. Hier haben wir es mit einem prinzipiellen Problem zu tun, dem Bruch mit der Klassenunabhängigkeit. Zwischen einem taktischen Votum für das kleinere Übel und dem Eintritt in eine gemeinsame Regierung mit der Bourgeoisie liegt ein erheblicher und qualitativer Unterschied. Eine gemeinsame Regierung mit bürgerlichen Sektoren hat zur Degeneration des Marxismus geführt, was mit der französischen Sozialdemokratie angefangen und sich später auf alle sozialdemokratischen Parteien ausgeweitet hat. Etwas Ähnliches ist mit der Entartung der III. Internationale unter Stalin geschehen: die Beteiligung an sog. Volksfront-Regierungen mit der Bourgeoisie in einem großen Teil der Länder Europas.

Auf dem Kongress wurde die feste Absicht bekundet, bereits in der ersten Runde für Lula zu stimmen und zugleich die Tür für einen Beitritt zu seiner Regierung offen gelassen. Der Mehrheitsblock, der bereits für Lulas Unterstützung in der ersten Runde gestimmt hatte, weigerte sich nämlich, einer Resolution gegen die Beteiligung an einer künftigen Lula-Regierung zuzustimmen, obwohl darin ohne Zweifel die Bourgeoisie vertreten sein wird, wie bereits in den vorherigen Regierungen.

Die 56 %, die für die Unterstützung von Lula in der ersten Runde eingetreten waren und gestimmt hatten, legten einen allgemeinen Antrag vor, in dem es heißt: „Wir bekräftigen die Position, uns an keiner Regierung zu beteiligen, in denen rechte Parteien vertreten sind, oder die die Arbeiter*innenklasse attackieren und eine neoliberal-konservative Agenda und/oder eine autoritäre Politik vertreten.“ Eine Minderheit in diesem Fall von 43 % (ein Delegierter hat in diesem Fall nicht mit der Minderheit gestimmt) drückte die Dinge unzweideutig aus: „Keine Beteiligung an einer Regierung Lula.“ Die Resolution, die der Mehrheitsblock verabschiedet hat, ist von einer abstrakten Allgemeinheit, die eine Beteiligung an einer Lula-Regierung eben nicht ausschließt. Man bräuchte nur sagen, dass die Regierung Lula keine Regierung der Rechten sein wird und das wird es dann gewesen sein. Natürlich wird eine

Regierung Lula keine offen rechte Regierung sein, es wird eine Regierung der Mitte sein, um einen Begriff aus der Zeit der französischen Revolution zu verwenden, aber vom sozialen Standpunkt aus wird es eine Regierung mit der Bourgeoisie und für die Bourgeoisie sein, ob nun sehr weit rechts oder nicht ganz so rechts. Wir haben bereits gesagt, dass Lula und seine erste Regierung „sozialliberal“ waren, und es spricht nichts dafür, dass sich daran etwas ändern wird. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand. Die Tür zur Beteiligung ist ein Stück weit offen, wie die Mehrheit des Blocks, der auf dem Kongress die Mehrheit hatte, das will.

Die Mehrheit – ein Block aus zwei Strömungen

Aber warum hat die Mehrheit für etwas so abstrakt Allgemeines gestimmt? Diese Formulierung hat es dem gesamten Block ermöglicht, sich bei allen Abstimmungen einheitlich zu verhalten. Der Mehrheitsblock setzt sich aus zwei verschiedenen Gruppierungen zusammen. Auf der einen Seite gibt es den Block PSOL-Popular mit den Tendenzen „Primavera Socialista“ von Ivan Valente und dem wiedergewählten Vorsitzenden Juliano Medeiros und „Revolução Solidária“, die Strömung von Guillermo Boulos, dem führenden Kopf der MTST (Movimento dos Trabalhadores Sem Teto, Bewegung der obdachlosen Arbeiter).

Primavera ist eine Strömung, die zwar ihren Ursprung im Marxismus hat, aber seit ihrer Zugehörigkeit zur PT für ein „volksdemokratisches“ und nicht für ein antikapitalistisches Programm eintritt. Bis zum „Mensalão-Skandal“ von 2005 (einem System von monatlichen Zahlungen, die die PT-Regierung den Abgeordneten der Mitte und der rechten Mitte gewährte, damit sie deren Stimme in der Abgeordnetenversammlung bekommt) war „Força Socialista“ (wie sich die Strömung Primavera damals nannte) Teil der PT-Regierung und hatte hohe Positionen im Bildungsministerium inne. Jetzt leiten Genoss*innen von Primavera das Bürgermeisteramt von Belém, ohne eine Politik zu betreiben, die sich von der des Gouverneurs unterscheidet, der der Partei MDB von Michael Temer angehört.

Revolução Solidária vertritt ein Programm für solidarische gemeinschaftliche Aktionen: „Solidarität oder Tod, die Solidarität muss die Gesellschaft grundlegend neu ausrichten etc.“ Für eine soziale Bewegung wie die MTST, die zur Mobilisierung für die Obdachlosen oder schlecht Behauseten aufruft, mag das ausreichen, aber für eine politische Strömung innerhalb der PSOL ist dies noch blasser als das ursprüngliche Programm der PT. Primavera stellte 26 % der Delegierten, die Tendenz von Boulos etwa 18 %.

Die andere Gruppierung, die Teil des Mehrheitsblocks

ist, nennt sich PSOL Semente und besteht aus zwei Strömungen, die zur IV. Internationale gehören (Insurgência und Subverta), sowie Resistência, eine Abspaltung von der PSTU und zugleich die Organisation mit den meisten Delegierten von diesen drei Tendenzen; zusammen erhielt Semente etwa 12 % (hinzu kamen einige Stimmen von viel kleineren Gruppierungen). Semente war bei sämtlichen Abstimmungen das Zünglein an der Waage. Aber bei keiner Abstimmung auf dem Kongress handelten sie unabhängig, auch nicht im Exekutivkomitee.

In unserem Block „Für eine unabhängige PSOL“ ist die MES (Movimento Esquerda Socialista, eine sympathisierende Organisation der IV. Internationale, die 21 % der Delegierten stellte) die größte Kraft. Außerdem gehörten diesem Block an: APS (Ação Popular Socialista, 5 %), Comuna (ebenfalls Mitglied der IV. Internationale, weitere knapp 5 %) und andere Strömungen, die gemeinsam bei der politischen Abstimmung 44 % und bei der Leitungswahl 43 % auf sich vereinigten.

Eine lebendige Partei

Aus dem Verlauf des Kongresses ergeben sich wichtige Elemente.

Erstens handelt es sich um eine lebendige Partei, in der es keine konsolidierte, strukturierte und homogene Mehrheit gibt, die die Parteistrukturen leicht beherrschen würde. Die 44 % bedeuteten, dass die MES-Genossin Mariana Riscali weiterhin das Amt der Schatzmeisterin der Partei innehat, den zweitwichtigsten Posten in der Führung der PSOL.

Eine zweite Schlussfolgerung ist, dass es eine Kraft gibt, die nicht an einer sozialistischen Strategie festhält, sondern an der Ausweitung der demokratischen Räume und der Beteiligung an den Institutionen (Primavera und Revolução Solidária), und die weniger als die Hälfte der Partei ausmacht.

Andererseits geht aus der Analyse hervor, dass die Organisationen, die sich selbst als trotzkistisch verstehen, gespalten sind. Die vier Organisationen der Vierten Internationale in Brasilien, die große Bedeutung innerhalb der Weltorganisation haben, vertraten in der entscheidenden Regierungsfrage unterschiedliche Positionen. Subverta und Insurgência sowie Resistência bekennen sich alle weiter zum revolutionären Marxismus. Wir glauben aufrichtig, dass die Politik von Semente ein Kompromiss mit dem Sektor war, der bereits beschlossen hat, in die künftige Regierung einzutreten (Primavera und Revolução Solidária), um die internen Spannungen zu überwinden, innerhalb

des Mehrheitsblocks zu verbleiben und eine Spaltung zu vermeiden, indem sie weiter im Leitungsapparat der PSOL verbleibt.

Wir sagen, dass wir es mit einer lebendigen Partei zu tun haben, weil wir glauben, dass das letzte Wort zu dem entscheidenden Problem der Beteiligung an einer zukünftigen Regierung noch nicht gesprochen ist. Und weil wir die große Erwartung, ja fast die Gewissheit haben, dass Semente den Verlockungen einer Regierungsbeteiligung nicht erliegen wird. Dass sich nicht wiederholen wird, was mit Democracia Socialista geschah, der Organisation der Vierten Internationale in Brasilien, die 2003 Ministerposten in Lulas erster Regierung übernahm. Damals gab es programmatische Vorbehalte, so dass ein Sektor [von DS] diese Politik zusammen mit der Leitung der Vierten Internationale ablehnte und sich an dem Aufbau der PSOL beteiligte. Wir hoffen, dass das Banner der politischen Unabhängigkeit erhalten bleibt und dass die PSOL daher neue Entwicklungen und neue Zeiten erleben kann, so dass ihre Identität erhalten bleibt und sie als antikapitalistische Partei weiterbesteht, um weiterhin als Bezugspunkt für den Aufbau von unabhängigen Alternativen und die Weiterentwicklung der bereits bestehenden agieren zu können.

Bei den letzten Absätzen mag es so erscheinen, als handele sich hier um einen Text, der nur für Mitglieder der Vierten Internationale bestimmt ist. Das ist nicht unsere Absicht. Die Avantgarde in Brasilien muss wissen, welche Rolle die einzelnen Organisationen gespielt haben und weiterhin spielen, aber die PSOL besteht nicht nur aus ihnen; sie ist eine breite antikapitalistische Bewegung, und wir setzen darauf, dass das auch weiter so sein wird. Wir brauchen so eine Bewegung und sie sollte in möglichst vielen Ländern aufgebaut werden.

————— **Pedro Fuentes** stammt ursprünglich aus Argentinien und war dort in der PST (Partido Socialista de los Trabajadores) aktiv, bis er 1976 nach Brasilien ins Exil gehen musste. Er wurde zu einem führenden Mitglied der 1999 gegründeten MES (Movimento Esquerda Socialista, Bewegung der Sozialistischen Linken), die zunächst eine Strömung innerhalb der Arbeiterpartei (PT), dann von Anfang an Bestandteil der 2004 gegründeten Partei für Sozialismus und Freiheit (PSOL) war. Pedro Fuentes war viele Jahre lang Sekretär für internationale Beziehungen der PSOL; er setzte sich für die (Wieder-)Integration der MES in die Vierte Internationale ein, die auf dem 17. Weltkongress (2018) als sympathisierende Organisation anerkannt wurde.

Übersetzt aus dem Kastilischen von Wilfried

Quelle: <https://fourth.international/es/america-latina/384>.

1 Operação Lava Jato – (auf Deutsch etwa: Operation Autowäsche oder Hochdruckreiniger), auch Caso Lava Jato (Autowasch-Affäre), ist ein Korruptionsskandal, bei dem es um viele Milliarden geht. Seit dem 17. März 2014 leitet der zuständige Staatsanwalt beim Bundesgericht in Curitiba im südbrasilianischen Bundesstaat Paraná die Ermittlungen und Verfahren zur Aufklärung eines Skandals, bei dem der halbstaatliche Konzern Petrobras und verschiedene Bauunternehmen im Mittelpunkt stehen. Sehr ausführlich: https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Lava_Jato (Anm. d. Übers.).

2 Roberto Robaina, „Por que os atos de 2 de outubro não ganharam a escala dos milhões“, <https://movimentorevista.com.br/2021/10/por-que-os-atos-de-2-de-outubro-nao-ganharam-a-escala-dos-milhoes/>.

3 Roberto Robaina, „PSOL, um partido necessário e em construção“, <https://movimentorevista.com.br/2021/09/psol-um-partido-necessario-e-em-construcao/>; auf Englisch: „PSOL, a necessary party under construction“, *International Viewpoint*, Nr. 561, <https://internationalviewpoint.org/spip.php?article7331>.

4 <https://www1.folha.uol.com.br/poder/2021/09/psol-reforca-tendencia-de-apoiar-lula-e-diz-esperar-generosidade-de-partidos-por-boulos-em-sp.shtml>.



NATUR, STAAT UND LEBEN

Warum haben Linke so Mühe, die Pandemie zu verstehen?

■ **Christian Zeller**

■ Zum Jahreswechsel blicken wir auf zwei Jahre Pandemie zurück. Zu Beginn der Pandemie im März 2020 argumentierten Verena Kreilinger und ich in unserem ersten Diskussionsbeitrag¹, „dass die Coronakrise ein historisches Ausmaß globaler Reichweite annehmen wird. Die Gewissheiten, die unsere Gesellschaften seit 1945 kennen, werden der Vergangenheit angehören. Die anrollende Wirtschaftskrise wird brutale Verteilungskämpfe mit sich bringen und große geopolitische Verschiebungen begünstigen. Die Gesundheitskrise und die Wirtschaftskrise entwickeln sich im Kontext der sich rasch verschärfenden globalen Klimakrise. Das Zusammentreffen dieser Krisenprozesse wird zu überraschenden Brüchen, Einschnitten und Zusammenbrüchen führen und zugleich solidarische Verhaltensweisen hervorrufen und neue Widerstandspotentiale ermöglichen.“ Wir stellten aber auch fest, dass „diese Krise auf politisch und organisatorisch komplett unvorbereitete emanzipatorische Bewegungen [trifft]. Noch bis Mitte März haben viele kritische Zeitgenoss*innen die Corona-Krise ignoriert, verharmlost, sich lustig über besorgte Menschen gemacht und haben die Maßnahmen der Regierungen nur unter dem Blickwinkel individueller Freiheitsrechte betrachtet. Das sind unverzeihliche Fehler.“

Die zwei Jahre Pandemie haben in der Tat tiefe Spuren in die Wege gefahren und etliche linke Zusammenhänge auseinandergerissen. Dem Zynismus der Regierungen, die von Anfang an viele Tote eingeplant haben, setzten linke Organisationen und Gewerkschaften bis heute eigentlich

nur ihre Ratlosigkeit entgegen. Schlimmer: Nicht wenige kritische Intellektuelle kritisieren die Regierungen nicht wegen ihrer ungenügenden Maßnahmen gegen das Sterben, sondern werfen den Regierungen vor, die Pandemie zu übertreiben. Sie befinden sich damit auf derselben Seite wie jene Vertreter*innen des Kapitals, die möglichst wenig Einschränkungen wollen.

Ein Virus als Vorwand zur Durchsetzung eines autoritären Regimes?

Die Verharmlosung der Pandemie bediente sich unangemessener und absurder Vergleiche. Verkehrstote, Tabaktote, Malariatote, Klimatote mussten auch in linken Zeitungen dafür herhalten, die an Covid-19 verstorbenen Menschen zur relativieren.² Waren diese Vergleiche von Anfang an absurd, weil sie die exponentielle Ausbreitung des Virus nicht berücksichtigten, so zeigt sich nach zwei Jahren Pandemie mit weltweit gemäß offiziellen Angaben 5,4 Millionen Toten der ganze Irrsinn solcher Vergleiche. Eine Auswertung nationaler Übersterblichkeitsstatistiken lässt Schätzungen des Economist, wonach die Pandemie bereits zwischen 11,6 und 21,6 Millionen Tote gefordert hat, realistischer erscheinen als die offiziellen Angaben.

Bereits früh haben Hannes Hofbauer und Andrea Komlosy die Pandemie als Propaganda-Produkt der Regierungen im Dienste eines neuen informationsbasierten biotechnisch-pharmazeutischen Komplexes abgetan.³ Hofbauer wiederholte diese Einschätzung oft und betrieb

systematisch den politischen Schulterschluss mit tendenziell reaktionären Kreisen. Der kritische Staatstheoretiker Joachim Hirsch will in der Pandemiepolitik der Regierungen primär ein autoritäres Projekt erkennen.⁴ Alex Demirovic, Fellow des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, plädierte für eine Güterabwägung zwischen einschränkenden Maßnahmen und den durch diese verursachten Kollateralschäden.⁵ Wie sich lineare und exponentielle, physische und psychische, materielle und immaterielle gleichnamig machen und vergleichen lassen, blieb er allerdings schuldig. Thomas Rudhof-Seibert mochte die „Einschränkung der freien Bewegung“ und die „Einschränkung der freien Begegnung“ zur Verteidigung des „bloßen Lebens“ nicht akzeptieren, dafür aber den Tod vieler Menschen.⁶ Die gerne mit marxistischen Begriffen argumentierende Feministin Tové Soiland⁷ übernahm direkt die reaktionäre Position der Great Barrington Declaration⁸, die forderte, man müsse die vulnerablen Gruppen der Bevölkerung schützen und ansonsten die Ansteckungen bis zur Herdenimmunsierung durchraschen lassen. Hätten sich die Regierungen auf diese verrückte Vorstellung eingelassen, hätten wir alleine in Europa Millionen von Toten mehr. Soiland verstieg sich zur Behauptung die Lockdowns dienten dazu, einem neuen Reproduktionsregime zum Durchbruch zu verhelfen.

Derart dumme Interpretationen können wohl nur entstehen, wenn man einerseits meint, die eigene „Staatstheorie“, „Demokratietheorie“, „feministische Ökonomie“ oder gar „Weltsystemtheorie“ sei relevanter als die Gesetze der Evolution. Den Vertreter*innen dieser Vorstellungen ging die Empathie für die Erkrankten und die Arbeiter*innen im Gesundheitswesen sowie überhaupt die Wahrnehmung für das Leid in unseren Krankenhäusern und die Auslöschung unzähliger Menschen in den armen Ländern abhanden. Diese Autor*innen blenden das Leid und die Millionen von Toten entweder aus oder nehmen diese gewissermaßen als naturgegeben hin. Die Verteidigung der angeblich bedrohten bürgerlichen Demokratie und individuellen „freien Bewegung“ wiegt ihnen schwerer.

Daher erstaunt es nicht, dass bekannte „Linkskonservative“, „Linksliberale“ und sogar „Sozialist*innen“ sowie etliche linke Gruppierungen sich wiederholt gegen Maßnahmen aussprachen, die dazu beitragen, die Infektionen zu reduzieren. Anstatt den Regierungen, die sich primär um die Aufrechterhaltung der Kapitalzirkulation und Mehrwertproduktion sorgten, entgegenzutreten,

argumentierten diese Kreise zumeist mit einem abstrakten und individualistischen Freiheitsverständnis.

Krankenhäuser zur Pandemiebekämpfung

Nicht wenige Linke beschränken sich darauf, den *Ausbau der Gesundheitsversorgung* und die Aufhebung der Impfstoffpatente zu fordern. „Wir kamen zu der Ansicht, und sind es bis heute, dass ein gut ausgebautes Gesundheitssystem einen Lockdown nicht nötig hätte werden lassen.“ Mit dieser Aussage leugnet Tové Soiland, dass auch Menschen bei bester Pflege und Behandlung an Covid19 sterben „Es ist nicht das Virus, sondern der permanente Pflegenotstand, der tötet.“⁹ Wer so argumentiert, schließt sich grundsätzlich der Politik der Regierungen an, die Krankenhausbelastungen als Kriterium zur Ergreifung von Maßnahmen herbeiziehen. Der Unterschied besteht nur darin, dass diese Kritiker*innen, ebenso wie die Reaktionäre der Corona-Verharmloser*innen, die Zahl der akzeptabel erkrankenden Menschen zynischer Weise noch höher ansetzen als die Regierungen.

Selbstverständlich sind gute Krankenhäuser mit guten Arbeitsbedingungen und geleitet unter demokratischer Beteiligung der Beschäftigten sowie freier Zugang zur Impfstoffproduktion zentrale Anliegen. Doch auch die besten Krankenhäuser tragen nicht dazu bei, die Pandemie zu beenden. Mit mehr und leistungsfähigeren Krankenhäusern würde man noch mehr Menschen erkranken und sterben lassen. Die Kapazität der Krankenhäuser hat mit der Ausbreitungsdynamik des Virus nur am Rande zu tun. Unter den herrschenden politischen Kräfteverhältnissen würden leistungsfähigere Krankenhäuser bedeuten, dass die Schwelle der von den Regierungen noch akzeptierten Erkrankungen noch höher wäre. Damit würden aber auch mehr Menschen sterben. Die Pandemie hat ursächlich mit der Kapazität der Krankenhäuser nichts zu tun, sondern mit der Ausbreitungsdynamik eines Virus. Und diese Dynamik gilt es zu brechen und zwar durch gesamtgesellschaftliche massive Reduktion der Kontakte sowie durch eine möglichst vollständige Impfung der Bevölkerung. Das ist das kleine Einmaleins der Pandemiebekämpfung.

Krankenhäuser sind nicht dafür da, dass sie optimiert mit Menschen gefüllt werden. Sie müssen vielmehr eine allgemein gute Versorgung garantieren und viele freie Reserven haben. Gemäß dem Grundsatz der Prävention geht es darum Ansteckungen, Erkrankungen und Sterbefälle zu verhindern, nicht auf einem bestimmten Niveau einzupendeln und die Beschäftigten in den Krankenhäu-

sern zum unmenschlichen Management der Pandemie zu degradieren.

Natur, Staat und fehlende Alternativen

Das Unverständnis vieler kritischer Autor*innen gegenüber der Pandemie lässt sich auf drei grundsätzliche Probleme zurückführen.

Das erste Problem: Zunächst ist das mangelnde Verständnis gegenüber Prozessen der *Natur* und des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der *Natur* zu nennen.¹⁰ Das SARS-CoV-2 Virus ist Teil der *Natur* und folgt den Gesetzen der Evolution und Ökologie. Das Virus ist auf Wirtszellen angewiesen, um sich zu vermehren. Es muss rasch auf den nächsten Menschen überspringen und zwar bevor das Immunsystem des infizierten Menschen es unschädlich macht. Das Virus verbreitet sich in Lebewesen. Die Pandemie ist hingegen gesellschaftlich produziert. Sie ist Ergebnis und Ausdruck des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der *Natur*. Zahlreiche biologische Studien zeigen, dass die Häufigkeit von Zoonosen zugenommen hat. In funktionierenden Ökosystemen regulieren sich die Tiere, die als Wirte von Viren dienen können, in einem komplexen System gegenseitig, beispielsweise über Nahrungsketten, und halten sich somit gegenseitig in einem gewissen Gleichgewicht. Die durch die kapitalistische Expansion getriebene Erschließung neuer Gebiete, die Entwaldung, großflächige Landnutzungsänderungen und die Zerstörung von Ökosystemen begünstigt, dass Viren von Tieren auf Menschen überspringen. Auch die industrielle Landwirtschaft fördert die Ausbreitung von Viren unter den massenhaft gehaltenen Tieren, was ebenfalls Zoonosen begünstigt¹¹. Die Erderhitzung und die durch sie bewirkten Veränderungen der Landschaften können zudem Ökosysteme derart verändern, dass Tiere in andere, dichtbesiedelte Lebensräume ausweichen.

Ein Virus verbreitet sich über die Menschen, die sich mit globalen Logistikketten und Verkehrsströmen bewegen, über den ganzen Globus.¹² Das zur rastlosen und endlosen Zirkulation gezwungene Kapital saugt nicht nur die menschliche Arbeitskraft in den Produktionsprozess ein, sondern zwingt die Gesellschaft auch zu einem irrationalen Stoffwechsel mit der *Natur*. Zoonosen und die Ausbreitungsdynamiken von Viren sind Teil dieses gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der *Natur*.

Ein Aspekt dieser gegenseitig verschränkten Prozesse ist das exponentielle Wachstum der Virusausbreitung, sobald die Reproduktionszahl über 1 liegt. Viele Prozes-

se in der *Natur* vollziehen sich nicht linear oder kontinuierlich, sondern exponentiell oder ruckartig. Gerade in Gesellschaften, die sich scheinbar eine lange Zeit nur graduell verändert haben, fällt es schwer exponentielle Prozesse zu verstehen. Vergleicht man die exponentielle Virusausbreitung mit linearen Prozessen, kommt man grundsätzlich zu irreführenden Schlussfolgerungen.

Ein dialektisches Verständnis der miteinander verbundenen Wirkungen von Naturgesetzen und gesellschaftlichen Prozessen hilft, einer Pandemie durch entschlossenes gesellschaftliches Handeln entgegenzutreten. Die Dynamik der Pandemie offenbart aber auch, dass sich die Naturgesetze der Evolution und die gesellschaftlichen Widersprüche nicht technokratisch auf eine bestimmte Temperatur einstellen lassen, wie das sowohl die Regierungen als auch viele Linke gehofft hatten. Solange keine genügend wirksamen Impfstoffe existieren, lässt sich eine Pandemie nur durch nicht-pharmazeutische, also gesellschaftliche Maßnahmen, beenden.

Das zweite Problem: Ein aus den gesellschaftlichen Verhältnissen losgelöster Blick auf den *Staat* führt zu weiteren Fehlschlüssen. Wer die Welt nur durch eine Brille anschaut, die den autoritären Staat durchschimmern lässt und alles andere ausblendet, bekommt notgedrungen die Prozesse der *Natur* und die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nur eingeschränkt mit. Wer die Politik als Manöver und den *Staat* als Plattform dunkler Mächte interpretiert, vermag nicht nur Naturgesetze und gesellschaftliche Widersprüche nicht zu verstehen, sondern riskiert geradezu einem Staatsfetisch zu erliegen.

Viele kritische Beobachter*innen und linke Aktivist*innen verstehen nicht, dass die grundlegenden Aufgaben des bürgerlichen Staates in der Aufrechterhaltung der Akkumulationsbedingungen des Kapitals und der ständigen Legitimation der bestehenden Herrschaftsverhältnissen liegen. Je nach politischen Kräfteverhältnissen geht die herrschende Klasse dafür allerlei Kompromisse ein. Das gilt auch für Pandemiepolitik. Die Regierungen ergriffen Maßnahmen zur Virusausbreitung zumeist dann, wenn aus der Bevölkerung, dem Wissenschaftsbetrieb und den Medien ein entsprechender Druck entstand. Sie verfolgten nicht einen autoritären Plan, sondern nahmen Zuflucht zu autoritären Maßnahmen, wenn die Eigendynamik der Pandemie und die gesellschaftlichen Widersprüche, beispielsweise der Notstand in den Krankenhäusern, ihnen aus den Händen zu geraten drohte.

Im Sinne der Aufrechterhaltung der Akkumulationsbedingungen und der politischen Stabilität haben sich

gerade die Regierungen in den deutschsprachigen Ländern vergleichsweise gut durch die pandemischen Herausforderungen hindurch manövriert. In der Ausrichtung ihrer Strategien vergleichen die Herrschenden unterschiedliche Szenarien, die ihnen eigene Fachleute und die Wissenschaftswelt zur Verfügung stellen. Sie wissen was sie tun. Sie planen bewusst und zynisch eine große Anzahl Opfer und die übermenschliche Belastung der Beschäftigten in den Krankenhäusern in ihren Kalkülen ein. Die Vertreter*innen der Kapitalinteressen in der Schweiz sprechen diesen „trade off“ zwischen Opfern und Maßnahmen ziemlich offen aus. Mit den verhältnismäßig geringen Beeinträchtigungen der Kapitalakkumulation sehen sie sich in ihrer Politik bestätigt. Ihr Kalkül würde erst dann nicht aufgehen, wenn sich ihnen ein zu großer gesellschaftlicher Widerstand entgegenstellen würde.

Wenn Linke sich darauf beschränken, die Staaten und Regierungen für relativ beschränkte Grundrechtseinschränkungen zu kritisieren, allerlei autoritäre Manöver anzuprangern und sich zu historisch absurden Faschismusvergleichen hinreißen lassen¹³, zielen sie am Kern der Sache vorbei. Es geht vielmehr darum die Rolle des Staates als ideeller Gesamtkapitalist zu erkennen und einen gesellschaftlichen Widerstand gegen eben diesen Kern zu organisieren. Wer die Pandemie relativiert oder gar für harmlos erklärt, stellt sich unweigerlich auf die Seite des Kapitals statt auf die des Lebens.

Das dritte Problem resultiert aus einer Verinnerlichung der Niederlage und einer Verfestigung neoliberaler Denkweisen. Das erste Mal seit Jahrzehnten, eigentlich seit dem Zweiten Weltkrieg, werden bislang als sicher geglaubte Zustände unsicher, und zwar bis in die Gestaltung des Alltags hinein. Das mündet in eine tiefe und weitreichende Verunsicherung. Auch linke „Individualist*innen“ müssen sich dem „Kollektiv“ bzw. dem gesellschaftlich sinnvollen Verhalten (Abstandsregeln, Maske etc.) einordnen. Das mag auch ein wesentlicher Aspekt sein, warum das Kleinbürgertum verrücktspielt. Für große Teile der Lohnabhängigen ist Unterordnung und Einordnung in die Zwänge des kapitalistischen Unternehmens gelebter Alltag. Doch für viele liberale und linke Intellektuelle ist das eine neue Erfahrung, die Angst macht.

Weite Teile der Linken haben letztlich liberale herrschaftsförmige Abwägungsprozesse verinnerlicht. Das verleitet sie dazu, mechanische Gegenüberstellungen anzustellen. Die Beispiele sind zahlreich: Lockdown versus individuelle Freiheit, individuelle Bewegungsfreiheit versus Erhalt eines unfreien Lebens, physische Erkrankung

versus psychisches Leiden durch Lockdown, Corona-Tote versus „Kollateralschäden“ der Maßnahmen, Impfen versus nicht-pharmazeutische Maßnahmen, Kosten des Lockdowns versus Erkrankte und Tote, Industriearbeit versus Care-Arbeit. Dieses Vorgehen ist in der neoklassischen Ökonomie beispielsweise mit dem Konzept des Pareto-Optimums normal. Doch auch gestandene marxistische Politikwissenschaftler griffen mit solchen Gedankengängen in die Debatten ein und kamen damit zu absurden Schlussfolgerungen.¹⁴

Hinter derartigen Abwägungen steht der Glaube, es sei aussichtslos die Kräfteverhältnisse wirklich zu verändern. Das lässt beispielsweise Thomas Rudhof-Seibert im bereits zitierten Artikel den Tod relativieren und das scheinbar entleerte Leben unter den gegenwärtigen Verhältnissen geringerschätzen.

Ironischerweise wird dabei die emanzipatorische und radikale Alternative „Leben statt Kapital“ oder in der Sprache von Rosa Luxemburg „Sozialismus oder Barbarei“ entsorgt. Diese radikale Gegenüberstellung sprengt das Korsett der bestehenden Ordnung. Sie lässt die geschichtliche Entwicklung offen und betont nicht nur den emanzipatorischen Imperativ, gegen *alle* Verhältnisse zu kämpfen, die den Menschen ausbeuterische und diskriminierende Bedingungen auferlegen, sondern auch dessen Verwirklichbarkeit.

Tragisch ist, dass es die Linke und die Gewerkschaften auch in dieser vierten bzw. fünften Pandemiewelle abermals verpassen, sich unmissverständlich, bedingungslos und wirksam auf die Seite der Gesundheit und des Lebens zu stellen und damit das Kapital und dessen Herrschaft infrage stellen. Nur eine großräumig koordinierte radikale Niedriginzidenzstrategie und zwar verschränkt mit einer weltweiten solidarischen Impfkampagne ermöglicht eine solidarische und emanzipatorische Perspektive. Das ist die Orientierung der ZeroCovid-Initiativen. Solange nicht mindestens 90 % Bevölkerung immunisiert sind, durch Ansteckung oder Impfung, wird die Pandemie weitergehen. Da die Evolution Viren mutieren lässt, können neue Virusvarianten die Immunisierung allerdings mehr oder weniger erodieren lassen.

31. 12. 2021

Christian Zeller lehrt Wirtschaftsgeographie und Global Studies an der Universität Salzburg. Er publizierte zu global ungleicher Entwicklung, Bedeutungszunahme des Finanzkapitals, Inwertsetzung der Natur und Stadtentwicklung. Er setzt sich für eine transnationale ökosozialistische Bewegung von unten ein.

- 1** Verena Kreilinger und Christian Zeller: Corona-Pandemie – eine historische Wende. Gesundheitswesen gesellschaftlich aneignen, Produktion kurzzeitig und geplant runterfahren! 21. März 2021 <http://www.oekosoz.org/2020/03/corona-pandemie-eine-historische-wende/>
- 2** Nur drei Beispiele für derartige absurde Vergleiche: Soiland, Tové: Der permanente Pflegenotstand. *Neues Deutschland*. 4. Juni 2021. Albrecht Kieser: Corona und (k)ein Ende? Vom Versagen der Kritik. *Sozialistische Zeitung*, November 2020.
- 3** Hofbauer, Hannes und Komlosy, Andrea (2020): Corona-Panik. Schrittmacher einer kybernetischen Wende. *Lunapark21*, 21. Juli 2020 <https://www.lunapark21.net/corona-panik>
- 4** Hirsch, Joachim (2021): Angst und Herrschaft – Einige staatstheoretische Überlegungen*. *Links-netz*. 8. März 2021. <http://wp.links-netz.de/?p=481> . Hirsch, Joachim (2021): Was ist aus der Linken geworden? *Links-netz*. 7. November 2021. <http://wp.links-netz.de/?p=520>.
- 5** Demirovic, Alex: Über die Null hinaus denken. Zur Kritik des Aufrufs #Zero Covid *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*. Januar 2021. <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/ueber-die-null-hinaus-denken/>
- 6** Rudhof-Seibert, Thomas: Wann hört das endlich alles auf und wie soll es weitergehen? Was unter Corona links sein könnte. *Neues Deutschland*. 1. Januar 2021. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1146457.coronavirus-wann-hoert-das-endlich-alles-auf.html>.
- 7** Soiland, Tové: Alle Räder stehen still? Zero Covid vernachlässigt die Erkenntnisse der feministischen Ökonomie sträflich. *Neues Deutschland*. 5. Februar 2021. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1147969.zero-covid-alle-raeder-stehen-still.html>.
- 8** Kulldorff, Martin; Gutpa, Sunetra und Bhattacharya, Jay (2020): *The Great Barrington Declaration*. October 4, 2020,. <https://gbdeclaration.org/>
- 9** Soiland, Tové: Der permanente Pflegenotstand. *Neues Deutschland*. 4. Juni 2021. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1152848.pflege-der-permanente-pflegenotstand.html>. Zugriff 29. Dezember 2021
- 10** Marx, Karl (1867): *Das Kapital, Erster Band*. Karl Marx-Friedrich Engels-Werke (MEW) Band 23. 1988. Berlin: Dietz Verlag, S. 192; Marx, Karl (1894): *Das Kapital, Dritter Band*. Karl Marx-Friedrich Engels-Werke (MEW) Band 25. 1988. Berlin: Dietz Verlag, S. 821
- 11** Wallace, Rob (2020): *Was COVID-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat*. Köln: Papyrossa Verlag
- 12** Kreilinger, Verena; Wolf, Winfried und Zeller, Christian (2020): *Corona, Krise, Kapital. Plädoyer für eine solidarische Alternative in Zeiten der Pandemie*. Köln: Papyrossa, S. 137ff
- 13** Hannes Hofbauer: Der Alpenfaschismus. Rubikon, 30. Oktober 2021 <https://www.rubikon.news/artikel/der-alpenfaschismus>
- 14** Demirovic, Alex: Über die Null hinaus denken. Zur Kritik des Aufrufs #Zero Covid *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*. Januar 2021. <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/ueber-die-null-hinaus-denken/>

ZEMMOUR – DAS PRODUKT EINER RECHTSENTWICKLUNG

Wie konnte es dazu kommen, dass ein faschistoid gewirktes Aushängeschild eines ultrarechten Medienimperiums zu einem Präsidentschaftskandidaten wird, der von vielen Mainstream-Medien beweihräuchert wird? Was veranlasst Zemmour, auf rechtsextremem Terrain zu wildern und dem durch seine jüngste Wahlniederlage geschwächten und intern zerrissenen Rassemblement National Konkurrenz zu machen?

■ **Stathis Kouvelakis**

Der Aufstieg von Éric Zemmour auf die politische Bühne ist nicht vom Himmel gefallen, so rasant er auch erscheinen mag. Wie Ugo Palheta schreibt, verdichtet sich in dem Übertritt des medial gewichtigsten Rechtsextremisten aus der Medienwelt in die Wahlarena der gegenwärtig vorherrschende Trend nach rechts: Er ist quasi „das Symptom“ und gleichsam das Produkt dieser Entwicklung.

Seit der Ära Sarkozy hat sich der Schwerpunkt des politischen Lebens und der öffentlichen Debatte – vielmehr dessen, was dafür erhalten muss – weit nach rechts verschoben. Themen, die man früher nur von der extremen Rechten kannte, sind inzwischen im politisch-medialen Mainstream-Diskurs dauerpräsent und besetzen einen Raum, der von der (angeblich) „republikanischen“ Linken um Manuel Valls und Laurent Bouvet über die bürgerliche Rechte und die Vertreter des Macron-Regimes, die sich nun im Kampf gegen den „Links-Islamismus“ [Entstehung sog. islamischer parallelgesellschaftlicher Strukturen, AdÜ] und den „Separatismus“ wiedervereint haben, bis hin zum Rassemblement National (RN) reicht. Ihr Gegenstand ist ein enthemmter Rassismus, der dezidiert islamophob ist und den Mythos des „großen

Bevölkerungsaustauschs“ beschwört, was von erheblichen Vernichtungsphantasien zeugt. Éric Zemmour ist einer der markantesten Vertreter dieser Faschisierungstendenz und seine mediale Dauerpräsenz ist das Ergebnis eines jahrelangen Prozesses, den er zugleich begleitet und geschickt anheizt.

Konjunktureller Wandel

Die Versuchung ist also groß, Zemmours Aufstieg als oberflächliches Epiphänomen, als Übertreibung der Meinungsforschung oder als „Kunstprodukt der Medien“ abzutun. Dennoch ist die Metamorphose von einem medial omnipräsenten Polemiker zu einem Präsidentschaftskandidaten, der es laut einigen Umfragen sogar in die zweite Runde schaffen könnte, alles andere als selbstverständlich. Wer hätte dies noch vor wenigen Monaten für möglich gehalten? Wer hätte gedacht, dass ein Zemmour in der Lage sein würde, Marine Le Pen und ihre Partei zu destabilisieren, die seit vier Jahrzehnten über ein solides rechtsextremes Wählerpotential verfügen, bereits zweimal in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen eingezogen sind und laut nicht allzu alten Umfragen sogar auf dem besten Weg sind, den Abstand zu Macron aufzuholen, falls

es 2022 zu einer Stichwahl kommt? Um es anders auszudrücken: Zwar lässt sich das Phänomen Zemmour nur verstehen, wenn man die langfristige Dynamik zugrunde legt, aber die politische Wendung, die es anscheinend momentan nimmt, wäre nicht erklärbar, wenn es in den letzten Monaten nicht auch zu einer konjunkturellen Änderung gekommen wäre.

Denn tatsächlich ist „etwas“ bei den letzten Regionalwahlen passiert oder genauer gesagt zu Tage getreten, als die RN schlechter als erwartet abgeschnitten hat und es ihr nicht gelungen ist, auch nur eine einzige Region zu erobern oder auch nur ernsthafte Chancen darauf zu haben. Ein solcher Misserfolg – trotz eines hohen Ergebnisses auf nationaler Ebene – war ein schlechtes Omen für die Präsidentschaftswahlen, da er deutlich machte, dass die RN unabhängig von der Konstellation des zweiten Wahlgangs zum Scheitern verurteilt ist. Damit wäre auch die sog. Strategie der „Entteufelung“ gescheitert, die die RN-Führerin in den vergangenen Jahren verordnet hatte und die nur als „Zweitundenstrategie“ sinnvoll ist, da sie darauf abzielt, eine Mehrheit für die als sicher angenommene Präsenz in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen zu gewinnen.

Dieses Streben nach Respektabilität ist im Übrigen unumgänglich für jede Formation, die den bürgerlichen Staat und die Geschäfte des Kapitals zu verwalten sich anschickt – daher die zahlreichen Reverenzen in den letzten Monaten in Richtung der herrschenden Klassen in Frankreich und Europa (Aufgabe des Euro-Austritts, Verpflichtung zur Rückzahlung der Schulden, Erklärung über die Vereinbarkeit einer Politik der „Priorität der eigenen Nation“ und der wesentlichen Rahmenbedingungen der EU). Anfang 2021 schien die RN auf dem Weg zu sein, ihre Umwandlung in eine potenzielle „Regierungspartei“ erfolgreich zu vollziehen, und ihre Regierungsübernahme, natürlich im Bündnis mit einem Teil der bürgerlichen Rechten, wurde weithin als durchaus plausibel erachtet.

Das schwache Abschneiden jedoch bei den Regionalwahlen hat diese Orientierung komplett durcheinander gebracht und den Austritt von Abgeordneten, Leitungskräften und Mitgliedern verursacht oder beschleunigt. Es wird deutlich, dass die RN trotz ihrer hohen Wahlergebnisse und ihres Einflusses in den entscheidenden Wählerschichten (Jugendliche, Berufstätige, Arbeiterklasse) als Partei und sogar als Zugpferd bei den Wahlen eine bescheidene Größe bleibt. Eine solche Formation erweist sich daher als besonders anfällig für einen Rück-

schlag bei den Wahlen, und das trifft deren Führerin, die das Rückgrat einer auf eine Führungsperson zentrierten politischen Strömung bildet, besonders hart. Dieser Effekt wird durch den organisatorischen Dilettantismus und die Vetternwirtschaft, die in der Handhabung der internen Angelegenheiten vorherrschen, noch verstärkt. Vor dem Hintergrund einer als möglich erachteten Machteroberung wird eine (relative) Wahlniederlage gleich zu einem strategischen Scheitern.

Eintritt in die Wahlarena ...

Doch wie lässt sich dieser Rückschlag erklären? Hier kommt der „Faktor Zemmour“ ins Spiel, genauer gesagt sein Wandel von einem Medienstar im Dienste des Rechtsextremismus zu einem Akteur im Parteienspektrum der kommenden Wahlen. Denn Zemmour liefert eine treffende Analyse dieses Scheiterns aus der Sicht seines politischen Lagers. Bereits am Tag nach den Wahlen verweist er auf die Wechselwirkung des unter Le Pen „normalisierten“ Diskurses einerseits und der drastischen Rechtsentwicklung des politischen Mainstream-Lagers: „Tatsächlich gibt es mittlerweile keinen Unterschied mehr zwischen ihrer Rhetorik und der von Emmanuel Macron oder Xavier Bertrand. [...] Marine Le Pen spricht wie Emmanuel Macron, Emmanuel Macron spricht wie Marine Le Pen, sie befinden sich bereits im zweiten Wahlgang, den niemand außer ihnen bestreiten könnte, und dann sieht man plötzlich, dass die Wähler dieses Zwangsszenario ablehnen“. Diese doppelte Banalisierung des Le Pen'schen Diskurses (sie spricht „wie alle anderen“ und hat „alle anderen“ dazu gebracht, wie sie zu sprechen), ein paradoxer Effekt dieser „Lepenisierung der Hirne“, auf die Le Pen Senior einst stolz war, zehrt nachdrücklich an ihrer Fähigkeit, die Wut und die verschiedenen Ressentiments für sich so zu instrumentalisieren, wie in der Vergangenheit erfolgreich praktiziert.

Hier liegt die Erklärung für den Misserfolg bei den Regionalwahlen: Entgegen allen Erwartungen war die Wählerschaft des RN genauso stark oder sogar stärker von der Wahlenthaltung betroffen wie die der anderen Gruppierungen (abgesehen von der Wählerschaft von der ebenfalls gescheiterten La France insoumise)¹. Was die anderen Parteispitzen oder zumindest einen erheblichen Teil von ihnen betrifft, so sehen sie die Aussicht auf einen Wahlsieg in weite Ferne rücken und kritisieren zunehmend die angebliche „Verweichlichung und Verbürgerlichung ihrer Partei“. Wie ein ehemaliger Funktionär des Verbands Deux-Sèvres erklärte: „Der Graben wurde nach und nach

immer tiefer. Man hat uns verboten, zu [der homophoben Kundgebung] La Manif pour tous zu gehen, dann hat man uns verboten, die [inzwischen verbotene rechtsextremistische] Génération identitaire zu unterstützen. Marine Le Pen sagt, dass der „große Bevölkerungsaustausch“ eine Verschwörungstheorie sei, dass der Islam mit der Republik vereinbar sei, dass sie nicht aus Schengen oder der Europäischen Menschenrechtskonvention austreten werde ... Sie ist eine Linke, die in einem Schloss aufgewachsen ist und die Le-Pen-Filiale geerbt hat“.

Damit war der politische Boden für Zemmour bereitet. Kraft dieser Erkenntnis und seiner medialen omnipräsent, die ihn zu einem der kraftvollsten Motoren der Rechtsradikalisierung der politischen Landschaft werden ließ, scheint Zemmour von den Problemen der bis dahin anerkannten Vertreterin der extremen Rechten profitieren zu können. Jetzt kann er sich selbst auch in der wahlpolitischen Arena als legitimes Sprachrohr dieser Radikalisierung, die er in den Medien maximal vorangetrieben hat, inszenieren.

Dies spiegelt sich in einigen aktuellen Umfragewerten wider, die auf einen rasanten Anstieg seiner Zustimmung unter den Wählern hindeuten. Zemmour schafft es, unter der Wählerbasis sowohl der etablierten Kandidat*innen der extremen Rechten (Marine Le Pen und ihr Satellit Dupont-Aignan) als auch der klassischen Rechten zu wildern. Mehr noch: Anders als die ersten Umfragen vermuten ließen, scheint er auch unter der einfachen Bevölkerung (und in geringerem Maße auch bei den Jungwähler*innen) auf substantielle Zustimmung zu stoßen. Diese Wählerschaft tendiert seit einigen Jahren zunehmend zur extremen Rechten – selbst wenn man die hohe Wahlenthaltung in ihren Reihen berücksichtigt. Noch bevor Zemmour seinen Hut in den Ring warf, zeigten Umfragen, dass die extreme Rechte unter der Arbeiterklasse in einem Maße verfährt, das noch über die Rekordwerte der letzten Präsidentschaftswahlen hinauszugehen scheint: Die drei zur Wahl stehenden Kandidat*innen der extremen Rechten können unter den „Arbeiter*innen“ und „Angestellten“ mit rund 50 % der Stimmen rechnen, während die Kandidat*innen der Linken in diesen Kategorien zwischen 22 und 25 % liegen.²

Mit der Kandidatur von Zemmour zeichnet sich die Bildung eines potenziellen Mehrheitsblocks ab, der einen Teil der klassischen bürgerlichen Rechten um eine erstarkte und nunmehr hegemoniale extreme Rechte herum zusammenschweißt. Wenn es dazu kommt, könnte dies den Zerfall der bürgerlichen Rechten beschleunigen, von

denen sich bereits ein Teil Macron angeschlossen hat oder dies in der nächsten Zeit tun wird, wobei die neu gegründete Partei von Edouard Philippe wohl als Auffangbecken dient.

... Symptom der Schwäche oder Stärke?

Auch wenn der Aufstieg von Zemmour tatsächlich das Symptom eines faschistoiden Radikalisierungsprozesses der politischen Landschaft ist, signalisiert er auch, dass dieser Prozess nunmehr diejenigen überholt oder zumindest überrumpelt, die bislang seine Hauptträger und Nutznießer auf dem Feld der politischen Institutionen waren. Mehr als eine „Alternative der Bourgeoisie“, wie Ugo Palheta meint, in dem Sinne, dass die Bourgeoisie mehrere Optionen parat hat, um zu gegebener Zeit die beste (für ihre Interessen) auswählen zu können, erscheint uns das Phänomen Zemmour in gewisser Weise als eine „Autonomie der Politik“, oder, anders ausgedrückt, ein Prozess, der sich seinen Initiatoren entzieht. Dadurch wirkt es als ein Faktor, der die Fragmentierung und damit die Instabilität und Unvorhersehbarkeit einer aus den Fugen geratenen politischen Landschaft beschleunigt – was nicht unbedingt im Sinne der Bourgeoisie ist, die nichts so sehr liebt wie Ordnung und ruhige Übergänge.

Diese Autonomie ist jedoch relativ. Und das nicht nur in dem Sinne, dass Zemmours politische Optionen offensichtlich genauso im Dienste der kapitalistischen Interessen stehen wie die der anderen Vertreter des bürgerlichen Blocks. Um seine mediale Popularität auch in der Wahlarena erfolgreich ummünzen zu können, muss er auch in der Lage sein, die „Eintrittsgebühren“ dafür zu zahlen. Und die sind hoch, insbesondere für einen Präsidentschaftswahlkampf: Unterschriften, Finanzen, Meetings, die Verpflichtung zu einer gewissen Präsenz bei den Wähler*innen vor Ort. Der Zerfall der Parteien begünstigt zwar den kometenhaften Aufstieg von Außenseitern in der Politik – Macrons Blitzsieg ist der Beweis dafür – oder den Erfolg von Wahlkampagnen, die mit einem minimalen Apparat betrieben werden, wie die von Mélenchon 2017. In beiden Fällen konnten die Kandidaten jedoch erhebliche Ressourcen mobilisieren: der derzeitige Präsident konnte auf die Unterstützung von Seiten der wirtschaftlich Mächtigen zählen und der Führer von La France insoumise profitierte von seiner langen politischen Laufbahn innerhalb der Regierungslinien. Es bleibt abzuwarten, ob Zemmour in der Lage ist, eine solche Unterstützung zu mobilisieren [...].

Als Ausdruck einer (relativen) Autonomie des Politischen vor dem Hintergrund der organischen Krise der

politischen Institutionen und der schleichenden Faschisierung ist der kometenhafte Aufstieg von Zemmour ein Ausdruck von Stärke und Schwäche zugleich. Stärke, weil er zeigt, dass dieser faschistoide Radikalisierungsprozess tiefe Wurzeln hat und über eine Dynamik und Ressourcen verfügt, die über das hinausgehen, was den angestammten Vertretern dieser Couleur zur Verfügung steht. Schwäche, weil erst noch bewiesen werden muss, dass ein solcher Kandidat mehr Menschen hinter sich vereinen kann als Marine Le Pen und dass eine extreme Rechte, die in zwei etwa gleich große Flügel gespalten ist, glaubwürdiger ist als die relativ einheitliche Formation, die bisher dominant war.

In diesem Zusammenhang stellt sich zwangsläufig die Frage des cui bono. Letztendlich könnte es nützlich sein, dass die – bewusst übernommene oder einfach „objektive“ – Doppelfunktion diese Ausgeburt des reaktionären Flügels der bürgerlichen Rechten, nämlich aus den Zeitungskolumnen des Figaro, darin besteht, den einzigen Pol zu destabilisieren, der angesichts des derzeitigen Zerfalls der Linken bislang den Eindruck vermittelte, als könnte er den Champion des bürgerlichen Blocks (wahlpolitisch) in Schwierigkeiten bringen und gleichzeitig seinen (faschistischen) Positionen ein ungeahntes Maß an Aufmerksamkeit und Akzeptanz verschaffen.

Ungeachtet des Ausgangs steht Zemmour bereits jetzt als Gewinner fest.

Aus: *Contretemps* vom 16. Oktober 2021, also noch vor der Bekanntgabe von Zemmours Kandidatur.

Übersetzt und leicht bearbeitet von MiWe

1 Nach einer Umfrage von IFOP nach den Wahlen enthielten sich 71 % der FN-Wähler*innen von 2017 gegenüber 48, 64 resp. 60 Prozent bei Fillon, Macron und Hamon. Nur Mélenchon liegt mit 75 % noch schlechter.

2 Nach einer Umfrage von IFOP vom Oktober 2021, die ihn bei insgesamt 14 % sieht, würde Zemmour unter den Angestellten 18 % (Le Pen 29 % und Dupont-Aignan 3%), unter den Arbeiter*innen 13 % (Le Pen 30 % und Dupont-Aignan 6 %), unter den Facharbeiter*innen 20 % (Le Pen 27%), unter den öffentlich Beschäftigten 15 % (Le Pen 19 % und Dupont-Aignan 2 %) bei den unter 35-Jährigen 10 % (Le Pen 19 % und Dupont-Aignan 3 %) und bei den 35–49-Jährigen 14 % (Le Pen 19 % und Dupont-Aignan 3 %). Noch 2017 hatten laut IFOP 39 % der Arbeiter*innen für Le Pen und 3 % für Dupont-Aignan gestimmt und unter den Angestellten 30 % resp. 5 %.

REGISTER 2021

REGISTER NACH LÄNDERN

Titel	Autor*in	Heft	Seite				
Afghanistan							
Die bittere Bilanz von 20 Jahren US-Intervention	Farooq Tariq	5/2021	64	Steve Hollasky – „Frei und Gleich – Die Menschen im Urkommunismus“	Bernhard Brosius	6/2021	23
Die Koalition der Ahnungslosen am Ende ihrer Afghanistan-Mission	Helmut Dahmer	6/2021	29	Der Arbeit heiliger Krieg – Aufstände der Kommune-Bewegung von 1870/71	Horst Hilse	6/2021	25
Keine Änderung des US-Imperialismus	Gilbert Achcar	6/2021	33	Bundestagswahl			
Angola				Das Ende der Kanzlerdemokratie	Angela Klein	6/2021	61
Proteste in den Ländern des schwarzen Goldes	Jean Nanga	2/2021	57	Zur Bewertung des Wahlausgangs	Jakob Schäfer	6/2021	63
Argentinien				Covid-19-Pandemie			
Durchbruch für die Rechte der Frauen	Azul Cordo	2/2021	49	Regierungsversagen und notwendige Gegenwehr	Sekretariat der ISO	1/2021	12
Gilgit Baltistan				Für einen solidarischen europäischen Shutdown gegen die Pandemie von unten	Sekretariat der ISO	2/2021	18
Baba Jan endlich in Freiheit!	Pierre Rousset	1/2021	64	Sofortige Vergesellschaftung der Pharmaindustrie!		2/2021	64
International				Zwölf Thesen zur Pandemie	Winfried Wolf	3/2021	19
Die internationale Lage	IK der Vierten Internationale	4/2021	3	Corona-Politik im Interesse der Arbeiter*innenklasse	Sascha Staničić	3/2021	24
Israel				Lahmgelegt? BR-Arbeit in der Pandemie	Ein Gespräch mit Betriebsräten	3/2021	28
Israels Post-Netanjahu-Politik des kolonialen Verfalls	Shir Hever	5/2021	10	Gesundheit statt Profit – Für wirksamen Infektionsschutz am Arbeitsplatz!	W.A.	3/2021	33
Kosovo				Pandemie-Bekämpfung: Erfahrungen in Asien und Europa,	Frank Prouhet, Pierre Rousset	4/2021	13
Eine historische Wende	Catherine Samary	4/2021	57	Schluss mit dem System der privaten Patente		4/2021	64
Kuba				Ernest Mandel			
Aktualisierung der Revolution	Mario Valdés Navia	6/2021	49	Über das Werk von Ernest Mandel sinnvoll diskutieren!	Manuel Kellner	1/2021	48
Demonstrationen in Kuba am 11. Juli	Comunistas, Cuba	6/2021	52	Faschismus			
Zum Charakter der kubanischen Revolution	Michael Löwy	6/2021	57	Noch immer aktuell	Ugo Palheta	4/2021	39
Lateinamerika				Ist der Faschismus eine aktuelle Gefahr?	Alain Bihl	4/2021	44
Die Linke in der Sackgasse?	Franck Gaudichaud	2/2021	41	Frauen			
Naher Osten				Durchbruch für die Rechte der Frauen	Azul Cordo	2/2021	49
Von der Nicht-Anerkennung zum „Normalisierungsabkommen“	Julien Salingue	3/2021	46	Die Frauen der Commune	Mathilde Larrère	2/2021	53
Einen solchen „Frieden“ brauchen wir nicht!	Haggai Matar	3/2021	48	Geschichte			
Wir pfeifen auf diese „Normalisierung“	Yumna Patel	3/2021	49	Das Übergangsprogramm – ein bedeutendes Erbe	Heinrich Neuhaus	2/2021	20
Die Normalisierung der Anomalität	Haidar Eid	3/2021	50	Die Frauen der Commune	Mathilde Larrère	2/2021	53
Niederlande				Die Commune ist nicht tot!	Ernest Mandel	3/2021	52
Warum die niederländische Sozialistische Partei in der Krise steckt	Alex de Jong	3/2021	41	Die Commune – Staat und Revolution	Daniel Bensaïd	3/2021	55
Nigeria				„Sie war und bleibt ein Adler“ (Rosa Luxemburg)	Jakob Moneta	3/2021	63
Proteste in den Ländern des schwarzen Goldes	Jean Nanga	2/2021	57	Die Aktualität der permanenten Revolution	Yohann Emmanuel, Julien Salingue	5/2021	45
Pakistan				Lateinamerikas Revolutionen	Pedro Fuentes	5/2021	51
Baba Jan endlich in Freiheit!	Pierre Rousset	1/2021	64	Inprekorr			
Polen				Zweieinhalb Jubiläen	Björn Mertens	6/2021	68
Das Ende des „Großen Kompromisses“	Agnieszka Graff	1/2021	50	ISO			
Der Beginn einer Kulturrevolution in Polen	Büro der Vierten Internationale	1/2021	57	Regierungsversagen und notwendige Gegenwehr	Sekretariat der ISO	1/2021	12
Portugal				Für einen solidarischen europäischen Shutdown gegen die Pandemie von unten	Sekretariat der ISO	2/2021	18
Ende eines Ausnahmestatus	Fabian Figueiredo	3/2021	35	Ökosozialistische Konferenz der ISO		3/2021	66
Ungarn				3. ISO-Bundeskonzferenz			
„Volksfront“ gegen Orbán?	Annajuli Rosenfeld, Péter Somogyi, Zoltán Sidó, Ágnes Gagyió	6/2021	38	„Menschen gewinnen, die sehen, dass unsere Arbeit nützlich ist“	Manuel Kellner	5/2021	3
USA				Corona: Systemversagen und notwendige Gegenwehr		5/2021	4
Trumps Niederlage bremst weltweit den Aufschwung der autoritären Rechten	Büro der Vierten Internationale	1/2021	3	Einleitung zum Resolutionsentwurf „Die Pandemie als Teil der multiplen Krise verstehen“		5/2021	10
Imperialistischer Keynesianismus	Ashley Smith	6/2021	3	Die Pandemie als Teil der multiplen Krise verstehen		5/2021	11

REGISTER NACH THEMEN (AUSWAHL)

Titel	Autor*in	Heft	Seite				
Buchbesprechung				Klima			
Ökologischer Leninismus in Zeiten von Corona	Julien Salingue	1/2021	61	Resolution zu den Klimakämpfen und COP26	IK der Vierten Internationale	3/2021	3
„Die Selbstgerechten“: Sahara Wagenknechts sozialdemokratische Kampfschrift gegen den „Linksliberalismus“	Friedrich Voßkuhler	4/2021	35	Am Rande des Abgrunds	Daniel Tanuro	5/2021	14
				Arbeiterbewegung und Klimawandel	Jeremy Anderson	6/2021	18
				Nachruf			
				SAID (1947-2021)	Paul B. Kleiser	4/2021	62
				Nina Gladitz (1946-2021)	Paul B. Kleiser	4/2021	63
				Paul B. Kleiser (1950-2021)	Angela Klein	6/2021	66

Dem Genossen Paul zum Abschied	Redaktion der internationalen	6/2021	67	Wachsende Bedeutung der Losung „Vergesellschaften“	Jakob Schäfer	1/2021	35
Ökologie				Zur Konstitution des bürgerlichen Staates	Jakob Schäfer	1/2021	39
Konversion: Arbeitsplätze sichern und Klima schützen!	Paul Michel	1/2021	15	Über das Werk von Ernest Mandel sinnvoll diskutieren!	Manuel Kellner	1/2021	48
Eine CO ₂ -neutrale Stahlindustrie mit sicheren Arbeitsplätzen	Klaus Meier	1/2021	17	Ökosozialismus und/oder „Degrowth“? „Zu spät, um pessimistisch zu sein!“	Michael Löwy Daniel Tanuro	2/2021 2/2021	3 6
Krise der Autoindustrie und ökologischer Umbau	Klaus Meier	1/2021	26	Ökosozialismus oder Sozialdarwinismus	Daniel Tanuro	2/2021	15
Konversion: Eine Chemieindustrie ohne CO ₂ -Emissionen?	Klaus Meier	2/2021	22	Für einen solidarischen europäischen Shutdown gegen die Pandemie von unten	Sekretariat der ISO	2/2021	18
Ein vollständiger Umbau des Verkehrs- und Transportsektors ist unabdingbar	IK der Vierten Internationale	3/2021	8	Das Übergangsprogramm – ein bedeutendes Erbe	Heinrich Neuhaus	2/2021	20
Ökonomie				Konversion: Eine Chemieindustrie ohne CO ₂ -Emissionen?	Klaus Meier	2/2021	22
Wirecard und andere	Paul B. Kleiser	3/2021	14	Linker Green New Deal	Christian Zeller	2/2021	33
Die schwarze Null	Paul B. Kleiser	4/2021	20	Resolution zu den Klimakämpfen und COP26	IK der Vierten Internationale	3/2021	3
Demokratische Planwirtschaft – mehr als ein frommer Wunsch?	Paul Michel	4/2021	26	Ein vollständiger Umbau des Verkehrs- und Transportsektors ist unabdingbar	IK der Vierten Internationale	3/2021	8
Die Gesamtinteressen der bürgerlichen Klasse stehen gegen eine Patentfreigabe	Jakob Schäfer	4/2021	32	Wirecard und andere	Paul B. Kleiser	3/2021	14
Zentral, dezentral, demokratisch	Paul Michel	5/2021	19	Zwölf Thesen zur Pandemie	Winfried Wolf	3/2021	19
Der Weg zur kritischen Ökonomie	Michel Husson	5/2021	57	Corona-Politik im Interesse der Arbeiter*innenklasse	Sascha Staničić	3/2021	24
Ökosozialismus				Lahmgelegt? BR-Arbeit in der Pandemie	Ein Gespräch mit Betriebsräten	3/2021	28
Wachsende Bedeutung der Losung „Vergesellschaften“	Jakob Schäfer	1/2021	35	Gesundheit statt Profit – Für wirksamen Infektionsschutz am Arbeitsplatz!	W.A.	3/2021	33
Ökosozialismus und/oder „Degrowth“? „Zu spät, um pessimistisch zu sein!“	Michael Löwy Daniel Tanuro	2/2021 2/2021	3 6	Ökosozialistische Konferenz der ISO		3/2021	66
Ökosozialismus oder Sozialdarwinismus	Daniel Tanuro	2/2021	15	Die internationale Lage	IK der Vierten Internationale	4/2021	3
Linker Green New Deal	Christian Zeller	2/2021	33	Pandemie-Bekämpfung: Erfahrungen in Asien und Europa,	Frank Prouhet, Pierre Rousset	4/2021	13
Ökosozialistische Konferenz der ISO		3/2021	66	Die schwarze Null	Paul B. Kleiser	4/2021	20
Revolutionärer Ökosozialismus	Juanjo Alvarez, Martin Lallana	6/2021	13	Demokratische Planwirtschaft – mehr als ein frommer Wunsch?	Paul Michel	4/2021	26
Rechter Terror				Die Gesamtinteressen der bürgerlichen Klasse stehen gegen eine Patentfreigabe	Jakob Schäfer	4/2021	32
„Hasskrieger“ – gedüngter Terror der „Einzeltäter“	Horst Ferdinand	4/2021	53	„Die Selbstgerechten“: Sahra Wagenknechts sozialdemokratische Kampfschrift gegen den „Linkoliberalismus“	Friedrich Voßkuhler	4/2021	35
Rechtspopulismus				Antizionismus gleich Antisemitismus?	Paul B. Kleiser	5/2021	3
Gauland und Konsorten	Paul B. Kleiser	4/2021	48	Israels Post-Netanjahu-Politik des kolonialen Verfalls	Shir Hever	5/2021	10
Staat und Religion				Theorie			
Antizionismus gleich Antisemitismus?	Paul B. Kleiser	5/2021	3	Zur Konstitution des bürgerlichen Staates	Jakob Schäfer	1/2021	39
Israels Post-Netanjahu-Politik des kolonialen Verfalls	Shir Hever	5/2021	10	Rosa Luxemburgs Reformismus-Kritik	Johann-Friedrich Anders	5/2021	25
Theorie				Die Linke und die Regierungsfrage	Anders Ekeland, Einar Braathen	5/2021	35
Zur Konstitution des bürgerlichen Staates	Jakob Schäfer	1/2021	39	Vierte Internationale			
Rosa Luxemburgs Reformismus-Kritik	Johann-Friedrich Anders	5/2021	25	Zusammenlaufende Krisen, beherrscht von der Covid-19-Pandemie	Büro der Vierten Internationale	1/2021	6
Die Linke und die Regierungsfrage	Anders Ekeland, Einar Braathen	5/2021	35	Der Beginn einer Kulturrevolution in Polen	Büro der Vierten Internationale	1/2021	57
Vierte Internationale				Resolution zu den Klimakämpfen und COP26	IK der Vierten Internationale	3/2021	3
Zusammenlaufende Krisen, beherrscht von der Covid-19-Pandemie	Büro der Vierten Internationale	1/2021	6	Ein vollständiger Umbau des Verkehrs- und Transportsektors ist unabdingbar	IK der Vierten Internationale	3/2021	8
Der Beginn einer Kulturrevolution in Polen	Büro der Vierten Internationale	1/2021	57	Die internationale Lage	IK der Vierten Internationale	4/2021	3
Resolution zu den Klimakämpfen und COP26	IK der Vierten Internationale	3/2021	3	Imperialistischer Keynesianismus	Ashley Smith	6/2021	3
Ein vollständiger Umbau des Verkehrs- und Transportsektors ist unabdingbar	IK der Vierten Internationale	3/2021	8	Revolutionärer Ökosozialismus	Juanjo Alvarez, Martin Lallana	6/2021	13
Die internationale Lage	IK der Vierten Internationale	4/2021	3	Arbeiterbewegung und Klimawandel	Jeremy Anderson	6/2021	18
DIE INTERNATIONALE				Steve Hollasky – „Frei und Gleich – Die Menschen im Urkommunismus“	Bernhard Brosius	6/2021	23
Titel	Autor*in	Heft	Seite	Der Arbeit heiliger Krieg – Aufstände der Kommune-Bewegung von 1870/71	Horst Hilde	6/2021	25
Regierungsversagen und notwendige Gegenwehr	Sekretariat der ISO	1/2021	12	Die Koalition der Ahnungslosen am Ende ihrer Afghanistan-Mission	Helmut Dahmer	6/2021	29
Konversion: Arbeitsplätze sichern und Klima schützen!	Paul Michel	1/2021	15	Das Ende der Kanzlerdemokratie	Angela Klein	6/2021	61
Eine CO ₂ -neutrale Stahlindustrie mit sicheren Arbeitsplätzen	Klaus Meier	1/2021	17	Zur Bewertung des Wahlausgangs	Jakob Schäfer	6/2021	63
Krise der Autoindustrie und ökologischer Umbau	Klaus Meier	1/2021	26	Paul B. Kleiser (1950–2021)	Angela Klein	6/2021	66
				Dem Genossen Paul zum Abschied	Redaktion der internationalen	6/2021	67
				„Menschen gewinnen, die sehen, dass unsere Arbeit nützlich ist“	Manuel Kellner	5/2021	3
				Corona: Systemversagen und notwendige Gegenwehr		5/2021	4
				Einleitung zum Resolutionsentwurf „Die Pandemie als Teil der multiplen Krise verstehen“		5/2021	10
				Die Pandemie als Teil der multiplen Krise verstehen		5/2021	11

Online-Register unter: <https://www.inprekorr.de/daba.htm>